



110. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 24. Februar 1983

Mitteilungen des Präsidenten 6366

Modellversuche organisierter ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe

- Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 9/1319
Bericht und Beschlußempfehlung des Sozialausschusses 6366
Drucksache 9/1761
Änderungsantrag der Fraktion der SPD 6367
Drucksache 9/1739 (neu)
Marschner (SPD), Berichterstatter 6366
Harms (Elmshorn) (SPD) 6367
Frau Schuster (CDU) 6371
Hadewig (F.D.P.) 6373
Rösler (CDU) 6375
Meyer (SSW) 6376
Beschluß: Abgelehnt 6377

Verbesserung der Beschäftigungssituation bei den Lehrern

- Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 9/1617
Bericht und Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport . . . 6377
Drucksache 9/1775
Schulz (SPD), Berichterstatter 6377
Harms (Heede) (SPD) 6378
Dr. Schübeler (CDU) 6379
Neitzel (F.D.P.) 6380
Dr. Bendixen, Kultusminister 6382
Beschluß: Angenommen 6383

Gymnasiales Angebot in Mölln

- Anträge der Fraktion der SPD
Drucksachen 9/1653 (neu) und 9/1653 (neu) - 2. Fassung -
Bericht und Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport . . . 6383
Drucksache 9/1777
Schulz (SPD), Berichterstatter 6383
Lumma (SPD) 6384
Dr. Schübeler (CDU) 6386
Neitzel (F.D.P.) 6388
Schulz (SPD) 6390
Beschluß: Angenommen 6390

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Entwurf der Anmeldung zum 12. Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

- Bericht der Landesregierung
Drucksache 9/1763
Bericht und Beschlußempfehlung des Agrar- und Umweltschutzausschusses 6391
Drucksache 9/1778
Antrag der Fraktion der SPD 6395
Drucksache 9/1804
Latendorf (CDU), Berichterstatter 6391
Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 6391, 6400
Fölster (CDU) 6394
Wiesen (SPD) 6395
Schumacher (F.D.P.) 6396
Spaeth (CDU) 6397
Frau Wendel (SPD) 6399
Meyer (SSW) 6400
Zur Kenntnis genommen 6401

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landessatzung für Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der F.D.P. und des Abg. Meyer (SSW)

Drucksache 9/1768

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses 6401

Drucksache 9/1808

Dr. Klingner (SPD), Berichterstatter ... 6401

Beschluß: Verabschiedet 6401

Bericht zur Lage des Sports in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 24. November 1982

Drucksache 9/1635

Bericht der Landesregierung 6401

Drucksache 9/1799

Dr. Bendixen, Kultusminister 6401

Stich (CDU) 6403

Frank (SPD) 6405

Hadewig (F.D.P.) 6408

Meyer (SSW) 6410

Zur Kenntnis genommen 6411

Einzelfragen der Hauptschule

Landtagsbeschluß vom 26. November 1981

Drucksache 9/1268 (Konzeption zur Chancengleichheit und Humanisierung in der Hauptschule)

Bericht der Landesregierung 6411

Drucksache 9/1800

Dr. Bendixen, Kultusminister 6411, 6420

Neitzel (F.D.P.) 6414

Stich (CDU) 6416

Lumma (SPD) 6418

Zur Kenntnis genommen 6423

Verschiedenes**Würdigung der Tätigkeit des Landtagspräsidenten**

Hamer, Vizepräsident 6423

Abschiedsworte

Dr. Lemke, Landtagspräsident 6424

Regierungsbank:

Dr. Barschel, Ministerpräsident

Dr. Schwarz, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Bundesangelegenheiten

Titzck, Finanzminister

Claussen, Justizminister und Innenminister

Dr. Braun, Sozialminister

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr

Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dr. Bendixen, Kultusminister

Beginn: 10.01 Uhr**Vizepräsident Hamer:**

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Das Haus ist beschlußfähig.

Erkrankt beziehungsweise beurlaubt sind die Herren Abgeordneten Matthiesen und Wolter.

Wir fahren in der Abwicklung unserer Tagesordnung fort. Ich rufe Punkt 10 auf:

Modellversuche organisierter ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 9/1319

Bericht und Beschlußempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 9/1761

Das Wort hat als Berichterstatter der Vorsitzende des Sozialausschusses, Herr Abgeordneter Marschner.

Marschner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schleswig-Holsteinische Landtag hatte den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 9/1319, in dem die Landesregierung ersucht wird, die Finanzierung eines Modellversuchs organisierter ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe in je einem Ober-, Mittel- und Unterzentrum anzubieten, am 27. Januar 1982 dem Sozialausschuß zur Beratung überwiesen.

Bereits am 3. Februar befaßte sich der Ausschuß erstmalig mit diesem Antrag und beschloß, eine Anhörung durchzuführen. Über Einzelheiten dieser Anhörung, insbesondere über den Fragenkatalog und die Liste der Anzuhörenden, faßte der Ausschuß in den nächsten beiden Sitzungen am 24. Februar und am 10. März 1982 Beschlüsse. Dabei legte der Ausschuß ein zweistufiges Anhörverfahren fest: Zunächst bat der Ausschuß um schriftliche Stellungnahmen; danach erfolgte eine mündliche Anhörung.

Der Sozialausschuß erhielt daraufhin 17 zum Teil außerordentlich umfangreiche Antworten, in denen

(Marschner)

Kommunen - unter anderem Berlin, Bochum und Frankfurt -, Verbände und Initiativen teils von ihren Erfahrungen mit vergleichbaren Projekten berichteten und sich im übrigen zu den in dem Antrag enthaltenen detaillierten Vorschlägen zur Organisation der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe äußerten. Am 29. September 1982 führte der Ausschuß eine öffentliche Anhörung der kommunalen Landesverbände, des Landesverbandes der Ortskrankenkassen, der freien Wohlfahrtsverbände, des Bürgermeisters der Gemeinde Süsel, der Familienbildungsstätte Kiel, der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft, des Beratungszentrums Reinbek sowie des Sozialwerkes der Pommern durch.

Bei dieser Anhörung - dies wurde schon in den schriftlichen Stellungnahmen deutlich - vertraten die kommunalen Landesverbände und die großen Wohlfahrtsverbände die Auffassung, daß zusätzlicher organisatorischer und finanzieller Aufwand im Bereich der Nachbarschaftshilfe unnötig sei und daß Nachbarschaftshilfe ohne eine Anlehnung an das bisher zur Verfügung stehende Angebot an sozialen Diensten und kommunalen Einrichtungen nicht wirkungsvoll bestehen könne, während freie Initiativen darlegten, daß zweifellos vorhandene „Marktlücken“ in der Betreuung und Versorgung sich mit einem geringeren finanziellen Aufwand durch ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe schließen ließen.

Einigkeit bestand jedoch darin, daß organisierte ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe lediglich ein ergänzendes, nicht aber ein konkurrierendes Angebot zu den bestehenden sozialen Diensten darstellen könne.

Schließlich legte der Antragsteller namens der SPD-Fraktion in der Ausschußsitzung am 19. Januar 1983 einen **geänderten Antrag** vor. Hierzu führte die SPD-Fraktion aus, der neue Antrag berücksichtige die bei der Anhörung vorgebrachten Einwände, insbesondere die mögliche Gängelung der Helfer, die Bildung einer überflüssigen Organisation neben den freien Wohlfahrtsverbänden und das Entstehen hoher Kosten. Die dreistufige Organisation, bestehend aus Helfer, Berater und Koordinator, solle bestehen bleiben; allerdings werde nun auf Honorare für Helfer und Berater sowie auf den hauptamtlichen Einsatz des Koordinators verzichtet. Die Kosten beliefen sich für den gesamten Modellversuch - es sollten drei Modelle sein - bei einer Laufzeit von drei Jahren auf schätzungsweise 200 000 DM.

Von seiten der Mehrheitsfraktion wurde gesagt, man habe eigentlich erwartet, daß die SPD-Fraktion den Antrag zurückziehen werde, da sich kaum einer der Angehörten positiv dazu geäußert habe. Dem wurde von seiten der SPD-Fraktion entgegengehalten, daß eine Reihe von Argumenten bei der Anhörung noch über den SPD-Antrag hinausgegangen sei, die in der Anhörung geäußerten Einwände nunmehr aber berücksichtigt worden seien.

Meine Damen und Herren, der Ausschuß lehnte in einem Abstimmungsvorgang sowohl den Ursprungsantrag - Drucksache 9/1319 - als auch den Änderungsantrag ab. Damit empfiehlt der Ausschuß

dem Landtag, wie auch aus der Drucksache 9/1761 ersichtlich ist, den ihm überwiesenen Antrag Drucksache 9/1319 abzulehnen.

Dies waren meine Ausführungen im Rahmen der Berichterstattung. Gestatten Sie mir jetzt bitte noch ein Wort des Dankes, das ich im Namen des Sozialausschusses - wie ich annehme, aber auch im Namen des ganzen Hohen Hauses - an alle diejenigen Institutionen, Verbände und Einzelpersonen richten möchte, die dem Sozialausschuß in den letzten vier Jahren mit Rat und Tat sehr uneigennützig zur Seite gestanden haben.

(Beifall)

Wir hätten als Sozialausschuß ohne den Sach- und Fachverstand dieser zahllosen, meist ehrenamtlich tätigen Helfer viele Aufgaben nicht bewältigen können. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Vizepräsident Hamer:

Zum Bericht wird nicht das Wort gewünscht. Wir treten dann in die Aussprache ein.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Harms (Elmshorn).

Harms (Elmshorn) [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Ihnen heute vorgelegten Änderungsantrag Drucksache 9/1739 ist die SPD-Fraktion bis an die Grenzen ihrer Kompromißfähigkeit gegangen.

(Rösler [CDU]: Das ist aber nicht weit!)

Wir haben uns zu diesem Schritt entschlossen, um ein so außerordentlich wichtiges Anliegen wie die Hilfe für die älteren Mitbürger aus dem parteipolitischen Gezänk herauszuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Unsere faire Einstellung ist uns von der CDU schlecht gelohnt worden. Obwohl sie keines ihrer früheren Argumente gegen den SPD-Antrag mehr ernsthaft aufrechterhalten konnte, lehnte sie mit der Mehrheit ihrer Stimmen den Antrag der SPD-Fraktion im Sozialausschuß ab.

Der Antrag hat einen einzigen Nachteil, meine Damen und Herren: Er stammt von der SPD.

(Ketels [CDU]: Gut, daß Sie das sagen!)

Ich danke an dieser Stelle den Verbänden, Initiativen und Körperschaften, die unsere Arbeit im Anhörungsverfahren und durch schriftliche Stellungnahmen mit konstruktiver Kritik und vielfältigen Anregungen und Vorschlägen begleitet haben.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Alle ernstzunehmenden Einwände haben wir berücksichtigt. Wenn gleichwohl heute die CDU im Plenum, wie angekündigt, den Antrag ablehnen wird, so

(Harms (Elmshorn))

wissen wir schon jetzt, daß unser Anliegen von der CDU schon in kürzester Zeit wieder aufgegriffen werden muß. Wer so pleite ist, meine Damen und Herren, wie das Land Schleswig-Holstein, kann sich keinen parteipolitischen Hochmut erlauben, schon gar nicht in der Frage der **Ausweitung ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe**.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Hören Sie doch mal zu! Sie können ja vielleicht noch etwas dazulernen.

Durch die Stellungnahmen der **kommunalen Landesverbände** zieht sich wie ein roter Faden die Sorge über zusätzliche Kosten für die Gemeinden. Da wird offensichtlich verkannt, daß es sich um Modellmaßnahmen handelt, deren Bewährung sich in einer Erprobungsphase von drei Jahren herausstellen soll. Zweitens wird verkannt, daß unsere Form der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe konkurrenzlos preiswert ist, weil sie nur einige wenige auf Honorarbasis vergütete Kräfte benötigt, die eine begleitende und stützende Funktion haben.

Um den Antrag nicht mit einer vordergründigen Kostendebatte zu belasten, haben wir im Ergänzungsantrag nur noch ehrenamtliche Kräfte vorgesehen.

Zu den Ausführungen der kommunalen Landesverbände merkte Bürgermeister Boller aus Süsel an, daß es ihm so vorkomme, als sei das mit dem Schlagwort „Bloß nichts wagen“ zu überschreiben. Es sei jedoch nicht damit getan, daß es, wie der Geschäftsführer des Landesverbandes der kommunalen Spitzenverbände ausführte, die Mitarbeiter der Kommunalverwaltung als selbstverständlich ansähen zu helfen.

Weiter hat Herr Boller ausgeführt - ich erlaube mir, in diesem Punkte das Protokoll zu zitieren -, die Alternative zu der im Antrag dargestellten ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe seien Sozialstationen mit Gemeindeschwestern. Diese könnten sich viele Gemeinden nicht leisten. Ebensowenig könnten die Gemeinden, die über Sozialstationen verfügen, diese mit Personal so ausstatten, daß auch umliegende kleinere Orte mitbetreut würden. Ihm - so Bürgermeister Boller weiter - sei von der Sozialstation in Eutin gesagt worden, daß die Entfernungen so groß seien, daß es sich nicht lohne, von Eutin aus Süsel mitzuversorgen. Im übrigen sei der Bereich, um den es hier gehe, nicht erfaßt, da die Sozialstation mit ihren zweieinhalb Kräften bei 17 000 Einwohnern hoffnungslos überlastet sei.

Der Einwand der kommunalen Landesverbände, man solle Eingriffe in das Leben der Älteren vermeiden, sei so nicht stichhaltig. Mittels einer Umfrage bei den Dorfvorstehern habe die **Gemeinde Süsel** versucht, die Betroffenen zu erfassen. Dabei sei festgestellt worden, daß sich die Hilfsbedürftigen selbst bemerkbar machten. Dafür sei die Arbeit des **Seniorenparlaments** ein Beispiel. Auch gehe es nicht um die Entwicklung von mehr Phantasie und Vorstellungsvermögen; denn darüber verfügten die

Kirchen und die freien Wohlfahrtsverbände in höchster Vollendung. Es gehe vielmehr darum, die kleinen Dinge zu organisieren, die zur Zeit nicht stattfänden. In diesem Zusammenhang könne man auch nicht allein auf Bewußtseinsveränderungen setzen; denn selbst in den Dörfern gebe es viele Abkapselungen. Dies werde durch die erwähnte Umfrage bewiesen, in der bei 4 000 Einwohnern 40 Fälle namhaft gemacht worden seien, um die sich dringend jemand kümmern müsse.

Abschließend ging Bürgermeister Boller auf den finanziellen Gesichtspunkt ein. Er betonte, ein etwaiger Modellversuch müsse kostensparend durchgeführt werden. Das tun wir auch. Er betonte jedoch, ehrenamtliche Arbeit könne nicht völlig umsonst sein. Eine gewisse Entschädigung müsse gewährt werden. Auch bedürfe es eines begrenzten Vermittlungsdienstes von seiten der Verwaltung. Der Aufwand hierfür sei aber finanziell tragbar. - So ein Kommunalpolitiker, sozusagen von der Front, der etwas mehr über die Dinge weiß

(Rösler [CDU]: Ehrenamtliche Arbeit ist nie umsonst! Sie zahlt sich immer aus!)

als Sie, Herr Kollege Rösler. Deshalb hoffe ich, daß Sie heute mit etwas mehr geistigem Gewinn hier herausgehen werden als sonst.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P. - Rösler [CDU]: Wer war denn in Süsel Bürgermeister? - Latendorf [CDU]: Fragen Sie doch einmal die anderen Bürgermeister!)

- Ein sehr tüchtiger Mann, Herr Jansen, der auch bei CDU-Mitgliedern, die bereit sind, über Sachprobleme vernünftig zu reden und zu diskutieren, und nicht mit einem Brett vor dem Kopf durch die Welt laufen, anerkannt wird.

(Beifall bei der SPD - Rösler [CDU]: Er hat aber anscheinend nichts bewirkt!)

- Sehen Sie, Herr Kollege Rösler, das ist das Schöne dabei: Kommunalpolitiker gehen die Dinge viel sachlicher an, als wir das hier im Parlament tun. Es ist auch in dieser Debatte das Bedauerliche, daß Sie meinen, mit unqualifizierten Zwischenbemerkungen die Beratung stören zu können.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. - Rösler [CDU]: Aber in der Nachbarschaftshilfe hat er nichts bewirkt!)

Wenn Sie mal mit Kommunalpolitikern reden, können Sie sich mit CDU-, SPD- oder F.D.P.-Leuten zusammensetzen; wenn es um Sachfragen geht, kommen Sie viel schneller auf einen Nenner, als Sie uns das hier glauben machen wollen. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Rösler [CDU]: Das ist aber schon vor 30 Jahren so gewesen!)

Interessant ist der Gegensatz zwischen den kommunalen Landesverbänden und der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände. Während die einen

(Harms (Elmshorn))

uns, völlig zu Unrecht, eine Reglementierung alter Menschen vorwerfen, waren es gerade die Freiwilligkeit und die vom einzelnen Helfer selbst einzuschätzende Dauer seiner Leistungsbereitschaft, die zu kritischen Bemerkungen führten, indem der Landesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft **freier Wohlfahrtsverbände** feststellte, es müßten die Grenzen ehrenamtlicher Tätigkeit stärker gesehen werden. Schließlich gehe es um die Hilfsaufgaben, die über Jahre hinweg geleistet werden müßten.

Meine Damen und Herren, ich stelle deshalb den Unterschied in der Beurteilung heraus, weil gerade die differenzierte Betrachtung desselben Tatbestandes die praktische Erprobung geradezu zwingend erforderlich macht.

In diesem Zusammenhang wies der Kollege Langmann bei der Anhörung darauf hin, daß – ich darf wieder mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren – nach seiner Schätzung etwa 60 % der älteren Menschen überhaupt nicht erfaßt würden. Dies könne er jedenfalls in Kiel-Gaarden beobachten. Die anderen 40 % würden von der Arbeiterwohlfahrt und von den Kirchen betreut, seien in Altenklubs aktiv, besuchten Altentagesstätten, nähmen an Reisen teil usw., weil sie gemerkt hätten, daß es keinen Sinn habe, sich zurückzuziehen. Die größere Zahl von älteren Bürgern aber komme aus ihrer Wohnung überhaupt nicht heraus. Bei denen gebe es aber eine Menge Elend und nicht abgedeckte Bedürfnisse, da die bestehenden Institutionen personell nicht in der Lage seien, sich um diese Bürger zu kümmern.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Feststellung des Landesverbandes der **Arbeiterwohlfahrt**. Dort ist – ich zitiere aus dem Protokoll – gesagt worden, Nachbarschaftshilfe können am besten durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. Die Bevölkerung müsse aufgerufen werden, auch an den Nächsten zu denken. Insbesondere seit dem Anfang der sechziger Jahre sei ein Auseinanderleben des größeren Familienverbandes erfolgt. Daher müsse die Bevölkerung motiviert werden, für den Nachbarn auch „niedere Arbeiten“ wie Einkaufen oder Haushaltshilfe zu verrichten.

Ich darf weiter verweisen auf den vom Kollegen Börnsen zitierten Bericht des Bundesmodells in **Bochum**. Da heißt es auszugsweise:

„Der Hauptschwerpunkt vieler Nachbarschaftshilfegruppen lag im Bereich der Altenhilfe. Es wurden von den ehrenamtlichen Helfern im Jahre 1979 zirka 30 000 Besuche bei über siebzehnjährigen Einwohnern durchgeführt, wobei sich die ehrenamtlichen Helfer als Nachbarschaftshelfer vorgestellt haben, sich mit den über siebzehnjährigen Menschen über Ziele und Aufgaben der Nachbarschaftshilfe unterhalten und für Veranstaltungen für Seniorenbürger eingeladen. Auf diese Weise wurde den Nachbarschaftshelfern eine Reihe von Notlagen bekannt, und sie konnten eine Vielzahl von Hilfsdiensten anbieten oder vermitteln wie z.B. die Begleitung Gehbehinderter auf dem Weg zum Arzt, zu

Behörden oder beim Spaziergang. Durchführung und Organisation von Besuchsdiensten, Vermittlung und Pflege, Fachkräften, ‚Essen auf Rädern‘. Der drohenden Vereinsamung und Isolation vieler älterer Mitbürger konnte wirksam entgegen gewirkt werden.“

Genau das, meine Damen und Herren, wollen wir mit unserem Modellantrag erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Uneingeschränkt positiv äußerte sich die Vertreterin der **Familienbildungsstätte Kiel e.V.**, die in ihren Forderungen teilweise noch weiter ging, als der Ursprungsantrag der SPD es vorsah. Es heißt hier im Protokoll, der Familienhilfsdienst sei im Haus der Familie integriert, was eine Absicherung und Unterstützung etwa in Fragen der Organisation und der Erfahrung im Dienst der Familie bedeute. Bisher habe man keine behördliche Hilfe benötigt. Die Zusammensetzung des Mitarbeiterkreises und die Motivation der Helferinnen seien so vielseitig, daß nur durch engsten Kontakt mit ihnen die passenden Einsätze vermittelt werden könnten. Angesichts der wirtschaftlichen Situation erscheine die Einstellung eines bezahlten Mitarbeiters für die organisierte ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe fraglich. Besser sei es, den hierfür aufzubringenden Betrag als Anerkennung an die Hilfsdienste zu verteilen. – Auch das, meine Damen und Herren, unterstützt gerade die Intention unseres Antrages.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend erklärte die Leiterin, „daß nach ihrer Auffassung Eigeninitiativen und persönliches Engagement nicht durch Verwaltungsapparate zerstört werden dürften. Auch dürfe der Auftraggeber ehrenamtlicher Helfer nicht auf Honorarbasis bezahlt werden, weil dies eine Herabwürdigung der freiwilligen Arbeit am Nächsten darstelle.“ Mit anderen Worten: Hier wird das Schwergewicht noch mehr auf freiwillige Hilfskräfte verlagert, die aber auch einen Anerkennungsbeitrag bezahlt haben sollen; insofern geht die Förderung der Familienbildungsstätte über unseren Antrag hinaus.

Das **Beratungszentrum Reinbek**, das im Umgang mit ehrenamtlichen Laienhelfern über große Erfahrungen verfügt – das ist unbestritten –, begrüßte den SPD-Antrag und führte unter anderem aus:

„... Die Klientel der Erziehungsberatungsstelle, die für ein Einzugsgebiet von 60 bis 70 000 Einwohner zuständig sei, bestehe aus Personen, die familiäre Schwierigkeiten hätten. Hier könnten die ehrenamtlichen Laienhelfer vieles tun, was die Hauptamtlichen nicht leisten könnten. Die Laienhelfer, die in einer Gruppe von etwa 15 Personen zusammengefaßt seien, hätten eine ein knappes Jahr dauernde Schulung erhalten, bevor sie mit ihrer Arbeit begonnen hätten. Nunmehr sei eine zweite Helferguppe eingerichtet worden. Ein Grund dafür, daß die Helfer in einer Gruppe zusammenarbeiteten, sei, daß sie eine Heimat fänden.“

(Harms (Elmshorn))

– das ist richtig, weil ja immer bestritten wurde, daß wir Helfer benötigen –

„wo sie sich austauschen und vom Gruppenleiter Unterstützung finden könnten.

... die Notwendigkeit einer Schulung ergäbe sich aus der speziellen Klientel. Diese bestehe aus vorwiegend jungen Menschen, die zumeist soziale und auch psychische Probleme hätten. Die Einjahresausbildung sei wichtig, damit die Laienhelfer Grundkenntnisse hätten, wie man etwa mit Suizidgefährdeten oder Altersdepressionen umgehen könne...

... Da sich zum Beispiel viele professionelle Therapieformen an Menschen richteten, die zumindest in der Lage sind, Rollen zu übernehmen, sei die Arbeit der Laienhelfer hier besonders wichtig, denn diese könnten am ehesten die Menschen erreichen, die von sich aus keinen Kontakt zu einer Institution aufnehmen.“

Es ist dann vom Kollegen Börnsen um eine Bewertung des SPD-Antrages gefragt worden. Dazu äußerte sich der Vertreter des Zentrums Reinbek:

„... er halte es für fast unabdingbar, die Helfer in einer Gruppe zusammenarbeiten zu lassen; auch die genannte Größenordnung von 15 sei richtig. Im Beratungszentrum Reinbek seien Berater und Koordinator eine Person. Generell entspreche das im Antrag dargelegte Konzept dem, was das Beratungszentrum in Reinbek mache... die Intention des Antrages (sei) durch die Praxis gedeckt.“

Weiter führte er aus:

„... der SPD-Antrag sollte nicht nur auf Hilfe für ältere Menschen beschränkt sein. Nach (seiner) Auffassung ... würde bei einer solchen Beschränkung sogar Potential verschenkt.“

(Beifall bei der SPD)

„da die in den Gruppen vorhandenen Laienhelfer auch in anderen Bereichen eingesetzt werden könnten.“

Er hat darauf verwiesen, daß das Zentrum vor drei Jahren einen Antrag auf Finanzierung einer halben Stelle zur Ausbildung und Koordination einer Laienhelferstelle gestellt habe. Dieser Antrag sei abschlägig und sogar sehr kritisch beschieden worden. Das ist sehr bedauerlich, und es zeigt, mit welchem eingeschränkten Beurteilungsvermögen die betreffenden Stellen an diese Anträge herangegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

„... das Potential, das es zu motivieren gelte, ... (sei) beträchtlich. Auf einen kleineren Artikel in einer Lokalzeitung hätten sich 30 Personen gemeldet, die als Laienhelfer arbeiten wollten... Ihnen würde in einer Helfergruppe das für sie wichtige Solidaritätsgefühl vermittelt; sie seien auch an der Ausbildung interessiert.“

Der Vorsitzende, Kollege Marschner, fragt dann nach der Zusammenarbeit des Beratungszentrums mit den Behörden. Der Vertreter des Beratungszentrums stellte dar:

„... wem das Zentrum nicht ausreichend helfen könne, verweise es an die sozialen Dienste und entsprechenden Dienststellen.“

Auch das ist ein Punkt, der von der CDU im Sozialausschuß sehr kritisch behandelt worden ist. Hier sieht man ja, daß es nahtlos und reibungslos geht. Wem durch ehrenamtliche Helfer nicht geholfen werden kann, der kann durchaus eine Stufe höher zu der nächsten Institution – ich will es einmal so formulieren – geschickt werden. Das geht eben durch die Verweisung an eine andere Institution nahtlos ineinander über.

(Börnsen [SPD]: Ein Fall von Subsidiarität!)

Mit einem nicht zu überhörenden Vorwurf an die Landesregierung endeten die Ausführungen des Vertreters des Beratungszentrums. Es heißt hier wörtlich:

„Die Selbsthilfegruppen seien Stiefkinder, die sich höchstens an das Netzwerk Selbsthilfe e. V. wenden könnten.“

Auch das **Sozialwerk der Pommern e. V.**, das unter dem Motto „Rentner helfen Rentner“ arbeitet, hat zum SPD-Antrag eine positive Einstellung gefunden. Es heißt dort:

„Anlaß für die Nachbarschaftshilfe sei die Tatsache gewesen, daß die in Schleswig-Holstein lebenden Pommern mittlerweile älter und auch hilfsbedürftiger geworden seien. Da die früher übliche Hilfe unter Nachbarn nicht mehr selbstverständlich sei, habe man eine ‚gelenkte‘ Nachbarschaftshilfe in 24 Stützpunkten in Schleswig-Holstein aufgebaut. Auf monatlichen Zusammenkünften würden Helfer und Hilfsbedürftige einander kennenlernen, und es werde besprochen, wie man Hilfsbedürftigen helfen könne. Man gehe davon aus, daß insbesondere denen geholfen werden müsse, die nicht zu irgendeiner Organisation gingen und dort ihre Rechte auszuschöpfen versuchten.“

Das Sozialwerk ... sei praktisch ‚Mädchen für alles‘. Man sei beim Einkaufen, Essenkochen, bei persönlichen Erledigungen, beim Ausfüllen von Formblättern usw. behilflich. Am meisten Zutrauen hätten die Hilfsbedürftigen zu denen, die sie bereits aus ihrer Nachbarschaft kennten.“

– Auch das ist ein Argument für unseren Antrag. –

„Da entsteht auch so etwas wie Freundschaft oder Patenschaft. Oftmals würden auch diejenigen, denen geholfen werde, dazu motiviert, im Rahmen des für sie Möglichen selbst noch anderen zu helfen.“

(Harms (Elmshorn))

- Auch eine Begründung für unseren Antrag. -

„Auch würden Alleinstehende in einer Familie eingegliedert. Was die soziale Schichtung angehe, so würden nicht nur Menschen mit geringem Einkommen betreut, denn auch denen, die hohe Renten bekämen, nütze das Geld wenig, wenn sie allein seien. Das Sozialwerk organisiere auch Reisen.

Die Helfer arbeiten vollkommen ehrenamtlich und würden oftmals auch gar keine Auslagen erstattet bekommen wollen. Meistens handele es sich um Rentner, da Berufstätige für die Hilfsdienste, die während der normalen Arbeitszeit anfielen, nicht in Frage kämen... (Sehr wichtig sei es), daß die Senioren als vollwertig angesehen würden. Sie seien sehr empfindlich und stünden zum Beispiel auch Sozialstationen“

- Frau Schuster! -

„sehr skeptisch gegenüber.“

Letztlich hat auch die **Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft** e. V. eine positive Einstellung zum SPD-Antrag, die in Teilbereichen noch weiter geht als der SPD-Antrag selbst. Der Bericht endet mit folgender Feststellung:

„Freie Verbände sollten in die Lage versetzt werden, jeweils eine hauptamtliche Kraft zu beschäftigen. Diese Kräfte sollten ihre ehrenamtlichen Mitarbeiter koordinieren, sie einsetzen und ihre Rückfragen beantworten können.“

Angesichts der vielen positiven Ansätze bei den Befragten ist der Obstruktionskurs der CDU mehr als unverständlich - ich möchte sagen, daß er fragwürdig ist -, und er disqualifiziert die Ausführungen von Ihrer Staatssekretärin, der Frau Kollegin Schuster, zu einem sozialpolitischen - ich will es einmal so formulieren; verzeihen Sie - Allerweltsgerede, wenn Sie, Frau Schuster, uns, die wir den Kompromiß gesucht haben, auffordern, über Parteigrenzen hinweg für eine neue Sozialpolitik zu arbeiten, die die leeren Haushaltskassen berücksichtigt. Genau das, liebe Frau Schuster,

(Frau Schuster [CDU]: Ja, genau das!)

haben wir mit unserem Antrag getan.

(Frau Schuster [CDU]: Nein, das kostet noch mehr!)

Aber das hat die CDU wohl angesichts des Wahlkampfes bis heute nicht begriffen oder nicht begreifen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schuster.

Frau Schuster [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für den vorliegenden SPD-Antrag, Modellversuche organisierter ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe, darf ich zunächst einmal feststellen, daß sich dieser Antrag in seinem Inhalt und in seiner Zielsetzung praktisch nicht von jenem unterscheidet, den wir vor einem Jahr im Landtag beraten haben.

(Gunnesson [SPD]: Donnerwetter! Aber sie haben ihn abgelehnt!)

Gegenüber den damaligen Formulierungen gibt es zwar marginale Abweichungen, der Text ist etwas gestrafft, aber weitere und vor allen Dingen neue Perspektiven lassen sich nicht erkennen.

Wir haben uns in der Diskussion vor einem Jahr sehr ausführlich mit den Vorschlägen der SPD-Fraktion auseinandergesetzt. Ich möchte hier noch einmal drei besonders gravierende Gründe hervorheben, die dafür maßgeblich sind, daß meine Fraktion diesen Antrag der SPD erneut ablehnen muß.

1. Der Vorschlag geht allein von modellhaften theoretischen Überlegungen aus. Er ist nicht ausgerichtet an praktischen Beispielen und Gegebenheiten in unserem Lande, obwohl es bei uns sehr viele Ansatzpunkte für weitere Überlegungen zur Stärkung der **ehrenamtlichen Mitarbeit** in der Altenhilfe und in anderen sozialen Bereichen gibt.

2. Nach wie vor soll für die Modellversuche eine theoretisch entwickelte starre Organisationsstruktur von oben vorgegeben werden - das haben Sie eben deutlich gemacht, Herr Kollege Harms -, ohne daß auf die Verhältnisse im Einzelfall vor Ort Rücksicht genommen wird. Diese verordnete **Organisationsstruktur** soll neben den überall im Lande in unterschiedlicher Form ausgeprägten Strukturen unserer ehrenamtlichen Arbeit praktisch sozusagen an diesen vorbei aufgebaut und installiert werden. Dies lehnen wir ab.

3. Die freien **Wohlfahrtsverbände** mit ihren vielen örtlichen Mitgliederorganisationen und ihren vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern bleiben als Träger der Modellversuche ja in Ihrem Antrag, Herr Harms, nach wie vor ausgespart. Sie werden in dem Antrag doch nur am Rande erwähnt.

(Zurufe von der SPD)

Die Verbindung zu diesen Verbänden, die in weiten Bereichen in unserem Lande auch in ihrer unterschiedlichsten Form und Zusammensetzung die Träger unserer sozialen Arbeit sind, wird nicht etwa von ehrenamtlichen Mitarbeitern selbst, sondern - wie sollte es bei einer theoretischen Organisationsstruktur auch anders zu erwarten sein - über den Berater und von diesem über den Koordinator hergestellt. Eine unmittelbare Beteiligung in der Trägerschaft ist interessanterweise nicht etwa für die freien Wohlfahrtsverbände, sondern lediglich für die jeweilige Gemeinde vorgesehen.

(Frau Schuster)

Meine Damen und Herren, diese drei Punkte zeigen, daß der erneute Vorschlag der SPD an der Praxis in unserem Lande völlig vorbeigeht. Mit dieser Einschätzung und Beurteilung befindet sich die CDU-Fraktion in Übereinstimmung mit fast allen, die vom zuständigen Ausschuß schriftlich und mündlich zu diesem Vorschlag angehört worden sind. Ich stelle mir wirklich die Frage, meine Damen und Herren von der SPD, warum wir eigentlich diese Anhörung durchgeführt haben, wenn heute ein solcher Antrag, gegenüber dem vor der Anhörung kaum verändert, in dieser Form auf unserem Tisch liegt. Entweder haben Sie nicht zugehört, oder Sie haben mit dem starren Blick auf eine – darf ich das sagen – wahlorientierte Betriebsamkeit die wirkliche Situation in unserem Lande völlig aus den Augen verloren.

(Beifall bei der CDU)

Diejenigen nämlich, die von außerhalb Schleswig-Holsteins zu diesem Antrag gesprochen haben oder die dazu gehört worden sind, haben im wesentlichen die **Modellversuche** aus Bochum, Berlin und Frankfurt dargestellt. Es erscheint mir jedoch sinnvoll, daß man sich bei der Auswertung und der Beurteilung der Anhörung doch in erster Linie auf die Verbände und Organisationen in unserem Lande bezieht, also auf diejenigen, die innerhalb Schleswig-Holsteins arbeiten. Denn dies ist unsere Wirklichkeit, und sie kann wohl eine Grundlage für weitere Initiativen zur Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit in unserem Lande sein.

Es sind aus **Schleswig-Holstein** 12 schriftliche Antworten eingegangen. Neun dieser Antworten lehnen den Vorschlag der SPD-Fraktion ab. Darunter sind beispielsweise alle vier kommunalen Landesverbände sowie die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, die mit ihren Mitgliedsverbänden zu einer einheitlichen eindeutigen Beurteilung gekommen sind.

Dieses Ergebnis der Anhörung, meine Damen und Herren von der SPD, hat nun nicht etwa dazu geführt, daß Sie Ihren früheren Antrag vom Tisch nahmen. Er liegt wieder da. Mir zeigt ein solches Verhalten, wie Sie, die Sie sich ja in der Öffentlichkeit immer so sehr gesprächsbereit offerieren, in der Wirklichkeit der politischen Arbeit mit dem, was Ihnen in den Gesprächen gesagt wird, später umgehen. Ihr Antrag ist für mich ein plakatives Beispiel dafür, was diejenigen Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande zu erwarten haben, die auf den von Ihnen im Landtagswahlkampf überall plakatierten Wahlslogan „Stellen Sie sich vor, es gibt eine Regierung, die hört Ihnen zu!“ hereinfallen. Was nützt das scheinbare Zuhören, wenn man nicht willens und in der Lage ist, daraus zu lernen und dann auch seine eigene Position vorurteilsfrei zu überprüfen und zu korrigieren?

(Beifall bei der CDU)

Für die CDU-Fraktion möchte ich noch einmal ausdrücklich hervorheben, daß wir weiterhin der **ehrenamtlichen Arbeit** im sozialen Bereich nicht nur wohlwollend gegenüberstehen, sondern daß wir

sie fördern und unterstützen wollen. Wir wollen dies jedoch ohne Bevormundung, ohne Bürokratisierung und ohne von oben aufgedrückte Organisationsstrukturen für die überall im Lande vor Ort aktiven ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer tun.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen selbständig und eigenständig entstehende **Initiativen** in ihrer Entwicklung gezielt fördern. Hierfür gibt es eine sehr große Zahl von Beispielen, ganz besonders natürlich im Bereich der freien Wohlfahrtsverbände.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe in der Diskussion vor einem Jahr hier an dieser Stelle eine Reihe dieser Initiativen beispielhaft aufgeführt. Sie können sie ja, wenn Sie überhaupt noch wollen, alle im Landtagsprotokoll nachlesen. Wir unterstützen und fördern die Gespräche weiter, die zwischen den kommunalen Verbänden, den freien Wohlfahrtsverbänden und der Landesregierung zu diesem Thema ja in der Tat seit längerem laufen. Wir glauben, daß auf diesem Wege der Vielfalt der ehrenamtlichen Mitarbeiter in unserem Lande Rechnung getragen werden kann und zugleich neue Initiativen und Aktivitäten nicht unterdrückt zu werden brauchen.

Ich möchte diese heutige Gelegenheit gerne dazu benutzen – es ist ja die letzte in dieser Legislaturperiode –, alle denen, die im Lande in diesem Bereich ehrenamtlich mitarbeiten, unseren besonderen Dank auszusprechen.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger erneut auf, sich an dieser Arbeit zu beteiligen und vor allen Dingen vor Ort mitzuwirken.

Sehr verehrte Damen und Herren, lieber Herr Harms, mein Kollege Herr Rösler wird sicher auch noch ein paar Takte ergänzen.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, sicher. – Aber vielleicht darf ich etwas herausnehmen. Zunächst einmal preisen Sie die **Selbsthilfegruppen** an. Das ist ja alles in Ordnung; gegen die hat ja kein Mensch etwas. Das soll aber an der Basis geschehen, dort, wo es hingehört. Sie können aber doch nun nicht für jede kleine Selbsthilfegruppe Landesmittel beantragen.

Dann zu dem Stichwort „Modell“. Mit Ihnen weiß ich sehr wohl, daß das Wort „**Modell**“ – das kann ich ja sagen – jahrzehntelang für uns Abgeordnete ein Zauberwort ist. Ich bekenne freimütig, daß ich mich, wenn ich eine Sache nicht so ganz durchsetzen konnte, gern dieses Wortes „Modell“ bedient habe, und das hat ja in der Vergangenheit auch fabelhaft geklappt. Wir sind der Meinung: Bewährtes bewahren und Neues wagen. Bewährtes bewahren, damit meine ich jetzt die ganze Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände mit all ihren Untergliederungen.

(Beifall bei der CDU)

(Frau Schuster)

Die werden Neues wagen, und dabei werden wir ihnen helfen.

Was die **Familienbildungsstätte** in Kiel angeht, sehr verehrter Herr Harms: ich bin ja bei dieser Anhörung dabeigewesen und habe das sehr wohl registriert. Ich bin sehr bald danach hingegangen und habe mich informiert. Wir haben keine Planstelle finanziert – das können wir nicht; das wissen die Damen und Herren der Familienbildungsstätten auch –, aber wir haben ihnen Mittel vom Sozialministerium genau für die Sache bereitgestellt, die Sie hier ausgeführt haben, nämlich für die Finanzierung eines Anrufbeantworters, und die sind glücklich und froh darüber, und so klappt das jetzt auch.

(Harms (Elmshorn) [SPD]: Ein Schritt auf dem richtigen Wege!)

– Ja, natürlich. Aber doch keine ganze Planstelle und nicht hauptamtlich! Dieser Anrufbeantworter entlastet die tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Familienbildungsstätte, und das klappt.

(Zuruf des Abgeordneten Harms (Elmshorn) [SPD])

– Ja, das hat aber nichts mit Ihrem Modell zu tun.

Und dann noch einen Satz zu den alten Leuten. Also, ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn ich nicht Abgeordnete wäre, wäre ich ja auch schon ein „altes Leut“, nicht wahr. Ich würde es mir verbitten, irgendwo erfaßt zu werden. Solange ich noch gesund und munter bin, möchte ich nirgendwo erfaßt werden.

(Beifall bei der CDU – Hadewig [F.D.P.]:
Passen Sie auf, was bei der Volkszählung passiert!)

Ich gebe zu, daß es sehr wohl einsame Menschen gibt. Aber nicht nur alte Menschen sind einsam, auch sehr viel junge. Dreimal dürfen Sie raten, an wem das manchmal liegt. Aber es kann doch nicht angehen, daß wir nun sozusagen flächendeckend für ganz Schleswig-Holstein durch diese Modelle oder durch diese Art, in der Sie es praktizieren wollen, eine Erfassung in Sachen Altenbetreuung machen.

Das tun alle diese Verbände großartig, die wir Gott sei Dank seit Jahrzehnten haben und auch unterstützen. Diese Verbände in unserem Lande wissen ganz genau, sehr verehrter Herr Harms, daß wir nicht aus lauter Übermut oder Hochmut, wie Sie sagten, die Mittel nicht erhöhen können; sie wissen in welcher Situation wir sind und in welcher Situation wir wahrscheinlich leider noch eine Weile bleiben müssen, um alles wieder in Ordnung zu bringen. Aber durch die enge Zusammenarbeit des Landtages und auch der Landesregierung, besonders des Sozialministeriums, mit diesen Verbänden ist gewährleistet, daß hier auch weiterhin Positives insbesondere für die alten Menschen entwickelt werden kann.

Sehr verehrter Herr Harms, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ziehen Sie bitte Ihren

Antrag zurück. Sie täten damit der Sache einen guten Dienst.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hadewig.

Hadewig [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für unsere gesellschaftliche Situation ist offenkundig kennzeichnend, daß die Generationen in weiten Bereichen nebeneinander leben. Ich denke nur an den Wohnungsbau oder auch an das Zusammenleben in vielen Familien. Daher sind dann solche Anträge, wie heute einer vorliegt, notwendig. Ich glaube, daß müssen wir zu Beginn hier einmal so offen erklären.

Frau Kollegin Schuster, Sie sagen, die SPD müsse auch bereit sein, aus Anhörungen zu lernen. Ich glaube, wir können doch sagen, daß bei dieser Anhörung viele neue Gesichtspunkte angesprochen worden sind.

(Marschner [SPD]: Sehr richtig!)

Ich möchte den Kollegen von der SPD immerhin zurechnen, daß sie hier einige Gesichtspunkte aufgenommen haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich verstehe jetzt nun auch, warum Sie zum Beispiel bei der Beratung des Landesblindengeldgesetzes trotz unseres Antrages nicht bereit waren, eine Anhörung durchzuführen; dann hätten Sie nämlich auch lernen müssen, Frau Kollegin Schuster.

(Beifall des Abgeordneten Marschner [SPD]
– Frau Schuster [CDU]: Nein! Ich wußte von vornherein, worum es ging!)

– Ja, ja, Sie wußten von vornherein, worum es ging. Deswegen scheuten Sie die Vorschläge der Blindenvereine, die hier kompromißbereit waren

(Beifall der Abgeordneten Marschner [SPD]
und Ruge [F.D.P.]

und die auch bereit waren, einen eigenen Sparbeitrag zu leisten. Das war Ihnen zu gefährlich. Dann hätten Sie nämlich erstens zuhören und zweitens lernen müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD –
Rösler [CDU]: Arroganter geht es nicht mehr!)

– Einen Augenblick, Herr Kollege Rösler! Ihre schlaunen Beiträge von gestern habe ich noch gut in Erinnerung. Sie wollen ja gleich reden. Dann sparen Sie sich doch Ihre Bemerkungen. Ihre Schlaumeierei geht mir ganz schön auf die Nerven.

(Beifall bei der SPD – Weidling [CDU]: Wir sind doch erwachsene Menschen! – Weitere Zurufe)

(Hadewig)

– Sagen Sie das einmal dem Kollegen Rösler.

(Beifall des Abgeordneten Neugebauer [SPD] – Zuruf von der CDU: Warum sind Sie denn so nervös?)

Die Skepsis gegenüber einer **organisierten ehrenamtlichen Hilfe**, die auch wir Liberalen haben, habe ich schon in der ersten Runde dargestellt, Frau Kollegin Schuster. Ich habe gesagt, daß man die Spontaneität, die auch zu einer nachbarschaftlichen Hilfe gehört, wenn ein Nachbar in Not ist, nicht verordnen, nicht vorschreiben kann. Es ist ganz wichtig, glaube ich, daß dies berücksichtigt wird. Es läßt sich einfach nicht Nachbarschaft planen; das läßt sich auch seitens des Staates nicht verordnen. Das möchte ich hier einfach feststellen.

(Beifall bei der F.D.P. – Rösler [CDU]: Das war ein liberaler Ausspruch!)

– Aber, Herr Kollege Rösler – –

(Rösler [CDU]: Ich habe Sie doch eben gelobt!)

– Das bin ich von Ihnen gar nicht gewohnt, Herr Kollege Rösler. Da Sie immer dazwischenquaken, bin ich etwas Positives schon gar nicht mehr gewohnt.

(Beifall bei der F.D.P. – Zurufe)

– Nun fangen Sie auch an, Herr Kollege Stäcker. Endlich sind Sie aufgewacht. Lesen Sie mal ruhig weiter.

Ich möchte wieder zu meiner Rede kommen. Die ehrenamtliche **Nachbarschaftshilfe**, die zum Beispiel vom Sozialwerk der Pommern vorgestellt wurde, macht ja deutlich, Frau Kollegin Schuster, daß es sehr wohl bei Vereinen und Verbänden Vorstellungen darüber gibt, wie ein Mehr an Miteinander ermöglicht wird und wie gerade auch die ehrenamtliche Arbeit darauf ausgerichtet sein kann – z. B. bei dem Projekt Rentner helfen Rentner –, Hilfe zu leisten, die den Staat nicht in Anspruch nimmt. Genau dahin sollten wir unsere Unterstützung seitens des Landtages, seitens des Landes richten. Insoweit haben wir gesagt: Die Zielrichtung des SPD-Antrages geht in die richtige Richtung.

(Marschner [SPD]: Ein hervorragendes Beispiel ist das!)

Die SPD hat nicht gesagt – das müssen wir hier auch feststellen –, daß sie nun flächendeckend, sozusagen mit der Gießkanne, so etwas erreichen wolle, sondern sie schlägt vor, daß **Modelle** eingerichtet werden. Ich habe bei den Beratungen im Ausschuß auch gesagt, daß wir hier sicherlich zu einer Detailberatung kommen sollten. Frau Kollegin Schuster, dazu waren Sie ja nicht bereit.

(Frau Schuster [CDU]: Weil es ja viele derartige Modelle bei uns im Lande gibt!)

Wenn wir uns jetzt drei hervorragende Modelle herausuchen – ich habe zum Beispiel das Modell des Sozialwerkes der Pommern genannt – und begleiten

sie, unterstützen dort die ehrenamtliche Arbeit, werten diese Modelle nach einer bestimmten Zeit aus und stellen sie als vorbildlich im Lande Schleswig-Holstein dar – wir werten möglicherweise auch die schlechten Erfahrungen aus –, dann können wir sagen: Das könnte ein Weg in die richtige Richtung sein. Frau Kollegin Schuster, warum wehren Sie sich dagegen?

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich habe vielmehr die Vermutung – ich habe auch Ihre Presseerklärung in der Pressekonferenz gelesen –, daß Sie jetzt so etwas ablehnen, um in der nächsten Wahlperiode mit ähnlichen Vorstellungen zu kommen, etwas anders, als es die SPD formuliert hat,

(Beifall bei der SPD)

und dann werden Sie im Bereich der Altenhilfe auch mit irgendwelchen Modellen kommen, die Sie besonders gefördert wissen möchten. Sie haben ja auf Ihren eigenen „Leidensweg“ – Sie haben es ja fast so bezeichnet – bei der Durchsetzung von bestimmten Vorstellungen gegenüber der Landesregierung hingewiesen.

(Frau Schuster [CDU]: Kein Leidensweg!)

Dann sind Sie zum Beispiel auf Modelle gekommen. Ich nenne z. B. das Dithmarscher Modell. Da sind wir ja einer Meinung. Das Dithmarscher Modell hat ja zur Vermeidung der Heimerziehung einen wesentlichen Beitrag geleistet. Nachdem sich diese Modellmaßnahme bewährt hatte, konnten wir an andere Kreise und Träger herantreten und sagen: Seht mal, so kann man arbeiten; Kosteneinsparungen können erzielt werden. Ähnlich könnten wir, meine ich, auch im Bereich der Altenhilfe vorgehen. Wir können Modelle anbieten, die zeigen, wo sinnvoll geholfen werden kann und wie sinnvoll geholfen werden kann.

(Beifall des Abgeordneten Marschner [SPD])

Meine Damen und Herren, das ist ein Zeichen dafür, daß wir hier nicht mit Patentrezepten arbeiten wollen, sondern wie wir Beispiele geben wollen. Das ist ja der Charakter eines Modells.

(Beifall bei der SPD)

Wir Freien Demokraten werden uns dafür einsetzen, daß der Wunsch der älteren Mitbürger, ihre eigene Wohnung möglichst lange bewohnen zu können, so weit wie möglich verwirklicht werden kann. **Ältere Mitbürger** haben ein Recht auf ein Höchstmaß an Selbständigkeit, auch wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. Genau diese Zielrichtung hat dieser Antrag der Sozialdemokraten.

Wir haben ja auch mit Selbsthilfeorganisationen, zum Beispiel mit den Grauen Panther, Gespräche geführt. Ich bedaure, daß die Grauen Panther, obwohl sie zu der Anhörung im Sozialausschuß eingeladen waren, nicht gekommen sind. Aber ich weiß aus Gesprächen auch mit Grauen Panther, daß wir viel stärker noch diese Selbsthilfe-, diese

(Hadewig)

Eigenhilfeorganisation unterstützen müssen. Hier sind ältere Mitbürger bereit und auch in der Lage, sich für Gleichaltrige einzusetzen. Ich glaube, es tut einfach Not, sie verstärkt zu unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, daß die **offene Altenhilfe** zum Beispiel über Sozialstationen im Lande Schleswig-Holstein ausgebaut wird, um eine eigene Lebensführung älterer Mitbürger zu ermöglichen. Ich erinnere nur an die spezielle Frage, die ich zu diesem Bereich bei der Großen Anfrage der F.D.P.-Fraktion zur Situation der älteren Mitbürger gestellt habe.

Frau Kollegin Schuster, dazu wollten wir wissen: Wie sieht es mit dem Angebot an Sozialstationen in Schleswig-Holstein aus? Und welcher Bedarf ist nach Auffassung der Landesregierung noch gegeben? Um eine klare Antwort auf diese Fragen haben Sie sich bis heute gedrückt.

(Beifall bei der SPD)

Wir bedauern das. Denn wir sind der Auffassung, daß es durchaus noch Regionen gibt, wo durch Sozialstationen auch für ältere Bürger – insbesondere im ländlichen Bereich – noch mehr getan werden kann, um ihnen eine eigenständige Lebensführung zu ermöglichen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir setzen uns verstärkt für **Hausnotrufsysteme** ein. Das sind im Grunde ganz schlichte technische Anlagen. Sie führen aber dazu, daß ältere Menschen länger in ihren angestammten Wohnbereichen wohnen bleiben können. Ich selbst habe mir solche Anlagen in der Gemeinde Tarp angeschaut. Mit diesen Anlagen ist es möglich, daß ältere Bürger länger zu Hause wohnen bleiben können, weil sie ein solches Notrufsystem haben. Es ist ein Telefon am Bett. Wenn dadurch ältere Bürger länger zu Hause bleiben können, brauchen sie nicht in ein Altersheim eingewiesen zu werden.

Das ist auch ein Kostengesichtspunkt. Ich bin gern bereit, Investitionen dafür zu verstärken, daß solche Telefonanlagen bei älteren Bürgern eingerichtet werden, wenn wir dafür auf der anderen Seite im Hinblick auf Altenheime, in die die Bürger sonst eingewiesen werden müßten, Kosten sparen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch dies ist ein Beispiel dafür, daß man in der Spardiskussion mit Phantasie etwas machen kann. Ich glaube, wenn wir mehr Phantasie einsetzen, werden wir zu vielen vorbildlichen Lösungen kommen.

Wir sind auch der Meinung, daß den älteren Mitmenschen verstärkt Mitwirkungs- und Betätigungsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen gegeben werden müssen. Wir haben in **Eckernförde** einen Beirat für ältere Mitbürger. Zu seiner Wahl waren alle Bürger wahlberechtigt und konnten dafür tätige, aktive Senioren oder ältere Mitbürger wählen. Ich glaube, ein solches Beispiel sollte noch viel weiter Platz greifen.

Nach unserer Meinung sollten älteren Mitbürgern verstärkt auch **Arbeitsmöglichkeiten** angeboten werden. Es gibt zum Beispiel vorbildliche Einrichtungen von **Rentnerwerkstätten**. Es ist eben so, daß viele ältere Bürger noch etwas tun wollen. Sie wollen nicht einfach eine Freizeitbeschäftigung haben, Skat spielen oder Kaffeeklatsch machen oder was auch immer, sondern sie sind gern bereit, sich aktiv für das Wohl der Gesellschaft einzusetzen. Dazu könnten diese Modelle eine Hilfe darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Meinung, daß die **Altenwohnheime** so umgestaltet und geplant werden sollten, daß sie ein Höchstmaß an Selbständigkeit – zum Beispiel durch ein größeres Angebot an Einzelzimmern und eine stärkere Mitwirkungsmöglichkeit bei den Heimangelegenheiten – gewährleisten. Wir sind der Meinung, daß das **Heimgesetz** – auch dazu hatte ich bei der Großen Anfrage, die ich gestellt hatte, konkrete Fragen – eingehalten werden muß und daß die älteren Mitbürger regelmäßig auch auf ihre Rechte hingewiesen werden sollten und darüber aufgeklärt werden müssen.

Ich bin vor kurzer Zeit in einem kleinen Altersheim in Techau in Ostholstein gewesen und habe festgestellt, wie gut es ist, wenn die älteren Mitbürger wissen, welche Rechte sie haben und welche Möglichkeiten ihnen gegeben sind. Das führt nämlich dazu, daß sie an den Dingen aktiv teilnehmen und ihre eigene Sache viel stärker begreifen.

Ich habe mit der Heimleitung über die Erfahrungen mit dem Gesetz gesprochen. Dort hat man gesagt: Wir freuen uns darüber, daß die älteren Mitbürger in unserer Einrichtung so aktiv mitarbeiten. Wir sollten es uns angewöhnen, die Mitbestimmungsregelung des Heimgesetzes nicht als lästig zu betrachten, sondern in ihr einen positiven Beitrag zu sehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich komme jetzt zum Schluß. Meine Damen und Herren, das Ziel ist Hilfe zur Selbsthilfe. Gerade auch ältere Mitbürger haben begriffen, daß es nicht richtig ist, immer nur nach dem Staat zu fragen. Viele ältere Mitbürger sind bereit, sich viel mehr selber zu fragen, welchen Beitrag sie ganz persönlich für die Gemeinschaft und für sich selbst leisten können. Zu dieser Hilfe zur Selbsthilfe sollte das Land verstärkt einen Beitrag leisten.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rösler.

Rösler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Harms hat hier die Stellung-

(Rösler)

nahme der **Pommern** als Kronzeuge angeführt. Nur hat er einen Satz vorzulesen vergessen. Dieser lautet:

Frau Gensch schließt ihren Vortrag mit dem Hinweis, „daß die von ihr angesprochenen Helfer, die im Sozialwerk der Pommern tätig seien, zum Ausdruck gebracht hätten, daß sie so nicht eingesetzt werden möchten, wie es in dem Antrag der SPD niedergelegt ist.“

Das steht da drin. Aber Sie haben es geflissentlich überlesen. Es gehört jedoch dazu.

Meine Damen und Herren, was Sie hier fordern, haben wir in unserem Land bereits vielfältig. Wir überlassen das ja nicht mehr dem Zufall. Ich könnte hier Lukas Kapitel 10 Vers 30 zitieren, wo von dem Menschen die Rede ist, der von Jerusalem nach Jericho ging, niedergeschlagen wurde und dann von Pharisäern und Priestern liegengelassen wurde, aber vom Samariter gepflegt worden ist. Meine Damen und Herren, diese Pharisäer und Priester gibt es auch heute unter uns, die Krankheit, Not und Elend übersehen. Das wissen wir als Christliche Demokraten natürlich ganz genau.

Gerade heute ist mir ein Zeitungsartikel in die Hand gekommen: „Seminar für häusliche Kranken- und Altenpflege“. Dieses Frühjahrsseminar, das vom Roten Kreuz veranstaltet wird, ist ausgebucht. Jeder Teilnehmer, der dort das lernen will, was von der Organisation ehrenamtlich angeboten wird, zahlt dafür 10 DM.

Meine Damen und Herren, da sitzen bei uns abends viele Menschen in den verschiedensten Organisationen beieinander, um gerade das zu machen, was Sie fordern. Es sind in unserem Land und darüber hinaus jeden Monat, jedes Jahr viele hundert Menschen.

95 % aller schleswig-holsteinischen **Bürger über 65 Jahre** leben zu Hause und werden in diesem Land von ihren Mitbürgern betreut.

(Beifall bei der CDU - Marschner [SPD]:
Das ist falsch!)

Das sind 16 % aller Bürger in Schleswig-Holstein, 1 % mehr als im Bundesgebiet. Meine Damen und Herren, daß Menschen so alt werden, ist natürlich auch auf die gute Gesundheitspolitik des Landes zurückzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer solche Dinge fordert, die von unseren Bürgern ehrenamtlich, spontan und mit viel Geist selber organisiert werden, wer das also in den staatlichen Griff bekommen will, der erschlägt alle ehrenamtliche Spontaneität.

Ihr Professor Hennings in Freiburg hat einmal gesagt, zu viele Politiker machten den grundsätzlichen Fehler, anzunehmen, alle menschlichen Lebensbereiche seien ihnen zur Disposition gestellt. Meine Damen und Herren, das schreiben Sie sich mal hinter die Ohren. Das hat ein ehemaliger Sozialdemokrat gesagt.

Wir haben im Land **Schleswig-Holstein** derartige Organisationen: das Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt und überhaupt all die Organisationen, die Sie ja angeführt haben, Herr Kollege Hadewig. Solche Anträge, die Arbeit möge vom Staat organisiert werden, kann nur jemand stellen, der der Meinung ist, vom Staat könne alles besser und viel besser gemacht werden. Wenn die Liberalen in diesem Hause meinen, sie müßten einem solchen Antrag zustimmen, dann haben sie ihre Liberalität in Schleswig-Holstein an der Garderobe abgegeben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich denke, wir alle könnten uns darin einig sein, daß **Nachbarschaftshilfe** nicht organisiert werden kann.

(Beifall bei der CDU - Spaeth [CDU]: So ist es!)

Entweder man hilft seinem Nachbarn, oder man tut es nicht. Dies können wir nicht in irgendeiner Form organisieren. Ich habe deshalb etwas Bedenken gegen den Vorschlag, daß 10 bis 15 Helfer eine Gruppe bilden sollen, daß 3 bis 4 Gruppen einen pädagogischen Berater haben sollen und daß mehrere pädagogische Berater wieder einen Koordinator haben sollen, der dann im Zusammenwirken mit einer Sozialstation arbeiten soll. Es fällt mir schwer, dies richtig zu begreifen.

(Marschner [SPD]: Das ist der alte Antrag!)

Ich kenne wohl die Schwierigkeiten, so etwas in diesem Staate zu regeln. Mir wäre es aber lieber, wenn wir ganz klare Gesetze hätten, einmal hinsichtlich der Krankenpflege - daß es also Krankenschwestern gäbe, die in die Häuser gingen und die Familien aufsuchten -, zweitens hinsichtlich der Gesundheitspflege - daß es Gesundheitspfleger oder Gesundheitspflegerinnen gäbe, die sich mit den Säuglingen und den Kleinkindern beschäftigten, die in die Kindergärten gingen und auch in die Schulen, so daß wir dies alles im Griff hätten - und daß es drittens Familienhelfer gäbe, die dann, wenn derjenige, der den Haushalt führt, krank wird - ob es nun die Frau oder der Mann ist -, einspringen. Wenn wir so etwas alles hätten, könnten wir das Problem lösen, indem wir nachdrücklich an unsere Mitmenschen appellieren, für Nachbarschaftshilfe einzutreten.

Aber ich sehe, daß wir diese Frage in dieser Gesellschaft nicht lösen können, weil man auf diesem Sektor nicht gern zu gesetzlichen Regelungen greifen möchte. Man möchte das lieber über die **freien Wohlfahrtsverbände** regeln.

(Frau Schuster [CDU]: Das hat sich bewährt!)

(Meyer)

- Die freien Wohlfahrtsverbände haben gut gearbeitet, Frau Schuster!

(Frau Schuster [CDU]: Sehr gut!)

Aber andere Gruppen, die sich neu bilden und neue Aufgaben sehen - -

(Frau Schuster [CDU]: Die sollen sich denen anschließen!)

- Einen Augenblick, ganz ruhig, nicht so übereifrig! Sie sagen, sie sollten sich denen anschließen. Ja, aber wie läuft das denn? Ich kenne die Dinge doch. Unser dänischer Gesundheitsdienst zum Beispiel hat seit 1945 gut und segensreich im Landesteil Schleswig gearbeitet. Erst etwa 1975 - wenn ich mich richtig erinnere - wurde dieser Gesundheitsdienst Mitglied der freien Wohlfahrtsverbände. In all diesen Jahren bekam unser dänischer Gesundheitsdienst keinen Zuschuß vom Land Schleswig-Holstein.

Nun kommt's: Als wir dann Mitglied der freien Wohlfahrtsverbände wurden und dachten, wir würden jetzt Mittel bekommen, bekamen wir doch keine Mittel.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Schuster [CDU])

- Ruhig, Frau Schuster! Wir bekamen sie nicht. Ich habe ja den Fall durchgezogen. Wir bekamen sie nicht, weil die freien Wohlfahrtsverbände sagten: Wir waren bis jetzt 11 oder 12 Organisationen und haben uns die Gelder geteilt; jetzt kommt eine Organisation hinzu, wir haben vom Land aber nicht mehr Geld bekommen, ergo bekommt ihr nichts! Das war Tatsache. Dann mußte ich erst wieder zur Landesregierung gehen, und wir haben einen Kompromiß dahin geschlossen, daß 50 000 DM gegeben wurden. Erst ein Jahr später, nachdem das Land die Mittel dann erhöht hatte, wurden wir endlich gleichgestellt. Dies ist für mich ein zu starres System.

(Beifall bei der SPD)

Es bedeutet, daß neue Initiativen erst vom Staat anerkannt werden, wenn diese Organisationen Mitglied der freien Wohlfahrtsverbände geworden sind.

(Frau Schuster [CDU]: Das ist eben das Subsidiaritätsprinzip!)

Die freien Wohlfahrtsverbände zahlen eben erst, wenn der Staat seine Zuschüsse an die freien Wohlfahrtsverbände erhöht hat.

Aus diesem Grunde würde ich eine gesetzliche Regelung dieser Fragen lieber sehen; dann kämen wir weiter. Das wollen Sie aber nicht.

Nun will die SPD Modellversuche durchführen. Ich bin mit diesen Vorschlägen nicht zufrieden. Es ist mir zuwider, die freien Helfer so in Gruppen aufzuteilen, wie es da vorgesehen ist. Aber okay, ich kann das als Modell für drei Jahre mittragen. Aber wenn es möglich ist, meine lieben Kollegen von der SPD, dann laßt uns lieber darangehen, klare gesetzliche Regelungen für die sozialen Dinge zu schaffen; damit fahren wir besser. Was hier vorge-

schlagen wird, ist noch nicht unser Endziel und kann es auch nicht sein.

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 9/1739, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt!

Ich lasse dann über den Beschlußvorschlag des Sozialausschusses abstimmen. Wer der Beschlußempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. so beschlossen!

Ich rufe den Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Verbesserung der Beschäftigungssituation bei den Lehrern

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 9/1617

Bericht und Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport
Drucksache 9/1775

Als Berichterstatter hat der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport, Herr Abgeordneter Schulz, das Wort.

Schulz [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der dem Ausschuß für Kultur, Jugend und Sport - federführend - und dem Innen- und Rechtsausschuß am 27. Oktober 1982 zur Mitberatung überwiesene Antrag Drucksache 9/1617 fand bereits bei der Beratung der Stellenpläne des Einzelplans 07 zum Haushaltsentwurf 1983 Eingang in unsere Diskussion. Der erste offizielle Beratungsdurchgang im Ausschuß fand dann am 19. Januar 1983 statt.

Von der Mehrheitsfraktion wurde in dieser Sitzung am 19. Januar Zustimmung zu der Grundtendenz des Antrages aus pädagogischer Sicht signalisiert. Allerdings wünschte die Mehrheitsfraktion zu den einzelnen Spiegelstrichen des Ursprungsantrags noch eine ausführlichere Stellungnahme des mitberatenden Innen- und Rechtsausschusses zu den beamtenrechtlichen Voraussetzungen und den versorgungsrechtlichen Fragen.

Der mitberatende Innen- und Rechtsausschuß teilte mit, daß er sich bereits in einer Sitzung am 18. November mit dem Antrag beschäftigt habe und an der in dieser Sitzung mit Mehrheit unter Bezug auf die Plenardebatte vertretenen Auffassung festhalte, daß gegen den Antrag rechtliche Bedenken bestünden. Gleichzeitig machte der Innen- und Rechtsausschuß aber darauf aufmerksam, daß ein federführender Ausschuß an das Votum eines beteiligten

(Schulz)

Ausschusses nicht gebunden sei. Der federführende Ausschuß könne dem Landtag durchaus eine Beschlußempfehlung vorlegen, die von der Stellungnahme des beteiligten Ausschusses abweiche. - Das war ja ein sehr freundlicher Hinweis dieses Ausschusses.

Der Kulturausschuß ist dem dann auch gefolgt. Die Mehrheitsfraktion hat in der abschließenden Sitzung am 9. Februar 1983 eine geänderte Fassung des Ursprungsantrags der SPD-Fraktion vorgelegt, die Sie heute in der Drucksache 9/1775 als Beschlußempfehlung des Ausschusses finden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Harms (Heede).

Harms (Heede) [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund einer immer bedrohlicher werdenden **Lehrerarbeitslosigkeit** und im Bewußtsein der Tatsache, daß die öffentlichen Haushalte auch in den nächsten Jahren keinen Spielraum für freie Entscheidungen lassen werden, hatte die SPD-Fraktion am 30. September des vergangenen Jahres einen Antrag zur **Verbesserung der Beschäftigungssituation** der Lehrer eingebracht. In der ersten Beratung am 27. Oktober vorigen Jahres hat der Kollege Hamer diesen Antrag begründet.

Bei den Ausschußberatungen zeigte sich die Mehrheit des Innen- und Rechtsausschusses überhaupt nicht geneigt, unseren Überlegungen näherzutreten. Der Volksbildungsausschuß hat sich dann wohl mehr von pädagogischen Gesichtspunkten leiten lassen.

(Dr. Schübeler [CDU]: Kulturausschuß!)

- Ich kann mich an die neue Bezeichnung nicht so recht gewöhnen und will es eigentlich auch nicht, Herr Dr. Schübeler! - Also: Der Ausschuß für Kultur, Jugend und Sport hat sich offensichtlich von pädagogischen Gesichtspunkten leiten lassen. Er hat eine Empfehlung gegeben, die uns heute zur Entscheidung vorliegt.

(Präsident Dr. Lemke übernimmt den Vorsitz)

Nun hatten wir schon in der ersten Beratung zum Ausdruck gebracht, daß wir einen Anstoß geben wollten und daß wir bereit seien, über jede beliebige andere Initiative adäquat zu diskutieren. Daß aber etwas so mageres dabei herauskommen würde, hatten wir nicht erwartet.

Nun haben wir uns aber heute mit diesem Vorschlag der Ausschußmehrheit auseinanderzusetzen. Ich sage noch einmal in Stichworten, was jetzt vorgesehen ist: Die Ruhestandsregelung ist jetzt an das 58. Lebensjahr gekoppelt. Wir hatten das 55. Lebensjahr vorgesehen. Die arbeitsmarktbezogene Beurlaubung soll bis 1990 befristet und die familienbezogene Beurlaubung um drei Jahre verlängert werden. So die Ausschußfassung. Um dies aber erreichen zu können,

ist auch eine Änderung des Beamtenrahmenrechts, also eines Bundesgesetzes, erforderlich.

Wir haben in unseren Antrag eine Formulierung aufgenommen, in der ausdrücklich gesagt wird, daß die durch diese Maßnahmen frei werdenden Mittel ausschließlich dazu verwendet werden sollten, neue Stellen zu schaffen, d. h. Lehrer, die sonst arbeitslos bleiben würden, einzustellen. Wir wissen, daß dies ein ungewöhnlicher Vorschlag ist, zumindest wenn man ihn auf die bisherige Haushaltspraxis bezieht. Wir wollten aber auf jeden Fall vermeiden, daß an die Lehrer, appelliert wird, auf diese oder jene Weise auf Einkommen zu verzichten, daß aber die dadurch eingesparten Mittel dann nachher nur dazu verwendet werden, den Haushalt auszugleichen. Wir wollten die Garantie haben, daß diese Mittel wirklich für neue **Lehrerstellen** verwendet werden. Jetzt müssen wir mit Bedauern feststellen, daß in der Beschlußfassung des Ausschusses nichts dergleichen erhalten geblieben ist.

Der Text der Ausschußfassung ist auch in anderer Weise unverbindlich. Allerdings stellen wir mit einer gewissen Genugtuung fest, daß er jedenfalls ein wenig verbindlicher ist als das, was die CDU ursprünglich wollte. Ursprünglich sollte an die Landesregierung nur ein Prüfungsauftrag erteilt werden. Das geht aus dem Umdruck 9/4409 hervor. Jetzt soll wenigstens deutlich werden, daß ein Ziel angestrebt wird.

Ich darf noch einmal die Grundsätze nennen, von denen aus die SPD-Fraktion sich dem Problem der Lehrerarbeitslosigkeit nähern will.

Erstens. Es darf kein Sonderopfer für **Lehrer** geben, sondern der ganze öffentliche Dienst muß auch einen Beitrag zur **Beseitigung von Arbeitslosigkeit** leisten.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Zweitens. **Freiwilligkeit** hat den Vorrang vor pauschalen, allgemein verbindlichen Regelungen.

Drittens. Soweit möglich, soll Einvernehmen mit den zuständigen **Gewerkschaften** hergestellt werden.

Viertens. Die **wissenschaftliche Ausbildung** der Lehrer darf nicht in Frage gestellt werden.

Fünftens. **Mittel**, die im Rahmen derartiger Maßnahmen frei werden, dürfen nur zur Schaffung **neuer Stellen** verwendet werden.

Sie sehen jetzt ohne jede Mühe, daß das, was der Ausschuß uns vorschlägt, mit diesen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Es reicht nicht hin.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem werden wir dem Antrag in der Ausschußfassung zustimmen. Wir haben uns dies nach den Beratungen im Ausschuß, wo wir uns ja noch der Stimme enthalten haben, überlegt. Wir tun dies, obwohl wir wissen, daß das, was uns vorgeschlagen wird, nur ein erster Schritt ist. Aber immerhin handelt es sich um einen Schritt in die richtige Richtung.

Im übrigen ist ja niemand gehindert, weitergehende Schritte zu unternehmen. Die Landesregierung wird von uns jetzt hier und heute nachdrücklich aufge-

(Harms (Heede))

fordert, jede beliebige weitere Maßnahme zu ergreifen, auch solche Maßnahmen, die keine Änderung des Gesetzes zur Voraussetzung haben, um die Lehrerarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Bundestagsfraktion hat sich noch im Januar dieses Jahres erneut mit dieser Frage beschäftigt. Sie haben vereinbart, daß die Landtagsfraktionen und die Bundestagsfraktion, sobald die nächsten, uns bevorstehenden Wahlen vorbei sein werden, erneut in diesen Fragen initiativ werden sollen. Sie können versichert sein: Wir werden an diesem Thema dranbleiben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Dr. Schübeler!

Dr. Schübeler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Harms hat eben bei der Gegenüberstellung des Ursprungsantrags Drucksache 9/1617 und unseres Änderungsantrags Umdruck 9/4409 gesagt, das, was jetzt bei der Ausschlußberatung herausgekommen sei, sei ein mageres Ergebnis. Herr Kollege Harms, es ist Ihr Recht, dies für die SPD-Fraktion, für die Opposition, festzustellen. Daran soll überhaupt nicht gerüttelt werden.

(Zurufe von der SPD)

Es ist aber auch unser Recht, dem entgegenzutreten und genau zu untersuchen, was nun dabei herausgekommen ist. Meine Bewertung ist da allerdings eine völlig andere. Ich will das an einzelnen Punkten auch erläutern.

Vorweg möchte ich sagen, daß sich die Landesregierung mit vielen Maßnahmen, auch von unserer Fraktion unterstützt, in den vergangenen Jahren dieses Themas wirklich angenommen hat. Ich will Ihnen die einzelnen Maßnahmen, die wir zur **Verbesserung der Beschäftigungssituation** im Bereich der **Lehrer** ergriffen haben, noch einmal benennen, damit nicht der Eindruck entsteht, wir täten gar nichts. Diesen Eindruck wollten Sie, Herr Kollege Harms, ja offensichtlich erwecken. Wenn ich die Maßnahmen jetzt in aller Kürze noch einmal darstelle, so haben Sie das ein bißchen provoziert. Ich nenne hier:

1. eine erhebliche Ausweitung der Teilbeschäftigung,
2. die Möglichkeit der Doppelbesetzung bei Schwangerschaftsurlaub,

(Harms (Heede) [SPD]: Aber nur mit Angestellten! Das ist der Punkt!)

3. Beratung der entsprechenden Anwärter,
4. Zulassungsbeschränkung – das haben wir in diesem Hause ja immer gegen Ihren Widerstand durchdiskutieren müssen;

(Harms (Heede) [SPD]: Ist auch verfassungswidrig!)

– Herr Kollege Harms, im Rahmen der Verfassungsmäßigkeit ist das geschehen –

(Harms (Heede) [SPD]: Das Verfassungsgericht hat ausdrücklich erklärt, daß es verfassungswidrig sei!)

5. Ausweitung der Qualifikationen – das ist etwas, was im Augenblick noch in Modellen bei den Pädagogischen Hochschulen versucht wird: daß derjenige, der ein Studium als Lehrer absolviert, vielleicht auch anderswo als nur im Lehrerberuf einzusetzen ist –,

6. die Planstellensituation hier bei uns im Lande Schleswig-Holstein. Wenn Sie diese mit der in anderen **Bundesländern** vergleichen, sehen Sie, daß andere Länder bereits sehr viel früher angefangen haben, Planstellen zu streichen, sehr viel früher, Hamburg zum Beispiel schon im Jahre 1982. Hessen hat vorgeschlagen, von 1982 bis 1985 3 000 Planstellen einzusparen. In Nordrhein-Westfalen sieht es so aus, daß im Rahmen der fünf Jahre – die haben ja dort eine fünfjährige Legislaturperiode – 4 500 Stellen gespart werden sollen. In Baden-Württemberg sind es bis zum Jahre 1990 sogar 10 000 Stellen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen das alles einmal so vorgetragen, damit Sie wissen, daß andere Länder, was die Verursachung dieses Problems anlangt, sehr viel mehr Vorreiter sind als Schleswig-Holstein. Sie wissen ja auch, daß das Problem bei uns in diesem Jahre erstmalig in ernstzunehmender Weise auftritt. Wir kannten das Problem, das ist selbstverständlich. Aber erst in diesem Jahr ist erstmalig eine erkleckliche Zahl von Lehrern arbeitslos. Allerdings sind es nicht so viele, wie Sie zunächst immer behauptet haben.

Lassen Sie mich nun doch noch einmal zur Bewertung der verschiedenen Vorlagen, die hier in Rede stehen, kommen. Herr Kollege Harms, wir sind in bezug auf die **Zurruhegesetz**, die Sie bereits mit dem 55. Lebensjahr vorgesehen hatten – bisherige Regelung: 62. Lebensjahr –, auf das 58. Lebensjahr heruntergegangen. Das ist doch, Herr Kollege Harms, immerhin der größte Teil der Strecke, wenn Sie gestatten, daß ich das so ausdrücke.

(Marschner [SPD]: Wissen sie denn, wie viele vorzeitig ausscheiden?)

Beim zweiten Spiegelstrich haben wir eine Ausweitung der **Teilzeitbeschäftigung** zunächst bis zum Jahre 1990 angestrebt. Das ist auch das entscheidende Jahr. Es ist ja zu erwarten, daß ab dann dieses Problem in allen Bundesländern geringer sein wird. Ich glaube deshalb sehr wohl, daß wir mit dieser Regelung die schwerste Zeit überbrücken können. Darauf kommt es uns an.

Mit unserem dritten Spiegelstrich sind wir ein bißchen auf einem neuen Weg. Wir haben die Möglichkeit der **Beurlaubung** aus familienbezogenen Gründen von sechs auf neun Jahre erweitert.

Nun will ich auch zu den einzelnen Nummern Ihres Antrages noch etwas sagen. Herr Harms, es ist für uns eine völlige Selbstverständlichkeit, daß

(Dr. Schübeler)

diejenigen Planstellen, die durch Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes und des Landesbeamten-gesetzes frei werden, natürlich wieder neu zu besetzen sind. Es handelt sich hierbei ja um eine beamten-rechtliche Frage, und wir sind bereit, entsprechende Konsequenzen auch beim Haushalt zu ziehen.

(Harms (Heede) [SPD]: Sehr gut!)

Insoweit ist das, was Sie in Nummer 5 Ihres Antra-ges fordern, überflüssig.

Die anderen Dinge sind ohnehin eine Selbstver-ständlichkeit, lieber Herr Harms; denn wenn wir die Landesregierung auffordern, entsprechende Ände-rungen des **Beamtenrechtsrahmengesetzes** herbei-zuführen, ist es doch wohl eine Selbstverständlich-keit, daß entsprechend dieser Änderung auch das **Landesbeamtengesetz** geändert wird.

Meine Damen und Herren, ich bin schon der Mei-nung, daß das, was wir hier auf den Tisch legen, und die Aufforderung an die Landesregierung, im Bundes-rat und in Verhandlungen mit anderen Ländern ent-sprechende Regelungen herbeizuführen, etwas ist. Wir sehen uns nicht in der Lage, dieses Problem in den nächsten Jahren völlig zu beseitigen. Dazu bedarf es erheblich größerer Anstrengungen, die wir im Augenblick aus Gründen der Finanznot, die Ihnen ja bekannt ist, nicht unternehmen können. Dennoch aber ist dies der Beitrag, der im Rahmen des Landes zu verantworten ist und auch im Rahmen des Beam-tenrechts durchaus geschehen sollte.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Neitzel!

Neitzel [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schübeler, ich finde, daß wir im Schleswig-Holsteinischen Landtag für die Eltern, Lehrer und Schüler in unserem Lande verantwortlich sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Deshalb ist der Hinweis auf andere Bundesländer verfehlt.

Da Sie aber versucht haben, von den Problemen unseres Landes abzulenken, möchte ich sehr deutlich die Situation darstellen, die uns zum Handeln ver-pflichtet. Wir haben zur Zeit in Schleswig-Holstein etwa 500 bis 600 **arbeitslose Lehrer**, die in unserem Bundesland ausgebildet worden sind. Wir haben diese arbeitslosen Lehrer, obwohl der durchschnittliche Unterrichtsausfall an den allgemeinbildenden Schu-len unseres Landes, also den Grund- und Haupt-schulen, den Sonderschulen, den Realschulen und den Gymnasien, 7,7 % beträgt und an den berufsbil-denden Schulen sogar noch höher ist.

Wir werden zu Beginn des kommenden Schuljah-res, also im August 1983, etwa 1 400 Bewerber für den schleswig-holsteinischen Schuldienst haben, die in unserem Bundesland ausgebildet worden sind.

Nachdem der Kultusminister durch das Haushalts-gesetz von der CDU-Mehrheit verpflichtet worden ist, insgesamt 410 Stellen in seinem Geschäftsbereich einzusparen, worunter wahrscheinlich 300 Lehrer-stellen sein werden, ist damit zu rechnen, daß es einen totalen **Einstellungsstopp für Lehrer** an allen Schularten unseres Landes geben wird, und zwar des-wegen, weil überhaupt nur etwa 190 bis 300 Stellen frei werden.

Herr Kollege Schübeler, ich wäre dem Kultusmini-ster sehr dankbar, wenn er zu dieser Frage, die die Menschen draußen bewegt, Stellung nehmen würde und nicht weiter den Versuch unternähme, sich um eine klare Auskunft zu dieser Frage zu drücken und sich über den Wahltermin vom 13. März hinwegzu-retten. Ich finde, daß ein verantwortlicher Kultus-minister den Betroffenen ganz klar sagen sollte, wohin die Reise geht. Die Daten, die ich hier angeführt habe, stammen ja aus amtlichen Unterlagen des Kul-tusministers selbst.

(Dr. Schübeler [CDU]: Holen Sie jetzt die Haushaltsberatungen nach?)

- Nein, Herr Kollege Schübeler, ich möchte nur den Eindruck vermeiden, es gehe hier um ein Problem, das landespolitisch nicht von großer Bedeutung ist.

(Dr. Schübeler [CDU]: Das ist aber eine Rede zur Haushaltssituation! Das wissen Sie ganz genau!)

- Herr Kollege Schübeler, das Ziel des Antrages der Sozialdemokraten war es, die Beschäftigungssituation für Lehrer zu verbessern. Dann muß es doch in einer parlamentarischen Debatte auch gestattet sein, darauf hinzuweisen, wie sich die Beschäftigungssituation im kommenden Schuljahr darstellen wird.

In den Ausschlußberatungen zum SPD-Antrag sind in der Tat - das haben die Herren Kollegen Schü-beler und Harms dargelegt - kleine Fortschritte erreicht worden. Die Landesregierung soll gebeten werden, eine Gesetzesinitiative zur freiwilligen Pen-sionierung vom 58. Lebensjahr an einzubringen, dar-über hinaus einen Gesetzesvorschlag zu machen, wonach die arbeitsmarktbezogene Beurlaubung bis zum Jahre 1990 verlängert wird, und schließlich soll die Landesregierung gebeten werden, die familien-bezogene Beurlaubung von sechs auf neun Jahre zu erhöhen.

Meiner Fraktion gehen diese Vorschläge nicht weit genug. Wir teilen insbesondere nicht die Bedenken der Mehrheit des Hauses und des Innen- und Rechtsausschusses, weitergehende Forderungen, die wir in der ersten Lesung und in den Ausschlußbera-tungen erhoben haben, ließen sich nicht mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums vereinbaren. Ich möchte diese Frage jetzt nicht ver-tiefen, weil ich bereits in der ersten Lesung dem Innenminister, der seinerzeit für die Landesregierung gesprochen hat, entschieden widersprochen habe.

Meine Damen und Herren, wenn der öffentliche Dienst insgesamt einen Beitrag leisten soll, die Ar-beitslosigkeit zu bekämpfen, und zwar wirksam zu

(Neitzel)

bekämpfen, dann ist mehr Flexibilität geboten, neue Lösungen anzustreben. Wir halten diese größere Flexibilität auch für rechtlich zulässig. Ich darf heute noch einmal sechs weitergehende Forderungen der F.D.P.-Fraktion nennen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer zu verbessern.

1. Wir meinen, daß die freiwillige **Kürzung der Wochenarbeitszeit** bei einem entsprechenden Gehaltsabschlag in die Beamtengesetze aufgenommen werden sollte. Wir betonen insoweit den Grundsatz, den Herr Kollege Harms angesprochen hat, nämlich den Grundsatz der Freiwilligkeit.

2. Wir möchten, daß die Möglichkeiten, die Arbeitszeit aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zu verringern, erweitert werden, daß insbesondere auch im Schulbereich verstärkt die Möglichkeit wahrgenommen wird, Arbeitsplätze zu teilen, das sogenannte **Job-sharing** durchzuführen.

3. Die freiwillige **Pensionierung**, die nach der Beschlußempfehlung vom 58. Lebensjahr an vorgesehen werden soll, kann nach unserer Auffassung auch schon vom 55. Lebensjahr an greifen, wenn die Bewerber bereit sind, einen entsprechenden Abschlag bei den Ruhestandsbezügen hinzunehmen.

4. Die Möglichkeiten, sich ohne Bezüge beurlauben zu lassen, sollten erweitert werden. Die beamtenrechtlichen Tatbestände in diesem Bereich sind außerordentlich eng gefaßt. Ich finde, daß hier eine größere Flexibilität angezeigt wäre. Es ist ja auch so, daß jemand, der zeitweise aus seinem Beruf ausscheidet, um einer anderen Tätigkeit nachzugehen – zum Beispiel einer künstlerischen oder journalistischen oder wissenschaftlichen Beschäftigung –, daraus für seinen Lehrerberuf durchaus Gewinn ziehen kann. Warum gibt es eigentlich nicht Möglichkeiten für **Beurlaubung** aus solchen Gründen?

5. Auch die **Stellenkegel** müssen überprüft werden.

(Harms (Heede) [SPD]: Sehr richtig!)

Wir müssen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes dazu kommen,

(Harms (Heede) [SPD]: Sehr wichtig!)

daß wir Strukturen, die in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut worden sind, überprüfen. Hier ist die Solidarität derer, die schon einen sicheren Arbeitsplatz haben, mit denjenigen gefragt, die nicht über einen solchen Arbeitsplatz verfügen, sich aber um eine solche Stelle im öffentlichen Dienst bewerben.

6. Wir bekräftigen den Grundsatz, daß es kein Sonderopfer für Lehrer geben darf, sagen aber mit gleicher Entschiedenheit, daß eine wichtige Maßnahme, um mehr junge Menschen kostenneutral, daß heißt ohne Ausweitung der staatlichen Ausgaben im öffentlichen Dienst, zu beschäftigen, der Vorschlag ist, die **Eingangsbesoldung für Berufsanfänger** im gesamten höheren Dienst, also beispielsweise auch für Juristen und Volkswirte, und bei den Lehrämtern um eine Stufe zu senken. Ich habe einmal ausgerechnet, daß wir allein in Schleswig-Holstein, wenn diese Maßnahme schon realisiert wäre, am Beginn des

letzten Schuljahres 50 zusätzliche Lehrer hätten einstellen können, ohne den Landeshaushalt auszuweiten.

Meine Damen und Herren, über die Beschlußempfehlung des Ausschusses hinaus fordern wir den Kultusminister auf, landespolitische Maßnahmen zu ergreifen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer auch in anderen Berufen zu verbessern. Wir haben als F.D.P.-Fraktion mehrfach die sogenannte Polyvalenz, das heißt die **Mehrwertigkeit der Lehramtsstudiengänge**, angesprochen. Wir haben von der Pädagogischen Hochschule Kiel erfahren, daß ihre Überlegungen dafür, auch schon Studenten, die sich heute an der PH befinden, Alternativen aufzuzeigen, verhältnismäßig weit gediehen sind. Wir würden uns freuen, wenn der Kultusminister diese Überlegungen aufgreifen und realisieren helfen würde, und zwar möglichst schnell, damit wir auch denjenigen Lehrerstudenten, die wir heute haben, berufliche Alternativen zum Lehramt aufzeigen können. Das darf natürlich nicht auf die Pädagogischen Hochschulen beschränkt sein, sondern wir meinen, daß das Modell, das Professor Buchloh an der Christian-Albrechts-Universität für die gymnasialen Lehramtsstudiengänge entwickelt hat, in anderen Bereichen fortgeführt werden müßte, damit wirkliche Alternativen geschaffen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nun zum Abstimmungsverhalten meiner Fraktion. Ich erwähnte bereits, daß uns die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport nicht weit genug geht. Ich möchte das noch einmal mit dem Hinweis auf eine Formulierung verdeutlichen, wo es heißt, die Landesregierung solle diese Initiative nur in Abstimmung mit anderen Bundesländern ergreifen. Meine Damen und Herren, wenn jetzt bei einer vergleichsweise so geringen inhaltlichen Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes noch zwischen 11 Bundesländern ein umfangreiches Abstimmungsverfahren eingeleitet wird, befürchten wir, daß die Maßnahmen zu spät kommen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir finden, daß der Abstimmungsprozeß, wie das ja im Bundesrat durchaus üblich ist, dann auch während der Beratungen im **Bundesrat** stattfinden könnte, daß aber die **Landesregierung** von sich aus schon eine Initiative ergreifen und nicht auf die Zustimmung anderer Bundesländer warten sollte.

Der Schritt in die richtige Richtung ist uns zu klein. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses der Stimme enthalten. Wir sind der Meinung, daß hier und heute auch weitergehende Vorschläge hätten realisiert werden können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Kultusminister!

Dr. Bendixen, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist zu begrüßen, daß sich in der angesprochenen Frage zumindest weitgehende Einigkeit des Hauses zeigt, auch wenn die F.D.P.-Fraktion sich der Stimme enthalten wird. Ich darf mich dafür bedanken, Herr Kollege Harms, daß Sie sich hier sehr moderat eingelassen haben. Sie tun dies ja im übrigen nicht nur hier im Hohen Hause, sondern auch in der Öffentlichkeit. Ich habe kürzlich gesehen, daß Sie für die SPD-Fraktion ausdrücklich gesagt haben, daß hier die Bereitstellung finanzieller Mittel nicht möglich sei, daß eine konkrete finanzielle Spritze nicht realisierbar sei. Ich begrüße es sehr, daß wir uns in dieser prinzipiellen Frage einig sind und dies auch nach außen hin so tragen.

Herr Kollege Neitzel, Sie haben es für richtig befunden, hier erneut die Haushaltsdebatte aufzugreifen. Ich darf Ihnen noch einmal sagen – ich habe Ihnen dies wiederholt gesagt –, daß wir aus objektiven Gründen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in der Lage sind, zu sagen, wieviel **Bewerber** wir möglicherweise einstellen können, wie die Bewerber-situation in den beiden Bereichen der Ersteinstellung und der Zweiteinstellung nach dem zweiten Examen zu Beginn des neuen Schuljahres konkret aussehen wird. Wenn Sie uns hier allerdings vortragen, wir wollten uns über den Wahltermin hinwegretten, verehrter Herr Kollege Neitzel, so muß ich sagen, ich habe durchaus das Gefühl, daß es nicht in erster Linie unser Problem ist, sich über den Wahltermin hinwegzuretten.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen wäre ja bei der Verabschiedung des Haushaltes 1983 Gelegenheit gewesen, konkrete Anträge zu stellen.

(Neitzel [F.D.P.]: Das haben wir getan!)

Sie haben darauf verzichtet.

(Neitzel [F.D.P.]: Nein!)

Sie haben keine konkreten Anträge gestellt. Sie haben dort so allgemeine Anträge gestellt, in denen die Landesregierung aufgefordert wurde, flexibler zu handeln und Überlegungen anzustellen; aber konkrete Anträge, die hier Hilfe hätten bieten können, sind von Ihnen nicht gestellt worden.

(Vizepräsident Hamer übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte gern daran erinnern, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Landesregierung es gewesen ist, die dafür gesorgt hat, daß wir in dieser Frage zum Teil als erstes Bundesland konkrete Maßnahmen eingeleitet haben.

Vizepräsident Hamer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Neitzel?

Dr. Bendixen, Kultusminister, fortfahrend:

Ich glaube nicht, Herr Präsident. Wir sollten hier kurz – –

(Neitzel [F.D.P.]: Glauben heißt nicht wissen!)

– Also bitte schön, Herr Kollege Neitzel! Es drängt Sie offensichtlich sehr.

Neitzel [F.D.P.]: Herr Kollege Bendixen, es drängt mich deshalb, weil Sie hier die Haushaltsberatungen nicht korrekt wiedergeben. Ist Ihnen entgangen, daß wir beantragt haben, die Mittel für die berufsbildenden Schulen wieder auf 3,9 Millionen DM festzusetzen und die Kürzung von 1/2 Million DM rückgängig zu machen, wie sie die CDU-Mehrheit dann beschlossen hat? Das war ein ganz konkreter Antrag.

– Dies ist mir durchaus nicht entgangen, Herr Kollege Neitzel, wie mir auch nicht entgangen ist, daß Sie zur Behebung oder zur Minderung der Lehrerarbeitslosigkeit hier konkrete Anträge im allgemeinbildenden Schulwesen nicht gestellt haben. Sie können sich nicht hier und draußen sozusagen als der besondere Beschützer der arbeitslosen Lehrer hinstellen und dann beim Haushalt für diese Probleme gerade im allgemeinbildenden Schulwesen – dort liegen ja unsere Hauptprobleme – keine Anträge stellen.

Ich darf also noch einmal an das erinnern, was wir als Landesregierung getan haben. Wir waren das erste Bundesland – das erste! –, das damals aus arbeitsmarktpolitischen Gründen **Teilzeitarbeit** ermöglicht hat. Wir haben eine ständige Beratung, und zwar eine **Negativberatung**, für unsere Bewerber in den Hochschulen, für die angehenden Studenten betrieben, gerade auch in den letzten beiden Jahren. Wir waren das erste Bundesland, das bei gewissen rechtlichen Bedenken – ich will dies ja gern einräumen, Herr Kollege Harms – eine echte **Beschränkung im Lehramts-Studiengang** an beiden Hochschularten durchgeführt hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir waren das einzige Bundesland – das einzige Bundesland! –, das bis zum Jahre 1982 – in diesem Jahr wird für uns eine neue Situation entstehen – die **Planstellen** vollständig aufrechterhalten hat. Kein anderes Bundesland hat dies getan; andere Bundesländer haben bereits vor uns abgebaut.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben, meine Damen und Herren – darf ich daran wegen einer aktuellen Diskussion auch noch einmal erinnern –, als Union auf Bundes- und auf Landesebene ständig darauf hingewiesen, daß es einen Zusammenhang zwischen **Bildungssystem** und **Beschäftigungssystem** gibt, daß man gerade im akademischen Bereich darauf achten muß, daß man die Kapazitäten so bemißt, daß die betroffenen Personen später im Beschäftigungssystem auch konkrete Arbeitsmöglichkeiten erhalten. Ich kann nur mit großem Erstaunen zur Kenntnis nehmen, daß

(Minister Dr. Bendixen)

mein Amtskollege Herr Grolle bei Amtsantritt als Präsident der Kultusministerkonferenz vor wenigen Wochen erneut eine öffentliche Rede gehalten und dabei gesagt hat, es gebe im Prinzip keinen Zusammenhang zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem, man solle hier Bildung betreiben, ohne zu berücksichtigen, wie weit die betroffenen jungen Menschen später eine konkrete Beschäftigungsmöglichkeit erhalten könnten.

(Harms (Heede) [SPD]: Er hat nur den Grundsatz des Rechts auf freie Berufswahl betont!)

– Ja, entschuldigen Sie, verehrter Herr Kollege Harms, es ist doch ein Widerspruch, auf der einen Seite – wie Sie es in Ihrem Zwischenruf jetzt auch noch einmal bestätigen und wie es Herr Kollege Grolle vor einigen Wochen erneut getan hat – das freie Berufswahlsystem besonders herauszustreichen und auf der anderen Seite zu beklagen, daß der eine oder andere im öffentlichen Dienst keine Position erhält.

(Zuruf des Abgeordneten Harms (Heede) [SPD])

Man muß vorher darauf hinweisen. Dies ist immer unsere Position gewesen, und dabei bleiben wir auch.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nur sagen, meine Damen und Herren, wir als Landesregierung haben versucht, konkrete Maßnahmen einzuleiten. Wir sind uns darin einig, daß es innerhalb des öffentlichen Dienstes nicht möglich sein wird, das Problem vollständig zu lösen. Ich begrüße es, daß hier einige Maßnahmen von den Fraktionen gemeinsam getragen werden können, wenn auch bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion. Wir werden uns als Landesregierung bemühen, diese Maßnahmen zu ergreifen, in dem Bewußtsein, daß wir dieses Problem sicherlich nicht vollständig lösen können, aber doch in der Absicht, Hilfe anzubieten und das Problem zu mildern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Meine Damen und Herren, wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion angenommen worden.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 15:

Gymnasiales Angebot in Mölln

Anträge der Fraktion der SPD – Drucksachen 9/1653 (neu) und 9/1653 (neu) – 2. Fassung –

Bericht und Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport

Drucksache 9/1777

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Schulz.

Schulz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der SPD für ein **gymnasiales Angebot in Mölln** war im Plenum am 25. November 1982 debattiert und dem Ausschuß für Kultur, Jugend und Sport zur Beratung überwiesen worden.

Gleich in seiner nächsten Sitzung nahm der Ausschuß den Antrag auf die Tagesordnung, um Verfahrensfragen zu klären. Die Antragsteller setzten sich für ein Anhörverfahren ein, um die Meinungen der Betroffenen vor Ort kennenzulernen und zu erfahren, ob sich bei der Entstehung eines neuen Gymnasiums in Mölln eventuell das Übergangsverhalten der dortigen Schüler ändern könnte. Demgegenüber wünschte die Mehrheitsfraktion zunächst nur eine Erörterung im Ausschuß, um nicht durch eine vorzeitige Anhörung Unruhe in die betroffene Bevölkerung zu bringen, wenn sich herausstellen sollte, daß ein Gymnasium in Mölln nicht vertretbar sei.

In der folgenden Sitzung am 8. Dezember 1982 wurden dann zunächst auch nur die Bedarfsprognosen, zu erwartende Schülerzahlen, Übergangsquoten und die Notwendigkeit der Schneidung neuer Einzugsbereiche diskutiert. Es wurde zusätzliches **Informationsmaterial** – Unterlagen der Stadt Mölln und des Kreises Herzogtum Lauenburg – angefordert. Leider traf dieses Material bis zum nächsten Sitzungstermin am 12. Januar nicht ein, so daß an diesem Tag die Beratung ausgesetzt werden mußte.

Für die Sitzung am 19. Januar lag dann zwar Material, gereicht vom Kultusministerium, vor, doch erschien dies dem Antragsteller nicht vollständig und dadurch als zu einseitig, um eine endgültige Entscheidung treffen zu können. Zur Vervollkommnung des Meinungsbildes stimmten die Ausschußmitglieder zu, in einem internen Gespräch den Landrat des Kreises Herzogtum Lauenburg, den Bürgermeister der Stadt Mölln, den Schulleiter der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg wie auch die Elterninitiative für ein **Gymnasium in Mölln** zu hören.

Dieses Gespräch, das in der Sitzung am 2. Februar stattfand, führte aber keineswegs zu einer Veränderung der Standpunkte insbesondere über die zu erwartenden Schülerzahlen und damit verbunden über die Lebensfähigkeit von zwei Gymnasien im nördlichen Teil des Kreises. Offen blieben vor allen Dingen Fragen über das mögliche Verhalten von Möllner Eltern bezüglich der Grundschulgutachten sowie über das Abstimmungsverhalten der Schulkonferenz der Lauenburgischen Gelehrtenschule, die nur mit ganz wenigen Stimmen für die Errichtung eines Gymnasiums in Mölln votiert hatte. Der Ausschuß beschloß nach eingehender Diskussion, auch noch die Schüler- und Elternvertreter der Lauenburgischen Gelehrtenschule zu hören, zumal die Elternvertreter mit einem Fernschreiben gegen die Nichteinladung im Ausschuß protestiert hatten.

(Schulz)

Dieses zweite Gespräch wurde auf den 9. Februar anberaumt. Der Vertreter des Schulleiternbeirates untermauerte die ablehnende Haltung gegen ein gymnasiales Angebot in Mölln vorrangig mit dem zu befürchtenden Verlust an Ausbildungsqualität der Lauenburgischen Gelehrtenschule, wie er es formulierte. Die beiden Schülervertreter befürchteten, daß der bereits jetzt bestehende Unterrichtsausfall durch ein gymnasiales Angebot in Mölln noch vergrößert werden könnte. Einer der Schülervertreter erklärte, seine Stimme für Mölln abgegeben zu haben. Er begründete sein Eintreten für ein gymnasiales Angebot in Mölln mit dem kurzen Fahrweg gerade für jüngere Schüler.

Weder von den Elternbeiräten der **Grundschulen** in und um Mölln noch von der **Möllner Realschule** waren Stellungnahmen zu erhalten. Eine Ausweitung der Zahl der Anzuhörenden hatte die Mehrheit abgelehnt, so daß sich schließlich auch nach der Anhörung im großen und ganzen jedenfalls pro und contra die Waage hielten. Die Ausschlußmehrheit erklärte, die Unsicherheit bezüglich einer endgültigen Beurteilung bleibe bestehen. Ihr Sprecher zog das Fazit, daß die CDU dem Antrag der SPD zwar nicht zustimmen könne, aber die Landesregierung um eine nochmalige Überprüfung der Zahlen, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Gespräche, bitten wolle. Dafür habe sie folgenden Antrag vorzuschlagen:

„Die Landesregierung wird gebeten, zu prüfen, ob auf Dauer sowohl in Ratzeburg als auch in Mölln ein voll ausgebautes Gymnasium bestehen kann. Diese Prüfung sollte in Abstimmung mit den beteiligten Kommunen im Rahmen der Fortschreibung des Kreisentwicklungsplanes unter Berücksichtigung der Anhörung im Ausschuß für Kultur, Jugend und Sport erfolgen.“

Der Antragsteller wies darauf hin, daß zumindest darüber Einigkeit im Ausschuß bestanden habe, daß ein Vollgymnasium in Mölln die Existenz der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg bedrohe. Dennoch wurde dieser Antrag, den ich eben vorgetragen habe, mit Mehrheit zur Annahme empfohlen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Zum Bericht wird nicht das Wort gewünscht. – Zur Aussprache hat der Herr Abgeordnete Lumma das Wort.

Lumma [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu dem Antrag Drucksache 9/1777 für die SPD-Fraktion Stellung nehmen und zum Ausdruck bringen, daß dieser Antrag für meine Fraktion eine Zumutung ist, und das gleich in zweifacher Hinsicht.

Erstens! Was haben Sie, meine Damen und Herren in der CDU-Fraktion, sich eigentlich gedacht, die

Ausschußarbeit zu beenden und einen Auftrag des Parlaments an die Regierung zurückzugeben?

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, Sie haben ein eigenartiges Verständnis von Parlamentsarbeit, zumal draußen im Lande überall beklagt wird, daß die Macht der Landesparlamente zugunsten der Regierungsmacht zurückgehe. Sie machen hier genau das Gegenteil und schwächen auch dieses Parlament.

Zweitens! Nun soll die Landesregierung gebeten werden, zu prüfen, ob auf Dauer sowohl in **Ratzeburg** als auch in **Mölln** ein voll ausgebautes **Gymnasium** bestehen kann. Ich frage Sie: Glauben Sie denn wirklich, daß die Landesregierung schlauer ist als der Fachausschuß, der immerhin in fünf Sitzungen den Antrag auf gymnasiale Präsenz, was die Klassen 5 bis 10 angeht, umfassend beraten hat?

(Harms (Heede) [SPD]: Der Kultusminister glaubt das!)

Glauben Sie wirklich, daß die Landesregierung vor dem Hintergrund der Zahlen zu einem anderen Ergebnis kommen kann? Ich meine, daß bei Ihnen die Auffassung dahintersteht, daß Sach- und Fachverstand mit der Höhe des Gehaltes zunehmen. Bei dieser Landesregierung jedoch ist es gelegentlich eher umgekehrt.

(Hahn [CDU]: Woher nehmen Sie bloß Ihre Überheblichkeit?)

Die Wahrheit – um hier zu wiederholen, was in der Novembersitzung gesagt worden ist – ist, daß sich die CDU-Fraktion vor einer Entscheidung vor der Wahl drücken will. Sie kneifen, um das hier ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat bei Einbringung des Antrages, meine Damen und Herren, zu allererst an die Schülerinnen und Schüler gedacht, um die es hier auch gehen sollte. Ich erinnere nur noch einmal an die Zahlen. 450 Schülerinnen und **Schüler** werden aus **Mölln** und rund 250 aus dem **Möllner Umland** jeden Morgen vom Möllner Busbahnhof bzw. vom Bahnhof nach Ratzeburg verfrachtet. Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, Sie haben das Thema – wie ich meine – verdreht und zu einer Aussage „Ratzeburg contra Mölln“ oder „Mölln contra Ratzeburg“ gemacht. Das ist nicht sachgerecht!

(Beifall bei der SPD)

Hätten Sie sich allerdings entschieden – das haben wir eigentlich erwartet, Herr Dr. Schübeler –, dann wären Sie einem Partner auf den berühmten Schlipps getreten. Da Sie aber noch nie entscheidungsfroh waren, vor allem dann, wenn es um den Elternwillen geht, schieben Sie nun die Entscheidung der Landesregierung zu.

(Lachen bei der CDU – Hahn [CDU]: Einen schönen Gruß von Herrn Lohmann!)

(Lumma)

– Ich wiederhole, damit Sie Ihre peinliche Situation genau erkennen können: Sie schieben die Entscheidung der Landesregierung zu. Das ist auch nicht gerade sehr rücksichtsvoll, weil Sie damit deren Hilflosigkeit vergrößern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist – auch das gehört noch zu den einleitenden Feststellungen – der reinste Hohn, wenn draußen auf den Plakaten vom klaren Kurs der CDU gesprochen wird, Sie bei dem bildungspolitischen Nebel aber gar nicht mehr wissen, wohin Sie beim Thema Mölln wollen.

(Zimmermann [CDU]: Sind wir hier bei einem SPD-Ortsverein in Mölln, oder wo sind wir hier?)

– Das könnte genauso bei einer Versammlung der CDU sein, die diesen Argumenten in Mölln ja sehr aufgeschlossen gegenübersteht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich, nachdem Sie der Ausschußberatung zugestimmt haben, diesem Thema der **gymnasialen Präsenz in Mölln** genähert wie die Katze dem heißen Brei. Auf der einen Seite hat sich Herr Barschel in einer seiner zahlreichen Liebeserklärungen – was zu deutsch heißt, den Bürgern Honig ums Maul zu schmieren – für Mölln ausgesprochen. Auf der anderen Seite steht das Schulgesetz, das längst von der Wirklichkeit überholt worden ist.

Ich will noch einmal auf die entscheidenden Paragraphen hinweisen, von denen wir meinen, daß sie endlich geändert werden müssen. In § 14 des **Schulgesetzes** heißt es:

„Gymnasien sollen drei Klassen je Klassenstufe umfassen und müssen eine Oberstufe haben.“

Das ist die eine Hürde, über die Sie nicht hinwegkommen.

Die andere ergibt sich aus dem **Generalschulbauplan** von 1976, in dem es heißt:

„Neue Gymnasien werden nur vorgesehen, wenn bestehende nicht unter die Dreizügigkeit absinken. Jedes Gymnasium ist als Einheit der Jahrgangsstufen 5 bis 13 zu planen.“

Sie wissen allerdings, meine Damen und Herren, daß die Schulwirklichkeit in diesem Lande eine ganz andere ist. Ich habe das in der Novemberberatung bereits erwähnt.

(Beifall bei der SPD)

Hier stimmen die Verhältnisse mit dem Gesetz nicht überein oder umgekehrt; das müssen Sie doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Wenn wir schon die Verhältnisse nicht ändern können, dann, meine ich, ist es höchste Zeit, das Schulgesetz zu ändern.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die eine Hürde, vor der Sie stehen; wahrlich keine köstliche Situation.

Die andere ist die Tatsache, daß Herr Dr. Barschel sich ja, was das Thema Mölln angeht, sehr weit aus dem Fenster gelehnt hat. In diesem Zusammenhang muß ich auf den **Entschließungsantrag der Stadtvertretung der Stadt Mölln** hinweisen, der wohl allen verteilt worden ist. Ich lese hier einen entscheidenden Satz vor. Da heißt es: „Die Stadtvertretung der Stadt Mölln vertraut auf die gegebene Zusage des Ministerpräsidenten.“ Dieser Satz stand nur im Entwurf. Selbst die Stadtvertretung der Stadt Mölln hat diese Formulierung „vertraut auf die gegebene Zusage des Ministerpräsidenten“ herausgenommen und dann formuliert: „Die Stadtvertretung erinnert den Ministerpräsidenten an die gegebene Zusage.“ Viel Vertrauen scheinen selbst die eigenen Parteifreunde in der Möllner Stadtvertretung nicht zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn so mit den Äußerungen Ihres amtierenden Ministerpräsidenten umgegangen wird, dann müßte das Sie – so meine ich – eigentlich sehr, sehr nachdenklich stimmen.

Ein drittes Zitat müßte endlich einmal Anlaß zum Nachdenken geben. Es handelt sich um einen Vermerk des Herrn **Innenministers** vom Dezember 1981:

„Deshalb wird sich der Kultusminister in den nächsten Jahren ohnehin genötigt sehen, neue Kriterien zu entwickeln, um diese Gymnasien zu erhalten.“

Von dieser Überprüfung haben wir bis jetzt noch nichts gemerkt. Es gibt eigentlich immer nur das Festhalten an einem überholten Schulgesetz.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Weil Sie nicht wußten, meine Damen und Herren – das muß ich noch einmal unterstreichen –, wo entlang es gehen sollte, und auch den 13. März im Auge hatten, haben Sie auf Zeit gepielt. Das muß ich hier noch einmal deutlich machen, weil es Herr Schulz als Vorsitzender sehr zurüchhaltend formuliert hat.

Der Ausschuß für Kultur, Jugend und Sport erteilte Anfang Dezember 1982 dem Kultusministerium – ich will es so formulieren – Hausaufgaben: Stellt Zahlen, Beschlüsse und Auffassungen zu dem Thema „gymnasiale Versorgung“ zusammen! Diese Hausaufgaben waren – auch das erinnert sehr deutlich an den Schulalltag – bis zum 12. Januar 1983 nicht erledigt. Der Ausschuß war empört. Selbst die CDU-Mitglieder empörten sich. Wer nun erwartet hatte, der **Kultusminister** werde endlich einmal dafür sorgen, daß die Vertreter seines Hauses mit vollständigen **Unterlagen** herüberkommen, sah sich erneut getäuscht. Die Unterlagen waren einseitig und unvollständig. Dabei waren es nur einfache Kopierarbeiten.

Von der Elterninitiative Mölln – immerhin 600 Unterschriften – war nichts dabei. Stellungnahmen

(Lumma)

des Amtsausschusses und auch des Nachbarschaftsausschusses fehlten ebenfalls. Scherzhaft würde ich hinzufügen, Herr Kultusminister, daß im Klassenbuch einer Schule nun gestanden hätte: Peter B. weigert sich, Hausaufgaben anzufertigen; er wird das Wahlklassenziel nicht erreichen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ernsthafter ist aber meine zusätzliche Bemerkung. Das Kultusministerium hat die Ausschubarbeit erschwert, meine Damen und Herren, und das ist eine Verzögerungstaktik auch gegenüber dem zuständigen Fachausschuß gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Im Fachausschuß wurde dann ähnlich wie in der Schule wieder einmal nicht zugehört; denn es wurden entscheidende Faktoren vorgetragen, die die CDU in ihrem Antrag nicht beachtet hat. An beiden Orten - so das Statistische Landesamt - ist von der Schülerzahl her je ein Gymnasium möglich.

Ich komme zur Folgerung. Sie knüpft an unseren Antrag an, in dem es immer nur um die **Klassen 5 bis 10** geht. Wenn je ein Gymnasium in Ratzeburg und Mölln möglich ist, dann reichen mit Sicherheit die Zahlen für eine **gymnasiale Versorgung in Mölln** für die Klassen 5 bis 10 immerhin gut aus.

Der zweite Punkt: Die Anhörung hat ergeben, daß die **Fahrzeiten** von Mölln und aus dem Umland für die Schüler eine Belastung sind. Die **Fahrkosten** sind auch eine Belastung für die kommunalen Haushalte.

Der dritte Punkt: **Schülervertreter** haben deutlich unterstrichen, daß **schulische Aktivitäten**, die nachmittags in Ratzeburg durchgeführt werden, von Möllner Schülerinnen und Schülern und ebenfalls von Schülern aus dem Umland kaum wahrgenommen werden können.

Der vierte Punkt: An der **Lauenburgischen Gelehrtschule** in Ratzeburg ist nicht zuviel investiert worden. Das Argument, daß dort bereits 10 Millionen DM verbaut worden seien, ist in der Anhörung wie ein Kartenhaus zusammengefallen.

(Beifall bei der SPD)

Denn in jenen 10 Millionen DM sind unter anderem Kosten für die **Sporthalle** enthalten, außerdem viele Kosten für **Renovierungsarbeiten**.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt. Obwohl die **Lauenburgische Gelehrtschule** heute sechszügig geführt wird, reichen die **Fachräume** nur für eine dreizügige Schule aus. Es heißt, daß dort Räume für Physik, Chemie, Biologie, Werken, Handarbeit und ein Lichtbildraum fehlen. Dieses Raumprogramm reicht gerade für Dreizügigkeit aus.

Der nächste Punkt. Der Ausschuß nahm auch zur Kenntnis, daß im **Kreisentwicklungsplan** des Kreises Herzogtum Lauenburg für 1980 bis 1984 die Forderung - das ist wortwörtlich - nach einem Teilgymnasium in Mölln unterstützt wird. Nebenbemerkung: Daß der bildungspolitisch von Ihnen ja fast verfeimte Begriff eines Teilgymnasium in dem genehmigten

Kreisentwicklungsplan enthalten ist, zeigt sehr deutlich, wie oberflächlich vom zuständigen Innenministerium solche Pläne gelesen werden. Eigentlich hätte der Begriff hier herausgenommen werden müssen.

Außerdem konnte der Ausschuß zur Kenntnis nehmen, daß **Mölln** als einziges **Mittelzentrum** noch kein Gymnasium hat. Das heißt, auch weitere gesetzliche und raumordnungsplanerische Voraussetzungen sind seitens der Stadt Mölln gegeben. Es ging eigentlich darum, endlich einmal die Konsequenz daraus zu ziehen.

Ich komme zu dem letzten, für mich sehr wichtigen Punkt der **Anhörung**. Die **Elternvertreter** der Möllner Grundschulen Hemschort und Tanneck, deren Kinder eigentlich die Betroffenen einer gymnasialen Neuordnung im Raum Ratzeburg/Mölln wären, wurden - vorsichtshalber - nicht gehört. Wir reden immer über die Eltern und die Schüler, die von dieser Entwicklung gar nicht mehr betroffen werden. Wir müssen hören, daß es um die Eltern geht, die die Absicht haben, ihre Kinder von der Grundschule in ein mögliches Teilgymnasium zu schicken.

(Beifall bei der SPD)

Schlussbemerkung: Alle diese Argumente hätten am Ende der Ausschußberatungen, die sehr ausführlich und gründlich gewesen sind, bewertet werden müssen. Zu einer Bewertung gehört auch, daß man möglicherweise zu unterschiedlichen Auffassungen kommt. Sie weichen einer solchen Bewertung erneut aus. Damit bleiben Eltern, Kommunalvertreter und Schüler erneut mit ihren Sorgen allein. Ich halte dies, meine Damen und Herren, für die schlechteste Lösung, die es gibt.

(Beifall bei der SPD)

Ich mache kein Hehl daraus, daß ich nach den fünf Ausschußberatungen regelrecht sauer bin, daß Sie sich um eine Entscheidung herumdrücken.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD)

Ich füge allerdings hinzu, daß mein Zorn etwas geringer wird, weil ich weiß, daß wir diese Entscheidung nach dem 13. März korrigieren werden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schübeler.

Dr. Schübeler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was der Kollege Lumma vorgetragen hat, muß ich - ich muß mich beherrschen - schon als dreist und unverschämt bezeichnen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD:
Was sind das für Worte!)

- Ich habe den Inhalt seines Vortrags gemeint. Dabei bleibe ich auch. Denn hier konnte der unvoreingenommene Zuhörer die Meinung gewinnen, daß wir die Auffassung der Eltern und Schüler, also der von

(Dr. Schübeler)

der Entscheidung dieses Landtages oder von der Entscheidung, die die Regierung und die Kommunen nachher zu treffen haben, Betroffenen – ich muß richtig sagen: aufgrund unserer Empfehlungen; denn das ist das richtige Parlamentsverständnis; auch davon scheinen Sie noch sehr wenig zu wissen, Herr Kollege Lumma –,

(Gunnesson [SPD]: Sie sind hier nicht in der Kadettenanstalt!)

mit Füßen treten.

Meine Damen und Herren, ich möchte doch bitten, daß wir dieses Problem richtig behandeln und alles vortragen, was im Ausschuß gesagt worden ist. Aber so, wie Sie, Herr Kollege Lumma, es zu tun beliebten, geht es nicht.

Jetzt trage ich Ihnen vor, was der **Elternvertreter**, der bei uns im Ausschuß gehört worden ist, gesagt hat. Er hat in einer ausführlichen Rede den Beschluß der Elternschaft des Gymnasiums in Ratzeburg begründet, zu der auch Elternvertreter aus Mölln gehören. Dieser Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Die Elternschaft der Lauenburgischen Gelehrtenschule tritt nachdrücklich für den Bestand der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg ein. Sie spricht sich gegen eine weitere gymnasiale Präsenz in Mölln aus.“

Als dieser Beschluß zur Abstimmung stand, stimmten 35 Elternvertreter mit Ja, 8 mit Nein, und es gab eine Enthaltung. Die Elternvertreter setzten sich aber folgendermaßen zusammen: 24 aus Mölln, 10 aus Ratzeburg und 16 aus der weiteren Umgebung.

(Beifall bei der CDU – Asmussen [CDU]: Das spricht ja für sich!)

Damit stelle ich fest, daß von Möllner Elternvertretern noch nicht einmal ein Drittel, noch nicht einmal 30 % für den Antrag, den Sie hier so vorbringen, als stehe dahinter der Wunsch aller Eltern, gestimmt haben. Wer aber so tut, den kann ich nicht anders bezeichnen als einen „Verfälscher der Wahrheit“, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen auch ein Zweites!

(Zuruf des Abgeordneten Hager [SPD])

– Seien Sie still und hören Sie zu, was ich zu sagen habe; Sie können sich ja nachher zu Wort melden.

(Schulz [SPD]: Dann fragt man sich nur, warum dieser Antrag von der CDU eingebracht wurde!)

Zweitens sage ich Ihnen auch – das haben Sie hier geflissentlich und ganz bewußt ebenfalls unterschlagen –, daß sich die **Schüler** in einer gleichen Abstimmung für oder gegen die Präsenz in Mölln mit 49 : 2 Stimmen dagegen ausgesprochen haben, während Sie es so dargestellt haben, als sei es im Interesse der Schüler notwendig, eine Präsenz in

Mölln herbeizuführen. 49 : 2 bei den Schülern, meine Damen und Herren!

(Zimmermann [CDU]: Unerhört ist das!)

Dann aber ist diese Art und Weise, so etwas vorzutragen, als verführen wir gegen die Interessen von Eltern und Schülern, wenn wir so beschließen wollen, wie unser Antrag lautet, der Gipfel!

(Beifall bei der CDU – Hager [SPD]: Die waren doch gar nicht betroffen, die da gefragt worden sind!)

Da muß ich schon sagen, meine Damen und Herren: Wer so mit der Wahrheit umgeht, hat es auch nicht verdient, die Möglichkeit zu erhalten, dies am 13. März in der einen oder anderen Richtung zu manipulieren.

(Beifall bei der CDU)

Nun lassen Sie mich aber bitte noch einmal in aller Deutlichkeit die Gründe hervorheben, die dazu geführt haben, daß Eltern und Schüler so votiert haben, wie ich es hier vorgetragen habe und wie Sie es völlig zu unterschlagen beliebten, Herr Kollege Lumma!

Erstens haben Sie gesagt, die Aufteilung nach räumlicher Zuordnung würde bedeuten, daß **Ratzeburg** nach aller Voraussicht unter eine Größenordnung sinken würde, bei der man ein voll gegliedertes Gymnasium noch unterhalten könne, die Mehrheit würde sich auf **Mölln** hin orientieren. Man müßte also die Schule dort, wo sie jetzt steht, wegnehmen und sie nach Mölln bringen. Das kann doch wohl nicht im Sinne dieses Parlaments sein.

Zweitens: Für die Schüler im ländlichen Bereich verbleibt ja – das haben sowohl Eltern als auch Schüler gesagt – der Zwang, **Fahrschüler** zu sein. Ob sie nämlich nach Mölln oder nach Ratzeburg fahren – das macht nur in der Entfernung einen Unterschied aus, meine Damen und Herren; in beiden Fällen bleiben sie Fahrschüler.

(Lachen des Abgeordneten Wiesen [SPD] – Wiesen [SPD]: Das ist wirklich logisch!)

– Sie scheinen von Fahrschule wenig zu verstehen, wenn Sie darüber lächeln. Das muß ich Ihnen nun einmal sagen: Ich habe drei Kinder, die das Gymnasium in Satrup besuchen und die täglich eine Stunde brauchen, um diese lächerlichen 15 km zurückzulegen. Ob sie nun 10, 15 oder auch nur 7 km fahren, bedeutet nachher im wesentlichen keinen Unterschied in der Fahrzeit. Das sollten Sie wissen. Und wenn Sie es nicht wissen, dann sind Sie über dieses Problem nicht orientiert, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich sage Ihnen den dritten Grund: Ratzeburg wäre also bei einer gymnasialen Präsenz in Mölln gefährdet.

Viertens – auch dies ist vorgetragen worden –: Beides wären dann nur kleine Gymnasien. Sowohl

(Dr. Schübeler)

Eltern als auch Schüler haben darauf hingewiesen, meine Damen und Herren – das ist auch etwas, was Sie immer zur gymnasialen Oberstufe sagen –, daß die **Wahlmöglichkeit** in der **Oberstufe** eines kleinen Gymnasiums erheblich geringer ist als in einem großen Gymnasium.

Nun erklären Sie: Ja, wir wollen ja auch nur eine **gymnasiale Präsenz** bestimmter Klassen in **Mölln**! Dann sollten Sie aber auch die Diskussionen, die sich weiterentwickelt haben, genau und sorgfältig verfolgen. Zum Beispiel hat auch **Lauenburg** – wenn ich an diese Gegend denke – schon den Anspruch erhoben, ebenfalls eine gymnasiale Präsenz zu bekommen. Wenn ich mir dann das ganze Land Schleswig-Holstein betrachte, könnte ich Ihnen aus dem Handgelenk 20 Orte nennen, die ebenfalls diesen Anspruch erheben. Das ist ja aber offensichtlich etwas, was Sie wollen, meine Damen und Herren: Sie wollen das Gymnasium zerschlagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Es gab sicherlich eine Äußerung für die gymnasiale Präsenz in Mölln. Das will ich hier überhaupt nicht unterschlagen. Das waren die Eltern, die sich zu einer entsprechenden Initiative zusammengefunden haben. Dies ist aber – das sage ich noch einmal ganz deutlich – ein Teil der Elternschaft. Die gesamte **Elternschaft** hat so abgestimmt, wie ich es Ihnen eben vorgetragen habe.

Die zweite Feststellung, die in diesem Zusammenhang ebenfalls vorgetragen werden muß, meine Damen und Herren: Wenn Sie sagen, die betroffenen Eltern und Schüler in den Grundschulen, die das wollten, hätten darüber noch nicht abgestimmt und seien auch bewußt nicht gehört worden, dann kann ich Ihnen nur entgegenhalten: Sie haben vorgeschlagen, einige **Grundschulen** aus dem **Einzugsbereich Mölln** zu hören; dann müßten Sie aber auch die Eltern der Schüler anderer Grundschulen aus dem **Einzugsbereich Ratzeburg** hören, die ja ebenfalls betroffen sind –

(Neitzel [F.D.P.]: Ich doch logisch!)

siehe das, was die Eltern insgesamt vorgetragen haben! Die hätten wir also ebenfalls hören müssen. Das haben wir Ihnen ja vorgeschlagen, nur wollten Sie da auf einmal nicht mitziehen. Auch dies muß festgestellt werden, meine Damen und Herren!

Sie haben also nach meiner Meinung überhaupt keinen Grund, sich hier hinzustellen und entgegen den Tatsachen zu erklären, wir versuchten uns in dieser Frage um eine Entscheidung herumzudrücken. Nein, wir lassen diese Frage offen,

(Lachen bei der SPD)

aber wir sagen ganz klar, daß wir sie offen lassen.

(Schulz [SPD]: Das war nach Ihren Ausführungen so überzeugend, Herr Kollege, daß ich überhaupt nicht verstehe, warum Sie noch diesen Antrag einbringen!)

– Ich möchte eben noch einmal erläutern, was wir wollen, Herr Schulz! Vor dem Hintergrund dieser kritischen Stellungnahmen der Eltern und der Schüler, die wir in eine sorgfältige Überprüfung einzubeziehen bitten, weil von verschiedenen Seiten an den Zahlen – auch von Ihrem Kollegen Lumma – Zweifel geäußert worden sind, wollen wir die Verhältnisse dort noch einmal überprüfen. Dann soll darüber endgültig von Kommunen und Landesregierung entschieden werden.

Aber hier im Parlament aufgrund des Ergebnisses der Anhörung eine Empfehlung auszusprechen, so vorzugehen, wie Sie es wollen, ist einfach nicht zu verantworten; das entspricht in keiner Weise dem, was die Beteiligten uns empfohlen haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neitzel.

Neitzel [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem, was von den Kollegen Schulz, Lumma und Schübeler zu den Tatsachen, die in den Ausschußberatungen eine Rolle gespielt haben, vorgetragen worden ist, kann ich mich kurz fassen und mich auf einige Ergänzungen beschränken. Es geht mir grundsätzlich um eine Bewertung der Ergebnisse.

Herr Kollege Schübeler, ich fände es gut, wenn Sie hier nicht Begriffe wie „Verfälscher der Wahrheit“ verwendeten; denn ich glaube, daß die Menschen draußen in aller Nüchternheit beurteilen können, was wirklich entscheidungserheblich ist.

Ich möchte zur Bewertung von Tatsachen noch etwas beitragen. Es ist richtig, daß sich der Schulleiternbeirat und die Schülervertretung der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg wie auch der Kreisleiternbeirat für die Gymnasien gegen eine **gymnasiale Präsenz in Mölln** ausgesprochen haben.

(Dr. Bendixen [CDU]: Auch der Landesleiternbeirat!)

– Ja, Herr Kollege Bendixen, nur kommen Sie doch, wenn Sie einmal die Fragestellung, die dort zur Abstimmung gestanden hat, untersuchen, in bestimmten Punkten zu dem Ergebnis, daß bei dieser Abstimmung Suggestivfragen gestellt worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Da Sie einen Zwischenruf gemacht haben, Herr Kollege Bendixen: Es wäre vielleicht ganz gut gewesen, wenn beteiligte Beamte des Landes in dieser Frage ihren Aufklärungspflichten etwas besser nachgekommen wären, als es tatsächlich der Fall war. Ich sage das mit aller gebotenen Zurückhaltung, um hier nicht einen falschen Eindruck entstehen zu lassen, wie er durch die Äußerung des Kollegen Schübeler erweckt worden ist. Es geht nicht um die Frage eines Teilgymnasiums, sondern es geht uns – das habe ich in der ersten Beratung bei der Ankündigung unserer Zustimmung zu dem Antrag

(Neitzel)

der Sozialdemokraten deutlich gemacht – um die **Außenstelle Mölln des Gymnasiums in Ratzeburg**.

Wenn Sie hier den Elternwillen so stark herausstellen, können Sie doch nicht bestreiten, Herr Kollege Schübeler, daß jedenfalls die **Eltern der Grundschüler** im Einzugsbereich des jetzigen Gymnasiums Ratzeburg in systematischer Form überhaupt nicht befragt worden sind.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Das sind aber diejenigen Eltern, deren Wille zugrunde gelegt werden muß, wenn wir uns fragen, ob das gymnasiale Angebot im Verhältnis zwischen Ratzeburg und Mölln verbessert werden kann.

(Dr. Schübeler [CDU]: Die Eltern, die Erfahrung haben, gelten nichts bei Ihnen!)

– Herr Kollege Schübeler, diejenigen Eltern, die interessiert sind, die unmittelbar betroffen sind, sind es, die befragt werden müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Diejenigen, die heute an der Schule sind, sind doch gar nicht mehr betroffen.

Im Ausschuß war unbestritten, daß die Außenstelle Mölln von unten, von der fünften Klasse her aufgebaut werden soll und nicht durch Ausgliederung von Klassen der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg errichtet wird. Vor diesem Hintergrund ist der **Elternwille** überhaupt nicht hinreichend festgestellt worden.

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Neitzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Bitte.

Dr. Schübeler [CDU]: Herr Kollege Neitzel, wollen Sie damit sagen, daß die Eltern, die ihre Kinder im Augenblick in der Ratzeburgischen Gelehrtenschule haben, von dieser Entscheidung nicht betroffen und auch nicht fähig sind, eine richtige Entscheidung in dieser Frage zu treffen?

– Ich möchte damit nur sagen, Herr Kollege Schübeler, daß Elternwille nicht nur das ist, was die CDU dafür hält,

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

sondern daß wir Elternwillen in einer wirklich ernsthaften Weise erfragen müssen.

(Dr. Schübeler [CDU]: Das ist doch keine Antwort auf meine Frage!)

Sicherlich sind Eltern, die Kinder an der Lauenburgischen Gelehrtenschule haben, an dieser Entwicklung interessiert. Sie erwecken aber den Eindruck, als seien diese Eltern die einzigen, die davon betroffen sind. Betroffen sind viel mehr die Eltern der Grundschüler im Einzugsbereich der Lauenburgi-

schen Gelehrtenschule; die aber sind nicht systematisch befragt worden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ich ein Ergebnis der Beratungen des Kulturausschusses hervorheben darf, das wohl unter den Fachleuten unbestritten ist, dann das folgende. Langfristig ist ein Konzept tragfähig, das einerseits in Ratzeburg das voll ausgebaute Gymnasium einschließlich der Oberstufe erhält und andererseits neben dieser Schule als **Außenstelle der Lauenburgischen Gelehrtenschule** eine gymnasiale Präsenz in den Klassenstufen 5 bis 10 in **Mölln** ermöglicht. Die verschiedenen Rechnungen, auf die ich hier nicht näher eingehen möchte, haben bewiesen, daß auch die Unterstufe und die Mittelstufe der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg durch die schrittweise Errichtung einer Außenstelle in Mölln nicht gefährdet werden.

Herr Kollege Schübeler, zur rechtlichen Zulässigkeit möchte ich doch ein paar Bemerkungen machen.

Erstens! **Pädagogische Einheit** des Gymnasiums bedeutet nicht **räumliche Einheit**. Sie werden im Schulgesetz keine Bestimmung finden, wo gesagt wird, daß ein Gymnasium als einheitliche Schulform nur an einem einzigen Standort stattfinden dürfe. Deshalb ist Ihre Bemerkung auch völlig falsch, die Antragsteller wollten das Gymnasium zerschlagen. Für uns als F.D.P.-Fraktion ist folgendes völlig klar: Wir wollen durch die Errichtung einer Außenstelle die gymnasiale Präsenz in der Fläche verbessern und damit einen Beitrag zur Chancengleichheit leisten, nicht aber etwa das Gymnasium zerschlagen.

Zweitens! Es gibt eine Präsenzfall. Zur Zeit wird die **Außenstelle des Gymnasiums Großhansdorf in Trittau** aufgebaut. Sie haben mit keinem Wort erwähnt, was denn in Mölln im Verhältnis zu Trittau anders wäre. Im Gegenteil! Die Schülerzahlen für eine Außenstelle in Mölln sind erheblich besser als für eine Außenstelle in Trittau. Das wissen Sie ganz genau, wenn Sie die Unterlagen, die seinerzeit angefordert worden sind, einmal zu Rate ziehen.

Drittens! Die Rechtsfigur der Außenstelle ist heute bei den Kreisberufsschulen gang und gäbe. **Kreisberufsschulen** wären ohne **Außenstellen** gar nicht lebensfähig. Ich vermag nicht einzusehen, warum das, was sich im berufsbildenden Schulwesen bewährt hat, nicht auch in behutsamer Form auf allgemeinbildende Schulen übertragen werden kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Von den Vorteilen der Lösung, die ich soeben skizziert habe, will ich nur einen nennen, weil er mir der wichtigste zu sein scheint. Wir würden, wenn die Außenstelle in Mölln allmählich aufgebaut würde, erreichen können, daß die heute 450 **Fahrschüler** aus der **Stadt Mölln** nicht mehr nach Ratzeburg zu fahren brauchten, daß also ein täglicher Schulweg, der doch beträchtliche Belastungen mit sich bringt, erspart würde und daß schließlich 203 000 DM, die allein für diesen Teil der Schülerbeförderung zur Zeit aufgewendet werden, dann anderen Zwecken, zum

-, dann ist es die Erkenntnis, dass zwei voll
ausgebaute Gymnasien in Ratzeburg und Mölln
langfristig nicht möglich sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Insofern weicht die Beschlußempfehlung ab von
dem, was in den Ausschußberatungen einmütig
Erkenntnis war.

Zum Abstimmungsverhalten meiner Fraktion: Wir
sind als Opposition in diesem Hohen Hause sehr
bescheiden geworden, meine Damen und Herren. Es
ist schon ein Fortschritt, wenn ein Antrag nicht ganz
abgelehnt, sondern immerhin ein - wenn auch
verfehlter - Prüfungsauftrag an die Landesregierung
gegeben wird. Deshalb wird sich meine Fraktion bei
der Schlußabstimmung der Stimme enthalten, weil
wir der Auffassung sind, daß mit der heutigen
Debatte das Thema Außenstelle Mölln des Gymna-
siums Ratzeburg nicht zu den Akten gelegt werden
darf.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Abgeordnete Schulz.

Schulz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In aller
Kürze einige wenige Bemerkungen!

Erstens! Ich bedauere zutiefst das völlig unverhält-
nismäßige und in der Sache völlig unbegründete
Geschimpfe des Kollegen Schübeler.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Zweitens! Herr Kollege Dr. Schübeler, weitere
Anhörungen von Grundschulleitern aus dem Raum
Ratzeburg sind nicht von uns abgelehnt worden,
obwohl sie auch nicht betroffen sind - das stimmt
überhaupt nicht -, Sie waren es, die mit Ihrer
Mehrheit weitere Anhörungen aus dem Raum Mölln
abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Nachfrage deutlich erklärt, daß ihre Mehrheitsent-
scheidung gegen ein Gymnasium in Mölln in erster
Linie dadurch motiviert worden ist, daß sie ein
weiteres Ansteigen des Unterrichtsausfalls befürch-
ten, der jetzt schon in Ratzeburg unverhältnismäßig
hoch ist.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Fünfter Punkt: Der Antrag der CDU widerspricht
völlig dem Ergebnis der ganzen Ausschußberatung
und der Anhörung.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Denn - da kann ich nur noch einmal ganz deutlich
unterstreichen, was der Kollege Neitzel soeben gesagt
hat - wenn es ein Ergebnis dieser Ausschußberatung
gegeben hat, dann dieses, daß zwei Vollgymnasien in
diesem Raum völlig unmöglich sind und daß ein
Vollgymnasium in Mölln die Existenz der Lauen-
burgischen Gelehrtenschule in **Ratzeburg** bedrohen
würde.

Meine Damen und Herren, ein solcher Antrag der
CDU ist für mich überhaupt nur erklärbar - auch
angesichts der frühen Erklärungen, die abgegeben
wurden, als wir in die Beratungen eintraten - vor dem
Hintergrund des 13. März. Das ist die Wahrheit,
meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Letzter Punkt: Ich bitte um Abstimmung über den
Ursprungsantrag der SPD, Herr Präsident.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldun-
gen liegen nicht vor. Ich lasse zunächst über den
Ursprungsantrag abstimmen. Wer ihm zustimmen
will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die
Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Abgelehnt!

Ich lasse dann über die Ausschußempfehlung
abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das
Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltun-
gen? - Mit den Stimmen der CDU bei Stimmenthal-
tung der F.D.P. angenommen.

(Vizepräsident Hamer)

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Entwurf der Anmeldung zum 12. Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Bericht der Landesregierung

Drucksache 9/1763

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrar- und Umweltschutzausschusses

Drucksache 9/1778

Das Wort hat als Berichterstatter der Vorsitzende des Agrarausschusses, Herr Abgeordneter Latendorf.

Latendorf [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Schreiben des Landtagspräsidenten vom 4. dieses Monats ist dem Agrar- und Umweltschutzausschuß federführend sowie dem Finanzausschuß zur Mitberatung der Entwurf der Anmeldung zum 12. Rahmenplan für die **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**, Drucksache 9/1763, zur Beratung überwiesen worden. Der Finanzausschuß hat die Vorlage am 9. Februar behandelt, der Agrar- und Umweltschutzausschuß am 11. Februar 1983.

Meine Damen und Herren, die Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum 12. Rahmenplan erfaßt die Jahre 1984 bis 1987, wobei das Hauptaugenmerk verständlicherweise auf dem Zeitraum des nächsten Jahres, auf 1984 also, liegt. Die räumlichen Schwerpunkte der Maßnahmen werden vor allem im Landesteil Schleswig, im Kreis Dithmarschen sowie in den Geest- und Niederungsgebieten der Kreise Rendsburg-Eckernförde und Steinburg liegen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, ich darf bitten, die Gespräche am Platz einzustellen. – Herr Abgeordneter Latendorf, Sie haben das Wort.

Latendorf [CDU], fortfahrend:

Ich wiederhole: Die räumlichen **Schwerpunkte der Maßnahmen** werden vor allem im Landesteil Schleswig, im Kreis Dithmarschen sowie in den Geest- und Niederungsgebieten der Kreise Rendsburg-Eckernförde und Steinburg liegen. Sachliche Schwerpunkte sind der Küstenschutz, die Investitionsförderung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, wasserwirtschaftliche Maßnahmen sowie Maßnahmen der Flurbereinigung und des Wirtschaftswegebau. Für die Maßnahmengruppen der Agrarstrukturverbesserung sollen 1984 rund 54 % der gesamten Mittel verwendet werden, für den Küstenschutz rund 46 % der Gesamtanmeldung. Innerhalb der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen bekommt die Abwasserbeseitigung einen besonderen Akzent.

Bei der Festsetzung des Volumens der Anmeldung für die Planjahre 1984 bis 1987 ist die Landesregierung nach den Worten ihrer Vertreter im Agrar- und Umweltschutzausschuß davon ausgegangen, daß es in 1984 noch einmal zu einer **Aufstockung der Mittel** der GA durch die Bundesregierung um insgesamt 145 Millionen DM gegenüber dem Rahmenplanansatz 1983 kommen werde. Dies bedeutet bei einem zu erwartenden unveränderten Anteil des Landes an den Bundesmitteln von 10,25 %, daß für Schleswig-Holstein in 1984 133 250 000 DM Bundesmittel zur Verfügung stehen werden. Komplementiert um die Mittel des Landes macht dies Gesamtmittel in Höhe von 206 250 000 DM aus. Das Mittelvolumen für die Planjahre 1985 bis 1987 ist gegenüber dem Basisjahr 1984 unverändert ausgewiesen worden.

Die erwähnte Aufstockung der Mittel gegenüber dem laufenden Jahr 1983 bewirkt, daß in 1984 24 Millionen DM Gesamtmittel mehr – davon 16 Millionen DM Bundesmittel – für Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereitgestellt werden. Die Mittelenerhöhung schlägt sich ausweislich der Vorlage in erster Linie beim **Küstenschutz** mit 14 Millionen DM, beim **Abwasser** mit 3,2 Millionen DM und bei den **einzelbetrieblichen Förderungsprogrammen** mit 4,1 Millionen DM nieder.

Meine Damen und Herren, der Agrar- und Umweltschutzausschuß empfiehlt dem Hohen Hause – bei Stimmenthaltung einer Minderheit im Ausschuß –, von der Anmeldung der Landesregierung zustimmend Kenntnis zu nehmen. Mit dieser Beschlussempfehlung überbietet der Agrar- und Umweltschutzausschuß den Finanzausschuß; der hat nämlich nur Kenntnisnahme empfohlen. Wenn wir aber weiterkommen wollen, sollten wir dies nach meiner Meinung zustimmend tun. In diesem Sinne bitte ich das Hohe Haus um Beschlusfassung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Landwirtschaftsminister.

Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat Ihnen den Bericht über die beabsichtigte Anmeldung zum 12. Rahmenplan der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“** für die Jahre 1984 bis 1987 vorgelegt. Ich bin dankbar, daß trotz aller sonstigen Inanspruchnahmen und Verpflichtungen dieser Tage die zügige und auch sachliche Beratung im Agrar- und Umweltschutzausschuß eine Plenarerörterung bereits in dieser Sitzung ermöglicht.

Angesichts der besonderen wirtschaftlichen Bedeutung des gesamten Agrarbereichs für unser Land stellt die Gemeinschaftsaufgabe einen wesentlichen Schwerpunkt in der Investitionspolitik der Landesregierung dar. Seit Beginn der Gemeinschaftsaufgabe

(Minister Flessner)

im Jahre 1973 können wir mittlerweile auf zehnjährige positive Erfahrungen von Bund und Ländern mit diesem Förderungsinstrument zurückblicken.

Wir können heute feststellen: Diese Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe hat sich nicht nur bewährt, sondern ist inzwischen zu dem bedeutendsten **Entwicklungsprogramm des ländlichen Raumes** insgesamt und zu einem wesentlichen Förderungsinstrument der landwirtschaftlichen Betriebe geworden. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabenförderung sind von 1973 bis 1982 insgesamt 2,3 Milliarden DM für den ländlichen Raum in unserem Lande aufgewendet worden. Diese Mittel haben positive Auswirkungen in allen Regionen des Landes entfaltet; die Förderung ist gerade für unser agrarisch geprägtes Land unverzichtbar.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung wird sich für ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung weiterhin energisch einsetzen. Die Landesregierung hat erhebliche Anstrengungen unternommen und wird es auch in Zukunft tun, um die **Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Land- und Ernährungswirtschaft** zu sichern und nach Möglichkeit Schritt für Schritt zu verbessern.

Gesamtpolitisch übergeordnetes Ziel unserer Maßnahmen sind gleichwertige Lebensverhältnisse im Lande. Daran müssen Bund und Land gemeinsam arbeiten. Diesem Ziel dienen insbesondere die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe. Die neue Bundesregierung hat unseren Wünschen entsprochen und bereits wichtige Akzente gesetzt, indem sie die Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe für 1983 deutlich erhöht hat.

Die Landwirtschaft produziert unter starkem Kostendruck und wird in ihrer Preisgestaltung und damit in ihren Einkommensmöglichkeiten durch die EG-Politik sowie durch die enge Marktsituation begrenzt. Um so wichtiger ist die Verbesserung der Produktivität, ist die Kostensenkung und die Sicherung der Marktanteile. Hier hat die Landesregierung der schleswig-holsteinischen Land- und Ernährungswirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hilfen gegeben, die zu deutlichen Erfolgen geführt haben: Die Produktionsstruktur der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft gehört heute zu den besten in der Gemeinschaft, und schleswig-holsteinische Qualitätsnahrungsmittel der Land- und Ernährungswirtschaft sind weit über die Landesgrenzen hinaus ein Begriff.

Um so bedenklicher waren in den letzten Jahren für die Land- und Ernährungswirtschaft, aber ebenso für die Entwicklung des ländlichen Raums und die Sicherung unserer Küsten, die starken Kürzungen der **Gemeinschaftsaufgabemittel** von 1,41 Milliarden DM im Jahre 1980 auf 1,05 Milliarden DM in 1982. Für Schleswig-Holstein wies der normale Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe 1980 noch 223,5 Millionen DM aus, 1982 war sie noch mit 166,3 Millionen DM ausgestattet; das war in zwei Jahren ein Rückgang um über 25 %.

Wenn die neue Bundesregierung trotz der schwierigen Haushaltslage für 1983 eine etwa zehnprozentige **Aufstockung der Mittel** vorgenommen hat, so ist das als ein Signal für den gesamten ländlichen Raum, daß die investiven Kräfte wieder gestärkt werden sollen. Die Landwirtschaft hat dieses Signal bereits erkannt, wie die **Investitionsentwicklung** in den letzten Wochen deutlich zeigt. Jede Investition in der Landwirtschaft kommt aber auch der gewerblichen Wirtschaft zugute und löst letztlich zusätzliche Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im ländlichen Raum, aus. Darauf möchte ich immer wieder hinweisen: Mittel der Gemeinschaftsaufgabe haben nahezu ausschließlich investiven Charakter. Mit ihnen können schnell, gezielt und wirksam Aufträge vergeben und abgewickelt werden. Diese Mittel geben insbesondere kleineren und mittleren gewerblichen und handwerklichen Betrieben im ländlichen Raum Investitions- und Beschäftigungsimpulse.

Der Auftrag des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe wie auch der begrenzte finanzielle Rahmen erfordern, daß die Agrarpolitik Prioritäten und Schwerpunkte setzt. Dies haben wir seit jeher in langfristigen Konzeptionen getan. Die räumlichen Schwerpunkte – der Kollege Latendorf hat schon darauf hingewiesen – haben dabei immer in den **strukturell schwachen Gebieten** gelegen. Da diese Gebiete besonders im nördlichen Teil unseres Landes vorhanden sind, wir aber auch gesamtwirtschaftlich einen Nachholbedarf haben und gewerbliche Unternehmen nicht in ausreichender Zahl vorhanden und die Ansiedlungschancen auch begrenzt sind, kommt gerade dort einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft entscheidende Bedeutung zu. Auch im Jahr 1984 werden deshalb räumliche Schwerpunkte der im Rahmen dieser Gemeinschaftsaufgabe vorgesehenen Maßnahmen vor allem im Landesteil Schleswig, im Kreis Dithmarschen sowie in den Geest- und Niederungsgebieten der Kreise Rendsburg-Eckernförde und Steinburg liegen.

Bei der Festlegung der sachlichen Schwerpunkte hatte der **Küstenschutz** seit jeher in unserem Land zwischen den Meeren hohe Priorität. Ich erinnere daran, daß es sich beim Küstenschutz in besonderer Weise um eine Aufgabe handelt, die nur gesamtstaatlich zu lösen ist. Ich erinnere weiter an die zwischen Bund und Ländern 1976 für einen Zeitraum von zehn Jahren getroffene Absprache zur beschleunigten Durchführung des Küstenschutzes, die leider nur vier Jahre durchgehalten wurde.

Uns ist die Debatte in diesem Hohen Hause vom 8. Dezember 1981 noch in Erinnerung, die unter dem Eindruck der Folgen der schweren **Sturmflut** am 24. November 1981 stand. Alle Fraktionen des Hauses haben damals die Dringlichkeit unterstrichen, die Maßnahmen des Küstenschutzes beschleunigt innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe voranzutreiben. Auf den Küstenschutz sollen 1984 95 Millionen DM, das sind 46 % der Gesamtmittel, entfallen.

Die übrigen Mittel, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe von 1973 bis 1982 verausgabt wurden,

(Minister Flessner)

entfallen auf Maßnahmen zur Verbesserung der **Agrarstruktur** und der **Infrastruktur im ländlichen Raum**.

Bei den agrarstrukturellen Maßnahmen ist es das besondere Ziel, die betrieblichen und überbetrieblichen Voraussetzungen für eine gesunde strukturelle Entwicklung der Landwirtschaft weiter zu verbessern.

In der **einzelbetrieblichen Förderung** sind in diesen Jahren 474 Millionen DM aufgewendet worden. Der Schwerpunkt der Förderung lag mit rund 85 % bei den baulichen Maßnahmen. Die Wirtschaftsgebäude einschließlich der technischen Einrichtungen sind besonders für unsere viehhaltenden bäuerlichen Betriebe wichtigste Produktionsgrundlage. Nach den Buchabschlüssen lag der Gewinn der Althofsanierungsbetriebe etwa doppelt so hoch wie beim Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe, was die beste Erfolgskontrolle dieser Maßnahme ist.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung setzt sich deshalb für die weitere Förderung dieser Maßnahme im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe ein.

(Beifall bei der CDU)

Neben der einzelbetrieblichen Förderung ist die **Flurbereinigung** seit Jahren ein Schwerpunkt der Agrarstrukturpolitik. Im Berichtszeitraum hat das Land hierfür im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe 226 Millionen DM an Zuwendungen bereitgestellt.

Neben der Flurbereinigung ist die Förderung des **ländlichen Wegebbaus** außerhalb der Flurbereinigung auch ein Schwerpunkt unserer Agrarpolitik. Hierfür haben wir besondere Strukturprogramme entwickelt und eine Mitfinanzierung durch die Europäische Gemeinschaft erreicht.

Mit den Wegebauprogrammen wollen wir die Erschließung der Gemeinden in den ländlichen Räumen verbessern. Das Ziel ist fast erreicht. Mit Ablauf des Jahres 1982 waren von dem Gesamtvolumen, das den Ausbau von 3500 km vorsah, rund 85 % fertiggestellt. Von den Wegebauprogrammen muß noch in den nächsten Jahren ein Restbauvolumen von etwa 40 Millionen DM finanziert werden. Hierfür ist ein Zeitraum von rund vier Jahren vorgesehen.

Wie bei der Flurbereinigung haben aber auch die Maßnahmen zur **Regelung der Wasserwirtschaft** die Belange von Natur- und Landschaftsschutz zu berücksichtigen. So sind Moor- und Grenzertragsböden bereits seit vielen Jahren von einer Förderung ausgenommen.

Schleswig-Holstein hat weiter in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem und einwandfreiem **Trinkwasser** zu sichern. Mittlerweile sind 90 % der Bevölkerung zentral versorgt.

(Beifall bei der CDU)

Künftig wird eine Förderung zentraler Anlagen nur noch dort möglich und notwendig sein, wo aufgrund der Belastungen des oberflächennahen Grundwassers eine Versorgung aus Einzelversorgungsanlagen nicht mehr möglich ist und die Umstellung auf eine zentrale Versorgung zu einer erheblichen finanziellen Belastung der Betroffenen führen würde.

Die räumlichen Schwerpunkte dieser Maßnahme, für die in den letzten zehn Jahren rund 153 Millionen DM aufgewendet wurden, lagen in den Wassermangel- und Fremdenverkehrsgebieten.

Ein weiterer Schwerpunkt: Schon 1971 wurde der **Generalplan „Abwasser und Gewässerschutz“** fertiggestellt. Er beinhaltet eine langfristige Planung für die Abwasserableitung und -behandlung sowie die gefahrlose Einleitung in die Gewässer. Ein Bilanzbericht, der 1978 vorgelegt worden ist, kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Zielsetzungen des Generalplans als richtig erwiesen haben. Künftig werden die Schwerpunkte bei folgenden Maßnahmen liegen:

Neubau zentraler Ortsentwässerungsanlagen mit Ausbau biologischer Kläranlagen in Gemeinden, die noch nicht kanalisiert sind;

Verbesserung der Reinigungsleistung bestehender Kläranlagen nach dem Stand der Technik.

Meine Damen und Herren, ich darf in diesem Hohen Hause noch einen Punkt ansprechen, der normalerweise in dritter Linie steht. Ich meine das Thema **Förderung des Waldanteils**. 8,7 % unserer gesamten Fläche sind mit Wald bestanden. Um den Waldanteil entsprechend unseren Zielen auf 12 % zu steigern, sind weiterhin erhebliche finanzielle Anstrengungen auch im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe erforderlich. Entsprechend der regionalen Waldverteilung werden dabei die räumlichen Schwerpunkte weiterhin in den nördlichen und westlichen Landesteilen liegen. Die Aufforstung von Grenzertragsstandorten und die Schaffung wertvoller Laub- und Mischbestände in waldarmen Regionen bilden ein vorrangiges Ziel. Für 1984 haben wir die Mittel für die forstlichen Maßnahmen um 14,6 % aufgestockt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verbesserung der Struktur unserer **Ernährungswirtschaft**. Sie ist notwendig, weil über 60 % unserer Agrarproduktion außerhalb der Landesgrenzen abgesetzt werden müssen. Ziel unserer Maßnahmen ist es, durch die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Urproduktion im Lande die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze hier zu halten und durch Qualitätsverbesserung die Marktferte auszugleichen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Zahl nennen, die zeigt, welches Mittelvolumen wir durch relativ geringe Landesmitteleistung für Investitionen in der Land- und Ernährungswirtschaft binden konnten. In den letzten zehn Jahren sind rund 30 Millionen DM an Investitionszuschüssen aus Mitteln des **Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Landwirtschaft** nach Schleswig-Holstein geflossen.

(Minister Flessner)

Mit den in diesem Bereich zur Zeit laufenden Programmen wird in den kommenden Jahren ein weiteres Investitionsvolumen von rund 105 Millionen DM ausgelöst. Ich bin der Meinung, daß dieses positive Verhandlungsergebnis auch der Erwähnung bedarf, weil es unterstreicht, daß für unsere Politik eben die Einheit von Land- und Ernährungswirtschaft keine Leerformel darstellt.

(Beifall bei der CDU)

Zusammengefaßt: Für 1984 geht die Anmeldung von einem Bundesplanfond von 1,3 Milliarden DM aus. Bei einem wie seit 1979 unveränderten Anteil Schleswig-Holsteins in Höhe von 10,25 % würde somit für 1984 ein Betrag von 133,250 Millionen DM Bundesmittel, also 206,250 Millionen DM Landes- und Bundesmittel insgesamt, zur Verfügung stehen. Diese Zahlen zeugen von unserer Zuversicht, daß auch die Bundesregierung der Finanzausstattung der Gemeinschaftsaufgabe hohe Priorität einräumt und weiter einräumen wird.

Mit dieser Mittelanhebung für die Gemeinschaftsaufgabe wurden für 1984 insbesondere die Mittelansätze für den Küstenschutz, die einzelbetriebliche Förderung sowie die Abwasserbeseitigung gegenüber denen der Anmeldung zum Rahmenplan 1983 verstärkt.

Wenn heute die Struktur der schleswig-holsteinischen Land- und Ernährungswirtschaft einen hohen Entwicklungsstand erreicht hat, so ist das sicherlich in erster Linie der Leistungskraft und der Anpassungsbereitschaft der Unternehmer und ihren Familien zu danken. Aber auch unsere konsequente und gezielte Anwendung und Nutzung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ hat hierzu maßgeblich beigetragen. Von uns braucht niemand alle Jahre neu ein Bekenntnis zur Gemeinschaftsaufgabe abzufordern.

(Beifall bei der CDU)

Unser Bekenntnis zur Gemeinschaftsaufgabe dokumentiert sich in einer über zehnjährigen konsequenten, den Bedürfnissen unseres Landes angepaßten Anwendung dieses Gemeinschaftsinstruments von Bund und Ländern und findet in dem bilanzierten Ergebnis ein beredtes Zeugnis.

Stärken wir dieses klassische Instrument der Strukturpolitik vor allem auch im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze im ländlichen Raum und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Bürger!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fölster.

Fölster [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Der Kollege Spaeth wird auf den Antrag der SPD, Drucksache 9/1804, eingehen. Ich darf in der gewohnten Kürze die Anmeldung zum 12. Rahmen-

plan aus der Sicht der CDU-Fraktion wie folgt kommentieren.

Die Landesregierung hat uns die Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum 12. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für die Jahre 1984 bis 1987 vorgelegt. Wir alle wissen, welche Bedeutung die im Rahmen dieser Gemeinschaftsaufgabe durchzuführenden Maßnahmen für die **Sicherung der Existenz der bäuerlichen Familien** auf ihren Höfen und für die **ernährungswirtschaftlichen Betriebe** haben. Das gilt ebenso für die Entwicklung der ländlichen Gemeinden und vor allem für die Sicherheit der Menschen hinter den Deichen. Die Tatsache, daß Schleswig-Holstein die Mittel dieser Gemeinschaftsaufgaben im vergangenen Jahr im Gegensatz zu manchen anderen Bundesländern erneut zu mehr als 99,8 % ausgeschöpft hat, unterstreicht dies erneut.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte dies gern zum Anlaß nehmen, meine Damen und Herren, hierfür unserer leistungsbereiten Verwaltung herzlich zu danken.

(Beifall bei der CDU)

– Gemessen an der Leistung war der Applaus etwas schwach.

Meine Fraktion geht davon aus, daß Bundesregierung und Bundestag bereit sind, im **Bundshaushalt 1984** und in den folgenden Jahren ausreichende Bundesmittel bereitzustellen. Wir begrüßen, daß die Landesregierung bei ihrer Anmeldung einen gegenüber 1983 um 145 Millionen DM höheren Ansatz im Bundshaushalt zugrunde gelegt hat. Hier wird wieder einmal deutlich, daß sie den Schwerpunkt **Investitionsförderung** in der zukünftigen Gestaltung des Haushalts noch stärker herauszuheben für notwendig erachtet. Nur durch eine Verbesserung der Investitionskraft und der Investitionstätigkeit können wir Arbeitsplätze sichern und neu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Damit Unternehmer und Arbeitnehmer wieder Vertrauen haben können, muß die Struktur der öffentlichen Haushalte für einen überschaubaren Zeitraum von Beständigkeit getragen sein. Das heißt: mehr Stetigkeit und weniger Sprunghaftigkeit.

Wir hoffen und verbinden damit die Erwartung, daß eine nach dem 6. März neugebildete Bundesregierung den für 1983 eingeschlagenen Kurs einer besseren Ausstattung der Gemeinschaftsaufgabe fortsetzen wird.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wir sind nach den Ausschlußberatungen der Auffassung, daß die Landesregierung in ihrer Anmeldung auch die sachlichen und räumlichen Schwerpunkte richtig gesetzt hat. Sie hat in unseren Augen zu Recht Schwerpunkte in drei Bereichen gewählt: erstens in der einzelbetrieblichen Förderung, zweitens in der

(Fölster)

Abwasserbeseitigung und drittens im Küstenschutz. Dazu einige wenige Bemerkungen.

Erstens: Wir können erfreulicherweise beobachten, daß die **Investitionsbereitschaft** in den landwirtschaftlichen Betrieben wieder zugenommen hat. Dies ist sicherlich mit darauf zurückzuführen, daß die Erträge in den letzten beiden Jahren, durch Witterungsverhältnisse begünstigt, höher ausgefallen sind. Dies ist aber auch eine Folge der gesunkenen Zinsen. Hier ist eine Wende eingeleitet worden, die auch für die der Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft vor- und nachgelagerten Bereiche von allergrößter Bedeutung ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke vor allem an die vielen mittelständischen Handwerks- und Gewerbebetriebe in den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, Sie wissen um die Bedeutung der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Sie ist der größte geschlossene Investor in unserem Lande. Dies setzt aber voraus, daß hier bei unzureichender Kapitalbildung staatlicherseits **Investitionshilfen** gewährt werden. Das ist schon immer unser Bemühen gewesen. Dem trägt die Anmeldung für den Rahmenplan 1984 mit einer Erhöhung der Mittel für die einzelbetriebliche Förderung Rechnung.

Zweitens: Die Verbesserung der Situation unserer **Gewässer** hat schon seit Jahren im Mittelpunkt unserer Erörterungen gestanden. Wir sind uns, meine ich, immer in dem Ziel einig gewesen; hier mit Nachdruck voranzukommen. Dies ist geschehen. Mit Stolz können wir darauf zurückblicken, daß wir inzwischen über 75 % der Bevölkerung an **zentrale Abwasserbeseitigungsanlagen** angeschlossen haben. Wir sind bereits zunehmend dazu übergegangen, dritte Reinigungsstufen zu fördern.

Der Mitteleinsatz für die Abwasserbeseitigung ist – das wissen Sie – auch außerhalb der **Gemeinschaftsaufgabe** erheblich. Wir sind der Auffassung, daß die Aufstockung innerhalb der **Gemeinschaftsaufgabe** um rund 3 Millionen DM angemessen ist. Wir müssen aber auch berücksichtigen, daß der Vergabe der Mittel, wie uns im Ausschuß seitens der Landesregierung dargelegt worden ist, Grenzen in der Planung und aus Gründen der Preisstabilisierung gesetzt sind.

Drittens: Schließlich enthält die Anmeldung eine erhebliche Aufstockung der Mittel auch für den **Küstenschutz**. Meine Fraktion stimmt dem voll zu.

(Beifall bei der CDU)

Wir teilen nicht die Meinung, daß die Sicherung der Deiche und damit der Schutz der Menschen hinter den Deichen gegenüber dem Naturschutz nachrangig ist.

(Beifall bei der CDU)

Was die Sicherheit der Menschen hinter den Deichen angeht, gibt es für uns keinen Kompromiß.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir sind auch für einen möglichst weitgehenden Ausgleich, wenn mit notwendigen Küstenschutzmaßnahmen **Eingriffe in Natur und Landschaft** verbunden sind. Allerdings, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, stellen wir mit großer Befriedigung fest, daß die Gerichte in den bisherigen Verfahren der Landesregierung eine gründliche Vorbereitung und eine sachgerechte Abwicklung bescheinigt haben.

(Beifall bei der CDU)

Zusammenfassend lassen Sie mich folgendes feststellen. Der Rahmenplan für die Jahre 1984 bis 1987 beweist, wie ernst es Landesregierung und Fraktion ist, den ländlichen Raum gleichrangig zu entwickeln. Dieser Rahmenplan entspricht aber auch dem Willen aller Fraktionen dieses Hohen Hauses, Herr Kollege Wiesen. Ich erinnere an unsere gemeinsame Entscheidung zur notwendigen Aufstockung unserer **Gemeinschaftsaufgabemittel**. Dieser Rahmenplan ist ebenso konjunkturgerecht. Er ist Ausdruck der Beständigkeit unserer Politik.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wiesen.

Wiesen [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, daß auch wir eine **Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabemittel** für Agrarstruktur und Küstenschutz gefordert haben. Ich begrüße, daß über diese Maßnahme mehr Geld in unser Land fließt. Natürlich muß man dann im Gegenzuge gleich bedauern, daß insbesondere durch die Verringerung der Sozialtransfers natürlich auch wieder sehr viel weniger Geld nach Schleswig-Holstein fließt.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, daß man das ein wenig mehr bilanzieren muß, sozusagen Plus und Minus vergleichen muß. Dann komme ich zu anderen Wertungen, die ich hier aber jetzt nicht vortragen will.

Die **Gemeinschaftsaufgabe** ist ja ein Instrument, um zum einen Wirtschaftsstruktur, Agrarstruktur, Vermarktungsstruktur zu verbessern, zum anderen Umweltbedingungen zu verbessern und zum dritten den Küstenschutz zu verbessern. Wir haben in den vergangenen Jahren bei den Beratungen ständig **Entschließungsanträge** vorgelegt, die eine Aufstockung der Mittel für die Abwasserklärung und eine Aufstockung der Mittel für den Küstenschutz beinhalteten. Nun ist ja im Bereich der Abwasserklärung über das falsch finanzierte und in anderen Punkten aus unserer Sicht auch falsch disponierte 421-Millionen-DM-

(Wiesen)

Programm einiges getan worden, so daß wir in diesem Jahr eine Mittelaufstockung ausschließlich zugunsten des **Küstenschutzes** beantragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, daß es zwischen uns unstrittig sein muß und wohl auch ist, daß gerade die Sturmfluten dieses Winters wieder gezeigt haben, daß die Deichsicherheit in Schleswig-Holstein - übrigens nicht nur an der Westküste, sondern auch an der Ostküste - erhöht werden muß. Daß wir dies durch Erhöhung und durch Verstärkung von Deichen tun wollen, ist, glaube ich, inzwischen Allgemeingut.

(Beifall bei der SPD)

Die Aufstockung der Küstenschutzmittel über das von Ihnen vorgesehene Maß hinaus ist aus meiner Sicht ganz einfach erforderlich. Denn wenn ich die Notwendigkeit und die zeitliche Dringlichkeit zum Beispiel zwischen landwirtschaftlichem Wirtschaftswegebau und Küstenschutzmaßnahmen vergleiche, dann frage ich mich: Wie soll ich eigentlich den Leuten an den Küsten klarmachen, daß ich die Wirtschaftswegebaumaßnahmen nicht ein paar Jahre zurückstellen kann, um jetzt endlich so schnell, wie es eben geht, an den Küsten Deichsicherheit zu schaffen?

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht zu begreifen. Es müßte doch auch aus Ihrer Sicht möglich sein zu sagen, daß Maßnahmen, auch wenn sie nötig sein mögen - das will ich nicht in Abrede stellen -, nach hinten verschoben werden müssen, weil zuerst die Küsten sicherer gemacht werden müssen.

Niemand von uns weiß, wann die nächste Sturmflut auf unsere Küsten prallt und welche Auswirkungen das haben wird. Deshalb ist es wichtiger, im Bereich des Küstenschutzes schnell zu handeln, als im Bereich des landwirtschaftlichen Wirtschaftswegebaus schnell zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Der Minister hat völlig richtig gesagt, daß ein beschleunigtes **Küstenschutzprogramm** für die Jahre 1976 bis 1986 verabredet war und daß dieses aus vielen verschiedenen Gründen zunächst nicht in der erforderlichen Höhe zu finanzieren war. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die **Projektauswahl** nicht eine Sache des Bundes, sondern eine Sache des Landes ist. Das Land hätte von sich aus sagen können: Wir bleiben bei diesem beschleunigten Küstenschutzprogramm, müssen dann allerdings den unbequemen Weg gehen, Mittel aus anderen Bereichen - wir schlagen vor: Flurbereinigung, Regelung der Wasserwirtschaft, Wegebau - herauszunehmen. Dann hätte das Land aus eigener Zuständigkeit, aus eigener Entscheidungsfähigkeit heraus dieses beschleunigte Küstenschutzprogramm durchführen können. Das haben wir beantragt. Aber Sie haben es nicht gewollt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Fölster, bei uns im Kreis wird in der Gemeinde Nübbel über die **Flurbereinigung** diskutiert. Die große Mehrheit der Landwirte hat mir gesagt - wahrscheinlich auch Ihnen -: Wir wollen hier gar keine Flurbereinigung; es braucht keine Flächenzusammenlegung zu geben; es braucht keinen Wegebau zu geben; es ist sicher etwas an dem Wasserbau zu machen; aber im übrigen brauchen wir keine Flurbereinigung. - Die Landwirte in Nübbel haben den Eindruck, daß ihnen dieses Verfahren sozusagen von obenher aufgedrückt wird. Allerdings hat mir der Staatssekretär, was ich hinzufüge, in einem Brief versichert, daß das nicht passieren wird. Man kann bei einer solchen Situation aber doch nicht etwa behaupten, die Nachfrage nach Flurbereinigung - um sozusagen landwirtschaftliche Betriebe vor der Existenzvernichtung zu retten - sei so groß, daß man bei der Flurbereinigung überhaupt keine Mittel für den Küstenschutz freimachen könne.

Was ich eben vorgetragen habe, findet sich schriftlich in dem Antrag Drucksache 9/1804. Wenn dieser Antrag angenommen werden sollte - worum ich herzlich bitte -, dann würden wir auch dem Gesamtplafond zustimmen. Ansonsten müssen wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, bis zur Mittagspause stehen noch fünf Minuten zur Verfügung.

Herr Abgeordneter Schumacher, Sie haben das Wort.

Schumacher [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn sich auch Herr Kollege Spaeth ganz kurz faßt, dann schaffen wir sogar noch den gesamten Punkt.

Herr Flessner hat natürlich recht, daß jetzt überhaupt nicht die Stunde ist, ein Bekenntnis zur Gemeinschaftsaufgabe abzulegen.

Wir stimmen der Beschlußempfehlung des Agrar- und Umweltschutzausschusses zu und lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab. Dafür gibt es zwei Gründe.

Die Regierung hat im Ausschuß klargemacht, daß über Einzelprojekte noch nicht geredet werden kann. Also wissen wir auch nicht, was wirklich konkret mit den 10 Millionen DM mehr finanziert werden soll. Darüber hinaus ist bei der bisherigen Mittelverteilung innerhalb der Anmeldung der **Küstenschutz** mit der höchsten Priorität versehen, so daß von daher dem Petikum der Sozialdemokraten schon Rechnung getragen worden ist.

Daher noch einmal: Zustimmung zur Beschlußempfehlung des Ausschusses und Ablehnung des SPD-Antrags!

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, jetzt liegen noch zwei Wortmeldungen vor: Kollege Spaeth und Frau Kollegin Wendel. Kollege Spaeth, wieviel Zeit benötigen Sie?

(Spaeth [CDU]: Etwa fünf bis zehn Minuten!)

– Dann machen wir jetzt lieber erst die Mittagspause.

Wir treten also in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 15.00 Uhr fort.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 12.56 Uhr

Wiederbeginn: 15.01 Uhr

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet. Wir fahren in der Aussprache über die Anmeldungen zur Gemeinsamen Rahmenplanung für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ – Punkt 16 der Tagesordnung – fort.

Als nächster Redner hat der Herr Abgeordnete Spaeth das Wort.

Spaeth [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Küstenschutzpolitik der SPD** dieses Landes kann man eigentlich nur als einen Riesenslalom von Wahl zu Wahl bezeichnen. 1974 begann dieser eigenartige Zickzackkurs, dieser Abfahrtslauf.

(Heiterkeit – Harms (Heede) [SPD]: Was denn nun, Slalom oder Abfahrtslauf?)

– Slalom verläuft im Zickzack, falls Sie das noch nicht gewußt haben.

(Anhaltende Zurufe – Dr. Klingner [SPD]: Sie verstehen nicht einmal etwas vom Skilaufen!)

– Slalom geht im Zickzack nach unten, auch das wußten Sie noch nicht, Herr Klingner?

(Beifall bei der CDU)

Das Ziel dabei liegt – um einmal Herrn Latendorf zu zitieren – immer unten.

1974 begann das also. Damals warb man zum Beispiel – ich habe das hier schon einmal gesagt – auf Nordstrand noch mit der „Ferieninsel Nordstrand im Naturschutzgebiet des geplanten Nationalparks“. Damit ging es los. Dann kam die Wahl im Jahre 1974, und man konnte zum Beispiel in einer Zeitungsanzeige lesen: Wir sind dagegen, daß das Nationalpark-Gesetz der CDU jede wirtschaftliche Entwicklung erstickt. Das war wenige Wochen später.

Die Ablehnung dieses ersten Versuchs, über diese Dinge zu reden, wurde seinerzeit damit begründet,

daß man ja, wenn man dieses Nationalpark-Gesetz verabschiedete, die geplanten Eindeichungsmaßnahmen in der **Nordstrander Bucht** nicht mehr vollziehen könne. Das war es, was die SPD damals dagegen sagte. Ich habe hier noch so ein hübsches SPD-Programm aus jener Zeit; da liest man dann:

„Landgewinnung ist der beste Küstenschutz. Dazu gehört auch die Eindeichung der Nordstrander Bucht.“

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

„Ebenso wichtig ist dabei die Frage der Arbeitsplätze. Für viele Familien auf Nordstrand bedeutet Küstenschutz auch Lebensunterhalt.“

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Latendorf [CDU]: Sehr gut!)

Das lag also alles vorher.

Dann war die Wahl gelaufen, und es kam die Kommunalwahl 1978. Da stand das alles auch noch im Programm der SPD; das wollte man alles so machen.

Im selben Jahr – man las und staunte – –

(Wiesen [SPD]: Sind Sie sicher, daß Sie zur Zeit bei der Anmeldung für die Rahmenplanung des Jahres 1984 sind? – Lachen bei der CDU)

– Ich komme noch darauf zu sprechen; ich werde den langen Leidensweg Ihres Zickzackkurses hier einmal aufblättern, Herr Wiesen! Das müssen Sie sich schon gefallen lassen.

(Wiesen [SPD]: Ich kann Ihnen Stellungnahmen vorlesen, nach denen Sie gesagt haben: Wir wollen dort landwirtschaftliche Nutzflächen haben! Das war Ihre Meinung all die Jahre hindurch, und heute streiten Sie das ab!)

– Herr Wiesen, ich muß immer wieder feststellen,

(Aniol [CDU]: Ein Hund, dem man auf den Schwanz tritt, bellt eben!)

daß Ihr Plakattext, Sie wollten zuhören, ein Etikettenschwindel ist. Sie können das ja nicht einmal hier!

(Beifall bei der CDU)

Wenige Monate nach der Kommunalwahl 1978 las man nun diese Schlagzeile: „SPD verlangt Sofortprogramm Nordstrander Bucht“. Dieses Verlangen ist in Ihrer Gegenwart, Herr Wiesen – jedenfalls steht es so in dieser Zeitung – erhoben worden. Unter anderem heißt es dann, die Landesregierung müsse die Küstenschutzgelder so einsetzen, daß die **Deicherhöhungen** bis zum Einsetzen der Herbststürme 1979 abgeschlossen seien. Allein für diese Maßnahme hätte man damals etwa 100 Millionen DM benötigt, mehr als für 1979 insgesamt überhaupt zur Verfügung stand. Die SPD hat damals nicht einmal einen Antrag auf Erhöhung der Mittel gestellt; sie hat auch keinen Antrag auf Änderung der Ansätze gestellt. Das Ganze war also wieder ein Etikettenschwindel.

(Spaeth)

Nun kam dann die Landtagswahl 1979; da lief das alles noch unter dieser Überschrift „Vor allem Deichverstärkung“, obwohl man ja zunächst gesagt hatte: Wir wollen eventuell sogar vordeichen. Wir wollen aber erst die Deiche verstärken, und dann wollen wir prüfen, prüfen, prüfen! Wenn es sich dann nach Jahren vielleicht als notwendig herausstellen sollte, daß man vordeichen muß, dann können wir das ja immer noch tun – so die SPD damals!

Dann haben wir die Landtagswahl 1979 über die Bühne gebracht, und man blieb bei dieser Version.

Jetzt sind wiederum vier Jahre ins Land gegangen; wir stehen wieder unmittelbar vor einer Wahl, und die SPD hat jetzt ja neuerdings einen Kandidaten für ein Amt, das noch zu schaffen wäre – jedenfalls so, wie sie es sich vorstellt –, nämlich das eines Umweltschutzministers. Dieser Kandidat hat uns, dem staunenden Publikum, gerade am vergangenen Sonnabend in Husum bei der großen Diskussion wieder etwas Neues präsentiert – es ist also sozusagen die nächste Wende in diesem Slalom erreicht worden.

(Zimmermann [CDU]: Herr Kollege Spaeth, die haben doch längst eingefädelt!)

Hier sehen wir nun also einen neuen Plan, der wiederum eine **Mini-Vordeichung** vorsieht. Auf die ausdrückliche Frage, die gestellt wurde, hat Herr Heydemann gesagt: Jawohl, das ist jetzt die neueste Version; die alte Version der SPD, bei der Deichverstärkung zu bleiben, gilt nicht mehr. Er sagte, man müsse jetzt 700 ha neu eindeichen. Das ist hier alles genau aufgezeichnet, und der Text ist dazu geliefert worden. Besser kann man das gar nicht bekommen.

Wissen Sie, mir fiel dabei nur eines ein, Herr Kollege Wiesen: In dieser Frage hat die SPD in den letzten Jahren im Grunde nicht sehr viel Rückgrat gezeigt, aber der Herr Heydemann hat sie jetzt umgehend in die Gattung der Wirbellosen überführt – so kann ich das nur interpretieren.

(Beifall bei der CDU)

Nun erstaunt ja den Kenner dieses Sachverhalts, daß Herr Heydemann dabei etwas völlig vergessen hat. Er zählt auf, was man alles machen muß, und kommt zu dem Schluß, daß das Ganze ja noch billiger sei als das, was die Landesregierung vorhabe. Ihm ist dabei aber völlig entgangen, daß man zum Beispiel an der Nordküste von Nordstrand, vor dem Elisabeth-Sophien-Koog und dem Pohnshalligkoog den Deich dort, wenn man ihn zurücknimmt, verstärken muß. Das ist gar nicht vorgesehen.

(Aniol [CDU]: Er ist ja auch nur für Käfer zuständig!)

Der Deich würde dort nämlich überlaufen.

Ich habe mir von Leuten, die etwas davon verstehen, ausrechnen lassen, daß dieser Plan, den Herr Heydemann vorgelegt hat, etwa 10 Millionen bis 12 Millionen DM teurer sein müßte als das, was zur Zeit geplant ist. Man spart damit also kein Geld,

sondern man muß noch Geld draufzahlen, wenn man das machen wollte. Das gehört also alles zur Geschichte der Küstenschutzpolitik der SPD.

Nun gehört aber noch ein Weiteres dazu. Bisher war es hier – auch in diesem Hause – unumstritten, daß der **Leitdamm nach Pellworm** gebaut werden müßte. Herr Heydemann schreibt hier aber nur noch, das müsse geprüft werden. Für den Kundigen heißt das doch, daß sich die SPD auch in dieser Frage bereits auf dem Rückzug befindet, sich aber noch scheut, den Pellwormern zu sagen, daß sie das eventuell auch nicht will. Dazu hört man zwar nichts, aber ich kann das nicht anders herauslesen, wenn Sie sagen, jetzt wollten Sie das prüfen, obwohl Sie hier schon bekundet haben, daß das eigentlich unbestritten sei und gemacht werden solle.

Man staunt auch darüber, daß die SPD dann doch ein weiteres Argument fallen lassen muß. Sie hat bisher ihren Standpunkt auch immer mit der Forderung begründet, Nordstrand solle eine Insel bleiben. Wenn das, was Herr Heydemann vorhat, verwirklicht würde, wäre Nordstrand ebenfalls keine Insel mehr, sondern genauso eine Halbinsel, nur mit einem etwas schmaleren Zugang als jetzt – abgesehen davon, daß man schon den Nordstrander Damm wegsprengen müßte, um Nordstrand wirklich voll zu einer Insel zu machen. Das gehört also alles dazu.

Wissen Sie, Herr Kollege Wiesen,

(Wiesen [SPD]: Wollen Sie nun 10 Millionen DM mehr oder nicht? – Heiterkeit)

– Ich komme jetzt darauf zurück. Wenn ich einmal alles bewerte, was in den Jahren vorher in diesem Hause und draußen im Lande hinsichtlich dieser Frage vor sich gegangen ist,

(Dr. Klingner [SPD]: Die Redezeit auszuschöpfen und doch nicht zur Sache zu kommen, das ist auch eine Kunst!)

und wenn ich weiter bewerte, daß Sie in den zurückliegenden Jahren die Kürzungen, die von Bonn her in Sachen „Küstenschutz“ und „Gemeinschaftsaufgabe“ vorgenommen worden sind, im Grunde immer verteidigt haben, dann wundere ich mich jetzt über Ihren Antrag.

(Wiesen [SPD]: Diese Anträge haben wir in den letzten Jahren auch immer gestellt!)

Nun ist in der Anmeldung, die wir vorliegen haben, eine Erhöhung um 14 Millionen DM vorgesehen, von 81 Millionen DM auf 95 Millionen DM. Wir wären vor zwei Jahren sehr glücklich gewesen, wenn die alte Bundesregierung uns solche Zugeständnisse gemacht hätte.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind nicht bereit, die zusätzlichen Experimente des Herrn Heydemann hier zu finanzieren,

(Beifall bei der CDU)

sondern wir wollen den Küstenschutz finanzieren. Und wenn wir im nächsten Jahr 95 Millionen DM zur

(Spaeth)

Verfügung haben, ist das durchaus eine beachtliche Summe.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Wendel.

Frau Wendel [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich in meiner allerletzten Sitzung nicht mehr reden. Sie sollten mich in einer guten, friedlichen Verfassung in Erinnerung behalten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Aber drei Dinge haben mich hier auf den Plan gerufen. Das waren einmal ein paar Passagen des Herrn Landwirtschaftsministers, dann der mit Pathos vorgetragene Beitrag des Kollegen Fölster und jetzt einige Worte von Herrn Spaeth.

Lieber Kollege Spaeth, ich möchte hier mit Ihnen kein Seminar über Küstenschutz bestreiten. Aber ich möchte Ihnen folgendes sagen. Wenn man vor Ort Erkenntnisse sammelt und dann auswertet und verwertet, so ist das kein schlechter Zug.

(Beifall bei der SPD)

Das ist progressiv, meine ich. Ich kann mir auch Ihre Wahlpropaganda von vor 20 oder 15 Jahren ansehen. Auch Sie haben immer sehr viel geprüft und geplant. Und seit 15 Jahren warten die Nordstrander Bürger auf Abhilfe.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn wir nach der großen Sturmflut 1976 eine Deichverstärkung gefordert haben, so war das Rechens.

(Beifall bei der SPD – Spaeth [CDU]:
Damals haben Sie noch die Vordeichung
gefordert!)

Sie sagen jetzt, Sie seien froh, jetzt von der neuen, provisorischen Regierung

(Heiterkeit bei der SPD)

mehr zu kriegen als von der alten Bundesregierung. Ich muß Ihnen sagen: Die Länder sind aufgerufen, zu bestimmen, wofür sie die Gelder aus der Gemeinschaftsaufgabe verwenden.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß Ihnen noch eines sagen: Ich bin hier seit 12 Jahren immer ein Verfechter des Umweltschutzes und der Abwasserbeseitigung gewesen. Aber heute muß ich sagen: Wir haben mit den Geldern, die wir für die Abwasserbeseitigung bekommen haben, allerhand gemacht.

(Zustimmung bei der CDU)

– Das gilt auch für den Generalabwasserplan. Ich komme noch darauf. Vielleicht klatschen Sie dann

nicht mehr, Herr Fölster. Aber nach dem, was wir da oben an der Küste tun müßten, bin ich dafür, daß jetzt der Küstenschutz die höchste Priorität hat.

(Beifall bei der SPD – Spaeth [CDU]: Dafür
sind wir auch!)

Deshalb unterstütze ich unseren Antrag.

Der Landwirtschaftsminister hat gesagt, wir brauchen nicht jährlich neue Bekenntnisse. Ich bin seiner Meinung. Nur, wenn wir uns nicht immer nur etwas Lob spenden wollen, müssen nun nach den Erkenntnissen und Bekenntnissen endlich auch Taten folgen.

(Beifall bei der SPD – Spaeth [CDU]: In der
Nordstrander Bucht wird jetzt gebaut!)

Wir haben gemeinsam auch sehr viele gute Gesetze gemacht. Aber es fehlt mir einfach – das habe ich schon vor ein paar Monaten hier gesagt – die **Kontrolle**. Es ist so wenig kontrolliert worden, daß wir sagen müssen: Bei dem, was getan worden ist, ist nicht immer genug auch für den Umweltschutz geschehen.

(Zustimmung bei der SPD)

Mein lieber Kollege Fölster, mir wäre es lieber, Sie würden nicht auf die Bäume steigen, um einen neuen Nistkasten anzubringen, sondern wären statt dessen im Aukrug mal schnuppern gegangen,

(Beifall bei der SPD)

was in Ihren Flüssen in Ihrer engeren Heimat geschieht. Dann hätte wahrscheinlich heute dieser Artikel in der „Landeszeitung“ nicht zu stehen brauchen, in dem es heißt, daß man dort ungeklärt Abwässer aus Viehbeständen in diese kleinen Auen und Seen ableitet, die mehr als 900 Einwohnergleichwerte bedeuten.

(Zuruf des Abgeordneten Harms (Bilsen)
[CDU])

– Nun, Heger, Pfleger und Förster bauen Nistkästen an, auch Vogelschutzleute. Da muß ich doch nicht als Wahlkandidat auf einen Baum steigen, um den Nistkasten anzubringen, auch noch mit Presse!

(Beifall bei der SPD)

Mir sind Taten lieber, die im Stillen geschehen. Sie wissen ganz genau, daß ich als reiner Praktiker lieber Taten sehe.

Deshalb bin ich der Meinung, wir müssen in der **Abwasserbeseitigung** jetzt die Gelder, die wir Gott sei Dank um 3 Millionen DM erhöht haben, verwenden, um wirklich etwas zu schaffen. Wir sollten, lieber Herr Fölster, nicht so viel herumreden und sagen: in den letzten Jahren haben wir 40 Millionen DM für 6 000 Bauern ausgegeben, um deren Jauche und Gülle zu beseitigen. Das ist ja alles gut und schön. Aber dann muß man auch einmal nachforschen, ob das Geld auch so angewandt worden ist, daß nicht weiterhin großes Fischsterben zu verzeichnen ist.

(Beifall bei der SPD)

(Frau Wendel)

Leider kann man ja immer erst hinterher feststellen, wenn Fische gestorben sind, daß da irgend etwas eingeleitet wird, was nicht dort hineingehört.

Ich möchte Sie alle ganz herzlich bitten, in den nächsten Jahren viele, viele Dinge gemeinsam anzupacken, bei der Sache zu bleiben und nicht dauernd so viele verbale Strampelien von sich zu geben, sondern für unsere Bevölkerung in Schleswig-Holstein etwas zu tun, auch für das flache Land.

(Zurufe von der CDU)

– Wieso? Ich gucke ja auch dort hin.

(Beifall bei der CDU)

Ich versuche ja, mit meinen letzten paar Worten darum zu bitten, daß wieder mehr Einigkeit und mehr Sachlichkeit in dieses Hohe Haus gebracht wird. Das, was wir gestern erlebt haben, hat – das muß ich sagen – dazu beigetragen, daß es mir nicht ganz so schwerfällt, nach 12 Jahren nun aus dem Landtag auszuschcheiden. Also, liebe Kollegen, bleibt bei der Sache, geht auch nicht immer unter die Gürtellinie! Das wollte ich hier noch einmal gesagt haben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, und bei der F.D.P. und des Abgeordneten Meyer [SSW])

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Zum Antrag der SPD auf Drucksache 9/1804, 10 Millionen DM zusätzlich für den Küstenschutz zur Verfügung zu stellen, kann ich nur erklären: Diesem Antrag kann ich zustimmen. Wir haben noch etliche Aufgaben, die wir lösen müssen. Ich nenne den Gamsbüll-Koog, den Marienkoog, den Julianen-Marienkoog und Dagebüller Koog. Wir haben die Probleme im Fahretofter Koog. Wir benötigen also 10 Millionen DM, um aktuelle Aufgaben noch ganz schnell lösen zu können, besonders in den Gebieten, Gamsbüll-Koog und Marienkoog, wo wir einen Teil des Deiches verstärkt haben, den Rest aber nicht. Die Sicherung ist ja erst garantiert, wenn wir die gesamte Strecke verstärkt haben. Deswegen bin ich bereit, für diese 10 Millionen DM zu stimmen.

Ich bin aber nicht bereit – das betrifft den letzten Absatz – zuzustimmen, daß wir 10 Millionen DM bei Maßnahmen für die Flurbereinigung, Wirtschaftswegbau und Regelung der Wasserwirtschaft streichen. Das kann ich nicht mittragen. Diese Arbeit müssen wir auch durchführen. Dadurch bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit und stellen klar, daß noch einige Aufgaben geregelt werden sollen.

Nun können Sie fragen: Woher sollen wir denn die 10 Millionen DM beschaffen? Ich sage: Die bringen wir auf durch Mehreinnahmen bei Steuern und durch Minderausgaben bei den Zinsen. Die Zinsen gehen ja herunter; also brauchen wir nicht so viele Mittel für

die Zinszahlung. Hier können wir die 10 Millionen DM beschaffen. Ich bin sicher, daß besonders die CDU-Fraktion mitmachen wird. Sie sind ja überzeugt, daß sie am 6. März gewinnen. Und wenn Sie am 6. März gewinnen, kommt ja die Wende. Und wenn die Wende kommt, kriegen wir auch mehr Steuern. Ich gehe also davon aus, daß die CDU hier mitmacht. Wir bewilligen also 10 Millionen DM mehr für Küstenschutz. Die Deckungsmöglichkeit habe ich vorgetragen. Stimmen Sie dem nicht zu, so heißt das für mich, daß Sie doch Zweifel haben, daß Sie am 6. März gewinnen und daß die Wende kommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Landwirtschaftsminister.

Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Meyer, wenn Sie einmal frühere Aussagen mit Ihren jetzigen Aussagen messen, muß Ihnen nach meiner Meinung entgangen sein, daß wir in Übereinstimmung Mittel für ein gemeinsames deutsch-dänisches Projekt bereitgestellt haben. Sie wissen genau, daß sich damit die eigentlichen Prioritäten, wie sie einmal gesetzt waren, verändert haben. Deswegen war mir Ihr Beitrag eben nicht ganz verständlich.

(Meyer [SSW]: Das wieder war mir nicht verständlich!)

– Das kann ich Ihnen nachher erklären.

Ich möchte mich eigentlich in einem abschließenden Beitrag der Frau Kollegin Wendel zuwenden. Frau Wendel sitzt nun hinter mir, um ihre Pflichten beim Präsidenten mit wahrzunehmen.

1. Umweltsünder verdienen keine Milde.

(Beifall)

Darin stimmen wir völlig überein.

2. Unsere gemeinsamen großen Anstrengungen für eine verbesserte Abwasserreinigung zeigen positive Ergebnisse.

(Beifall)

Ich habe in der vorigen Woche die **Gewässergütekarte** für Schleswig-Holstein der Öffentlichkeit präsentiert, und überwiegend stellen wir fest, daß sich die Situation verbessert hat. Es gibt auch noch viel zu tun; die Mittel dafür hat das Hohe Haus zur Verfügung gestellt. Wir werden sicherlich in den Jahren 1983/1984/1985 die wesentlichen Zielsetzungen unseres Generalplans Abwasser erreicht haben. Die Kontrollen sind nicht nur durch die Untersuchungen für eine Gewässergütekarte verschärft, sondern auch durch die Vorschriften des Abwasserabgabengesetzes bekommen wir vermehrt Daten über die Leistungsfähigkeit schon getätigter Investitionen, so daß ich mir verspreche, daß wir hier zu guten Ergebnissen kommen.

(Beifall)

(Minister Flessner)

Ich möchte eigentlich nur sagen: Kontrolle ja, aber sie ist schon verbessert worden.

Zum Schluß möchte ich gern sagen, daß wir es sehr bedauern, verehrte Frau Wendel, daß Sie aus diesem Hohen Hause ausscheiden. Sie haben als einzige Frau in den letzten Jahren und darüber hinaus im Agrar- und Umweltschutzausschuß mitgewirkt, und Sie haben das engagiert, sachkundig und praxisnah getan. Ich möchte Ihnen aus der Sicht der Landesregierung von dieser Stelle aus für Ihre Arbeit herzlich danken.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen zu Punkt 16 der Tagesordnung liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 9/1804. Wird absatzweise Abstimmung gewünscht?

(Meyer [SSW]: Ja, bitte!)

– Das habe ich mir gedacht, Herr Abgeordneter Meyer? Über die ersten beiden Absätze können wir wohl insgesamt abstimmen. Wer diesen beiden Absätzen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen sind wohl nicht dabei. – Die beiden Absätze sind mit den Stimmen der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Wer dem dritten Absatz zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – CDU, F.D.P. und Abgeordneter Meyer; abgelehnt!

Damit ist der gesamte Antrag abgelehnt; ich brauche über den Antrag insgesamt nicht mehr abstimmen zu lassen.

Ich lasse abstimmen über die Beschlußempfehlung des Ausschusses, Drucksache 9/1778. Der Ausschuß empfiehlt, von den Anmeldungen zustimmend Kenntnis zu nehmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen bei einigen Stimmenthaltungen von Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Meyer, im übrigen von der SPD abgelehnt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe den nächsten Punkt der Tagesordnung auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landessatzung für Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der F.D.P. und des Abg. Meyer (SSW)
Drucksache 9/1768

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 9/1808

Ich erteile dem Berichterstatter, dem Herrn Abgeordneten Dr. Klingner, das Wort.

Dr. Klingner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Innen- und Rechtsausschuß ist zu dem für Sie vielleicht nicht überraschenden Ergebnis gekommen, daß er den von allen Fraktionen eingebrachten Gesetzentwurf einstimmig billigt und Ihnen empfiehlt, diesen Gesetzentwurf anzunehmen.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Gesetzentwurf insgesamt abstimmen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Wer diesem Gesetzentwurf, Drucksache 9/1768, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Bericht zur Lage des Sports in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 24. November 1982

Drucksache 9/1635

Bericht der Landesregierung

Drucksache 9/1799

Ich erteile dem Herrn Kultusminister das Wort.

Dr. Bendixen, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich richtig davon Kenntnis erhalten habe, sind die Fraktionen übereingekommen, die beiden noch ausstehenden Tagesordnungspunkte heute abzuhandeln und die Redezeiten jeweils nicht voll auszuschöpfen. Ich bitte daher um Verständnis dafür, daß ich den sehr umfangreichen und detaillierten Bericht der Landesregierung zur Lage des Sports in Schleswig-Holstein nur kurz und übersichtlich erläutere.

Wir haben in der Sitzung am 24. November letzten Jahres angekündigt, daß wir sehr schnell einen umfassenden Bericht zur Lage des Sports in Schleswig-Holstein erstellen und dem Hause vorlegen wollten. Dieser Bericht spricht alle Bereiche des Sports an und enthält zu den einzelnen Bereichen konkrete Aussagen. Er zeigt deutlich, welche Fortschritte der Sport gemacht und welchen Beitrag das Land dazu geleistet hat. Darüber hinaus ist die Erörterung dieses Berichts im Parlament eine gute Möglichkeit, die Aufmerksamkeit unserer Bürger auf die Bedeutung des Sports in seinen verschiedenen Formen zu lenken und noch mehr Bürger zu sportlichen Aktivitäten anzuregen.

Ein sinnvoll und meist in Gemeinschaft betriebener Sport ist für die Gesundheit und für die

(Minister Dr. Bendixen)

zwischenmenschlichen Beziehungen aller Bürger wichtig. Ausgangspunkt für das sportpolitische Engagement der Landesregierung und gleichzeitig ihre Zielvorstellung, die sie zusammen mit dem Landessportverband und seinen Fachverbänden sowie mit den Vereinen verwirklichen möchte, ist die Forderung nach **Sport für alle**. Bei der Verfolgung dieses Zieles fühlt sich die Landesregierung als Partner des freien Sports. Die meisten Menschen, die in Schleswig-Holstein Sport treiben, gehören einem Verein an, der dem Landessportverband angeschlossen ist.

In Abschnitt 3, der sich sehr ausführlich mit der Entwicklung des **freien Sports** befaßt, wird deutlich, daß sich der Sport zu fast 80 % finanziell selbst trägt. Hinzu kommen die vielfältigen **Eigenleistungen** der Vereine und Verbände in Verbindung mit dem ehrenamtlichen Engagement der etwa 70 000 Helfer und Betreuer im ganzen Lande. Diesen Dienst am Menschen können weder das Land noch Kreise, Städte oder Gemeinden mit vergleichbarem Aufwand betreiben.

Bedeutsam ist die große Leistung des Sports in der Jugenderziehung und in der Jugendbetreuung. Es ist beeindruckend, daß von den etwa 500 000 jungen Menschen, die dem Landesjugendring angehören, etwa 345 000 aus der Sportjugend kommen. Diese beträchtlichen und beeindruckenden Eigenleistungen erklären hinreichend, warum der Sport für die Landesregierung vor allem ein Partner ist. Deshalb stellt die Landesregierung dem LSV zur Bewältigung seiner vielfältigen Aufgaben die **Sportförderungsmittel** global zur Verfügung. Dadurch erhält der freie Sport jenen Spielraum, der nötig ist, um ausschließlich im Interesse der Vereine und Verbände planen und arbeiten zu können.

Die zurückliegenden Jahre waren von einer Aufwärtsentwicklung mit steigenden Haushaltsansätzen gekennzeichnet. Im letzten Jahr war es durch eine Verlagerung der Mittel zugunsten des investiven Bereichs noch einmal gelungen, die Mittel für den Sport insgesamt zu erhöhen. Mit Blick auf die kommenden Jahre ist dem Präsidenten des LSV zuzustimmen, der nachdrücklich an die **Partnerschaft von Staat und Sport** erinnert, die sich gerade in weniger guten Zeiten bewähren muß. In seinem Grußwort vom Dezember 1982 an die Vereine und Verbände sagt er - ich darf dies mit Genehmigung des Herrn Präsidenten wörtlich zitieren -:

„Der Sport selbst wird in seinen Ansprüchen bescheidener werden müssen; denn der Staat wird bei allem guten Willen um Kürzungen nicht herumkommen. Wir hoffen allerdings, daß die Kürzungen maßvoll bleiben.“

Die Landesregierung bekennt sich zur großen gesellschafts- und gesundheitspolitischen Bedeutung des Sports. Sie wird deshalb bei aller notwendigen sparsamen Haushaltsführung auch künftig berücksichtigen, daß die Sportförderung keine übermäßige Kürzung verträgt.

(Latendorf [CDU]: Sehr gut! - Beifall des Abgeordneten Hadewig [F.D.P.])

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem freien Sport und der Landesregierung, dem Land insgesamt, wird auch in der von uns geschaffenen **Landessportkonferenz** gewährleistet. Das gute Zusammenwirken von Sport, kommunalen Landesverbänden, Landesparlament und Landesregierung trägt entscheidend dazu bei, sportpolitische Zielvorstellungen schrittweise zu verwirklichen. Erfreulich ist es, daß die von der Landessportkonferenz verfaßten Resolutionen oder erarbeiteten Berichte stets einstimmig verabschiedet werden konnten.

Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts behandelt den **Schulsport**. Nach § 4 Abs. 2 des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes hat die Schule die Aufgabe, neben den geistigen und seelischen auch die körperlichen Fähigkeiten des jungen Menschen zu entwickeln. Der Sportunterricht ist verbindlicher, unverzichtbarer Bestandteil von Bildung und Erziehung. Eine Studie von Schlagenhaut und Timm im Auftrage des Bundesinstituts für Sportwissenschaft weist nach, daß sich regelmäßig betriebener Schulsport außerordentlich positiv auf die außerschulische Sportaktivität auswirkt.

(Zustimmung des Abgeordneten Hadewig [F.D.P.])

Wer in der Schule sein Interesse am Sporttreiben festigt, ist auch später dazu bereit und wird sich einem Verein anschließen. Die Landesregierung hält uneingeschränkt an dem Ziel fest, Sportunterricht in allen Schularten - von der Grundschule bis zur beruflichen Schule - ausreichend zu erteilen. Der vorliegende Bericht weist eine Reihe nennenswerter Verbesserungen in fast allen Bereichen auf.

Die Landesregierung sieht ebenfalls die Notwendigkeit, den **Sportunterricht an den Berufsschulen** zu erweitern. Das im Januar 1981 beschlossene Aktionsprogramm ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich möchte jetzt aus Zeitgründen darauf verzichten, die prozentualen Zahlen für die einzelnen Schularten zu nennen. Sie weisen nach, daß es uns in den letzten Jahren gelungen ist, zwar nicht alle Probleme zu beseitigen, aber doch einen entscheidenden Schritt voranzukommen.

Dazu gehört auch der neue Lehrplänenwurf „Sport an berufsbildenden Schulen“, der am 2. Februar 1983 vom Parlamentarischen Staatssekretär für Jugend und Sport, unserem Kollegen Bernhardt, vorgestellt wurde. Hier werden zum ersten Male alle Schularten des berufsbildenden Bereichs in einem Lehrplan berücksichtigt werden. Hier sind Sportarten aufgenommen, die Schüler auch im außerschulischen Bereich zu regelmäßigem Sporttreiben anregen, unter anderem Orientierungslauf, Radsport, Badminton, Surfen und Segeln. Der Schulsport an der beruflichen Schule wird ebenfalls durch Einzelmaßnahmen gefördert. Ich will hier jetzt aus Zeitgründen darauf verzichten, einzelne Beispiele zu erläutern.

Der Bericht macht deutlich, meine Damen und Herren, daß es sich bei der Förderung des Sports an beruflichen Schulen um ein bundesweites Problem

(Minister Dr. Bendixen)

handelt, dessen Lösung nach übereinstimmender Auffassung aller Sachverständigen nur langfristig möglich ist. Die Landesregierung sieht darin eine wichtige Aufgabe und wird sich – trotz steigender Schülerzahlen in diesem Bereich – in den kommenden Jahren intensiv um eine schrittweise weitere Verbesserung bemühen.

Die Rolle des **Sports** im Bildungs- und Freizeitbereich wird von der Arbeit an den **Hochschulen** mitgetragen. Weil dieser Zusammenhang zur Hochschule besteht, hat die Landesregierung seinerzeit das Sportforum der Universität Kiel mit einem Kostenaufwand von insgesamt 40 Millionen DM errichtet. Lehrstühle für Medizin, Pädagogik und Psychologie wurden bereitgestellt. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß das Institut für Sport und Sportwissenschaft seinen Beitrag für die weitere Entwicklung und Förderung des Sports nicht nur in unserem Lande, sondern auch auf nationaler und auch auf internationaler Ebene leistet. Dafür spricht, daß in den vergangenen vier Jahren insgesamt drei Kongresse von internationaler Bedeutung durch das Sportinstitut der Universität ausgerichtet worden sind.

An den Hochschulen in Schleswig-Holstein werden Sportlehrkräfte sportpraktisch und fachwissenschaftlich ausgebildet. Die Zahl der Sportstudenten ist im Vergleich zu 1978 in etwa konstant geblieben. Lediglich in Flensburg ist sie von 160 im Jahre 1978 auf 133 im laufenden Wintersemester gesunken. Trotz mancher Warnung haben noch 195 Studierende das Sportstudium in Kiel aufgenommen. Schwierig wäre es allerdings, im Rahmen dieses Sportberichtes über die zukünftige Verwendung der angehenden Sportlehrkräfte zu sprechen. Dies ist kein isoliertes Problem des Sports. Wir haben es heute gerade in einem anderen Zusammenhang erörtert.

Lassen Sie mich schließlich noch ein Wort zum **Sportstättenbau** sagen. Mit erheblicher Unterstützung der Landesregierung sowie mit Fördermitteln des Bundes haben Gemeinden, Städte und Kreise sowie Vereine das Sportstättennetz in Schleswig-Holstein beachtlich erweitert. Freizeitorientierte Sportarten wie Tennis, Reiten oder Segeln haben erfreulich hohe Zuwachsraten. Die verschiedenen Bauträger sind darum bemüht, den Bedürfnissen vieler Einwohner entgegenzukommen.

Meine Damen und Herren, die Vorlage des Berichts über die Lage des Sports in Schleswig-Holstein unterstreicht, daß sich der Sport in unserem Lande im Berichtszeitraum positiv entwickelt hat. Die **Landesregierung** fühlt sich in ihrer **Sportpolitik** bestätigt. Sie dankt allen am Sport Interessierten für ihre konstruktive Zusammenarbeit. Auch für die Zukunft braucht der Sport dieses vertrauensvolle Miteinander, und ich möchte gerade in einer sportpolitischen Debatte des Landtages sehr nachdrücklich unterstreichen, daß die prinzipielle Einmütigkeit aller Fraktionen – trotz unterschiedlicher Beurteilung im Detail – hierzu sicherlich auch eine wesentliche und hilfreiche Grundlage gewesen ist. Der Sport braucht Stetigkeit. Gerade der Sport sollte freigehalten

werden von sogenannten gesellschaftsorientierten Zielsetzungen. Es geht hier um den Menschen, um sein körperliches und damit auch um sein seelisches Wohlbefinden und um die Gemeinschaft mit anderen. Wir werden uns als Landesregierung zusammen mit dem Landtag bemühen, die Situation des Sportes in unserem Lande weiter zu festigen und auszubauen.

Am Ende meiner wegen der Geschäftsordnungslage am heutigen Nachmittag kurzen Ausführungen soll ein Wort des Dankes stehen. Wir sind dankbar allen beteiligten Organisationen und Verbänden, den vielen haupt- und vor allem auch ehrenamtlichen Mitarbeitern.

(Beifall des Abgeordneten Hadewig [F.D.P.])

Der Sport ist in unserem Lande ein unverzichtbarer Bestandteil unserer sozialen Gemeinschaft und einer lebendigen Demokratie geworden, und er wird dies auch in Zukunft bleiben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stich.

Stich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedaure ein bißchen, daß wir bei einem, wie ich finde, für unsere Gesellschaft so wichtigen Thema in zeitliche Bedrängnis geraten.

(Zurufe von der SPD)

Ich meine, daß der Sport das nicht ganz verdient hat, glaube aber, daß – Herr Präsident des Landessportverbandes! – der Sport stark genug ist, das ertragen zu können. Ich denke, daß dies vertretbar ist, weil der Grund dafür offensichtlich der ist, daß hier anschließend ein um dieses Parlament und um dieses Land sehr verdienstlicher Mann verabschiedet werden soll.

(Liebrecht [SPD]: Um „dieses unser Land“!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der **Sport** ist ja von der schönsten oder herrlichsten Nebensache der Welt zu einem wesentlichen **gesellschaftlichen Faktor** in unserem Lande geworden. Er zeichnet sich aus durch Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Pluralität, und das macht ihn im Gegensatz zu manchen anderen Bereichen in unserem Staat, in unserer Gesellschaft zu einem stabilisierenden Faktor.

Bei einer Veranstaltung des Landessportverbandes hier in Kiel hat der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willi Weyer, über das Verhältnis zwischen **Sport und Politik** in Schleswig-Holstein gesagt – ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten –:

„Ich wünsche, das wäre überall in der Bundesrepublik so; dann gäbe es viel weniger Probleme für den Sport.“

Meine Damen und Herren, auf diese Äußerung aus berufenem Munde sind wir sehr stolz. Sie faßt in

(Stich)

einem Satz zusammen, was seit Jahren in Schleswig-Holstein praktiziert wird.

Diese Tatsache hat uns, die CDU-Fraktion, veranlaßt, die **Landesregierung** aufzufordern, einen umfassenden **Bericht** zur Lage des Sports in Schleswig-Holstein zu geben. Dieser Bitte ist die Landesregierung in - wie ich finde - ausgezeichnete Weise nachgekommen. Ich danke dafür im Namen meiner Fraktion dem zuständigen Minister und seinen Mitarbeitern, und ich füge meinen persönlichen Dank an den Kollegen hinzu, der sich über diesen Bericht hinaus in der alltäglichen Arbeit um den guten Kontakt zwischen der Politik und dem Landessportverband, also dem Sport in diesem Lande, bemüht. Ich meine meinen Kollegen Otto Bernhardt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle auch noch einen persönlichen Dank. Mir liegt daran, einem Mann zu danken, der die Entwicklung des Sports in unserem Lande insbesondere von parlamentarischer Seite während seiner Parlamentszugehörigkeit sehr gefördert hat. Er wird dem neuen Landtag aufgrund eigener Entscheidung nicht wieder angehören. Ich meine unseren Kollegen Werner Hahn.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, alle, die Werner Hahn in der parlamentarischen Arbeit erlebt haben, konnten feststellen, daß sich unser Kollege Hahn mit der ihm eigenen mittelständischen Unabhängigkeit und oft auch Eigenwilligkeit in meistens unnachahmlicher Weise um den Sport in Schleswig-Holstein verdient gemacht hat. Dafür danke ich ihm von dieser Stelle aus im Namen der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dieser Bericht soll auch gleichzeitig eine Würdigung dessen sein, was der Sport in unserem Lande mit seinen vielen Mitarbeitern und Aktiven für alle - ich betone: alle - Generationen geleistet hat. Dabei ist das Besondere in unserem Lande, daß jenseits von großen und spektakulären Ereignissen im bezahlten Sport der überwiegende Anteil ehrenamtlich geleistet wird. Für diesen Beitrag gilt unserer besonderer Dank dem Landessportverband als Dachorganisation, aber auch den vielen Tausend Mitarbeitern in unseren Vereinen und Verbänden.

Der Sport ist eine mächtige Bewegung in unserem Lande. Die rund 1 220 Vereine des **Landessportverbandes** haben insgesamt 730 000 Mitglieder. Sie repräsentieren damit 28 % der Bevölkerung. Das erfreuliche daran ist für mich, daß unter ihnen mit 345 000 fast die Hälfte Jugendliche sind. Ich füge in Klammern hinzu, weil wir gestern so viel über die Frage geredet haben, wie man Auswüchse, Jugendkriminalität bekämpfen kann, daß ich glaube, daß auch hier von seiten des Sports ein großer Beitrag dazu geleistet wird, junge Leute an Gemeinschaftser-

lebnisse, an die Gemeinschaft und Gesellschaft insgesamt heranzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diese vielen Mitarbeiter und Mitglieder können sich in den 41 Sportarten, die ausgeübt werden, im Breiten-, im Freizeit- und im Leistungssport aktiv betätigen. Bei der Mitgliederbewegung zeigt sich - das gibt der Bericht her -, daß im ländlichen Raum überdurchschnittliche Zuwachsraten vorhanden sind, während es in den kreisfreien Städten offensichtlich zu einer Stagnation gekommen ist. Ich glaube schon, daß diese Feststellung wichtig ist, weil es doch zur Konsequenz haben muß, daß wir diesen Sachverhalt etwas genauer analysieren und nötigenfalls im Bereich der Sportförderung zu neuen Ansätzen kommen können.

Der vorliegende Bericht behandelt in erfreulicher Klarheit und Systematik drei Schwerpunkte: den freien Sport und Vereinssport, den Sport in Schule und Hochschule und den Sportstättenbau. Der Sport im **Schul- und Hochschulbereich** sowie der Bau und die Erhaltung von Sportstätten liegen zur Hauptsache in kommunaler und in staatlicher Verantwortung. Die praktische Durchführung des Sportes ist in alleiniger Verantwortung der Vereine und Verbände. Das ist richtig so. Hier drückt sich in besonders deutlicher Weise die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Sportförderung aus.

Niemand kann besser beurteilen, wie die globalen, vom Land zur Verfügung gestellten Mittel für die **Sportförderung** in Höhe von rund 1,7 Milliarden DM verteilt werden sollen, als der Landessportverband und seine dafür zuständigen Gremien. Meine Damen und Herren, wie kaum ein anderer Bereich macht der Sport dabei deutlich, daß er in besonderer Weise bereit ist, seinen Eigenanteil zu leisten. Das ergibt sich daraus, daß die Vereine allein an Beiträgen ein Aufkommen von rund 35 Millionen DM haben, die dem Sportbetrieb zugute kommen.

Nun ist es so, daß die Entwicklung in unserer Gesellschaft, die ja Gott sei Dank nicht statisch, sondern dynamisch ist - bei allen Schwierigkeiten, die wir damit haben -, dazu führt, daß gerade auch an Sportvereine immer neue Anforderungen gestellt werden. Dies hat zur Folge, daß die Vereine bei der Bewältigung neuer Herausforderungen unterstützt werden müssen. Ich füge hinzu, daß wir den Willen und die Absicht haben, unsere Sportförderung hoffentlich bald wieder in erhöhtem Maße fortsetzen zu können, wenn die finanziellen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle aber zwei kritische Hinweise. Das erste: Ein Land wie Schleswig-Holstein ist durch die vielen Möglichkeiten, die wir im Bereich des **Wassersports** haben, für Wassersportler besonders attraktiv. Für Wassersport, meine Damen und Herren, braucht man Wasserflächen. Wir haben leider im vergangenen Jahr zur Kenntnis nehmen müssen - ich sage das jetzt ohne Wertung -, daß der Bund die Pacht für Wasserstraßen um bis zu 1 000 % erhöht hat. Die Erhöhung in diesem Umfang

(Stich)

ist – das möchte ich ganz klar sagen – unangebracht und trifft insbesondere ein Land wie Schleswig-Holstein und seine Wassersportvereine.

(Beifall bei der CDU)

Gegen eine maßvolle Anhebung von Gebühren ist überhaupt nichts einzuwenden. Aber wir haben die herzliche Bitte, daß dieses Problem, das kein Problem des Landes, sondern des Bundes ist, in aller Kürze, wenn es geht, gelöst werde. Seitens meiner Fraktion möchte ich anregen, daß zwischen der Bundesregierung und den zuständigen Verbänden, meinetwegen über den Landessportverband, ein Gespräch geführt wird, in dem geklärt wird, welche Initiativen man erfolgreich beim Bundesfinanzminister vortragen kann, um erhöhte Forderungen auf diesem Sektor in maßvolle Abmachungen umzumünzen.

(Beifall des Abgeordneten Weidling [CDU])

Der zweite Punkt, den ich kritisch erwähnen möchte, betrifft uns alle. Bei **Gesetzen** und **Verordnungen** sollten wir stets darauf achten, meine Damen und Herren, daß Vereine nicht ungebührlich in der Ausübung ihrer Sportart behindert oder belastet werden. Diese Dinge können wir ja auch in diesem Haus beeinflussen.

Meine Damen und Herren, leider konnte auch der Sport aufgrund der schwierigen **Finanzlage** nicht von Kürzungen verschont werden. Ich nutze aber hier die Gelegenheit, den Verantwortlichen des Landessportverbandes für ihr ausgesprochen großes Verständnis bei unseren Gesprächen für die notwendigen Kürzungen zu danken. Ich sage das hier deshalb, weil das – weiß Gott – nicht überall selbstverständlich ist.

Der Sport muß, meine Damen und Herren, auf viele Menschen eine besondere Faszination ausüben. Anders ist es nicht zu erklären, daß rund 70 000 ehrenamtliche Mitarbeiter in Vereinen und Verbänden aktiv sind. Diese Mitarbeiter sorgen dafür – tagtäglich und an jedem Wochenende –, daß sich in den 41 Sportarten, die ich vorhin schon einmal angesprochen habe, junge und alte Menschen aus unterschiedlichen Motivationen sportlich betätigen können und dies auch tun. Diese Leistung, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist mit Geld überhaupt nicht aufzuwiegen und verdient unsere besondere Hochachtung.

(Beifall bei der CDU)

Das Engagement und der Einsatz dieser Mitarbeiter ermöglichen, daß neben dem Freizeit- und **Breitensport** auch der **Leistungssport** in Schleswig-Holstein weiterhin ein beachtliches Niveau hat. Wir begrüßen, weil es auch für die Vereine wichtig ist, daß die Landesregierung – das hat der Herr Kultusminister eben noch einmal vorgetragen – auch dem **Schulsport** einen besonderen Stellenwert gibt; denn je intensiver er betrieben wird, desto stärker wird auch die Motivation für junge Leute, Mitglieder in Vereinen zu werden und sich dort aktiv sportlich zu betätigen.

Mit der qualifizierten **Ausbildung** der dafür erforderlichen Lehrkräfte sind insbesondere im **Institut für Sportwissenschaft** die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Diese werden durch wissenschaftliche Forschung über die verschiedensten Aspekte des Sports ergänzt. Für die koordinierende Zusammenarbeit aller Beteiligten am Sportgeschehen sorgen die intensiven Beratungen der **Landessportkonferenz**.

Lassen Sie mich abschließend folgendes feststellen. Wer in Schleswig-Holstein über Sport spricht, kann dies mit besonderem Stolz tun. Dies ist das Ergebnis einer harmonischen und dauerhaften Zusammenarbeit zwischen **Sport und Politik**. Für die bemerkenswerte Übereinstimmung und gute Zusammenarbeit auch über die Fraktionsgrenzen in diesem Hause hinweg bedanke ich mich an dieser Stelle namens meiner Fraktion bei den Kollegen der anderen Fraktionen.

(Beifall bei der CDU)

Dem Landessportverband und seinen Vereinen und Verbänden sowie allen Sportlern in Schleswig-Holstein wünsche ich auch in Zukunft ein erfolgreiches Wirken. An unserer Mithilfe daran soll es nicht fehlen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Frank.

Frank [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will aufgrund der Geschäftslage versuchen, das Thema in Kürze zu behandeln. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Vorlage des Berichts über die **Lage des Sports** in unserem Lande und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Eingangs möchte ich bemerken, daß das breite Feld des Sports – wie ich glaube – kein Bolzplatz für politische Auseinandersetzungen sein muß. Das Fair play im Sport kann auch hier für die Politik Anwendung finden. Denn – ich glaube, das darf ich feststellen – wir alle stehen für den Sport ein.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf zunächst feststellen, daß der Bericht sehr umfangreich ausgefallen ist und in ihm die wesentlichen Bereiche des Sports dargestellt worden sind. Dafür möchte ich danken.

Wir von der SPD haben in unseren sportpolitischen Leitsätzen bekräftigt, daß jeder Mitbürger die Chance erhalten muß, den Sport nach individuellen Neigungen und Talenten auszuformen, und zwar bis hin zur Höchstleistung. Es ist nur gerecht, wenn wir bei knapper werdenden **Förderungsmitteln** sagen: Zunächst muß dort geholfen werden, wo Hilfe am dringlichsten ist, also beim Kinder- und Jugendsport, beim Sport für Behinderte, beim Sport für ältere Mitbürger, ins-

(Frank)

gesamt dort, wo der Sport wichtige pädagogische, soziale und humane Hilfe bedeutet.

Zusammen mit dem Schul- und dem Hochschulsport müssen die zukünftigen Schwerpunkte der öffentlichen Sportförderung eindeutig im allgemeinen **Breiten- und Freizeitsport** liegen. Bau und Unterhaltung vielfältig nutzbarer Sportanlagen bleiben auch in einer Phase vielfach beengter Staats- und Gemeindefinanzen eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Allerdings ist auch die maximale **Nutzung der Sportanlagen** ein Gebot der Stunde. Dies betrifft die intensive Nutzung von Schul- und Hochschulsportanlagen durch Vereine, Sport- und Freizeitgruppen auch in der Ferienzeit. Den Luxus unzureichend genutzter Sport- und Freizeitanlagen können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört, daß Sportstudenten und Sportlehrer in noch stärkerem Maße für den Vereins- und den Freizeitsport gewonnen werden. Vor allem für Kinder und Jugendliche ist ein frühzeitiger, qualitativ **hochwertiger Sportunterricht** von großer Bedeutung.

Ich möchte in meiner Stellungnahme einmal sehr deutlich die hervorragende Arbeit und Stellung der Träger des Sports, nämlich der **Vereine und Verbände**, hervorheben. Was wäre der Sport in unserem Land ohne das vielseitige ehrenamtliche Engagement der vielen Mitarbeiter in den Vereinen und den Sportorganisationen! Der Sportverein in unserer heutigen Zeit ist - ich glaube, das kann man feststellen - „in“.

Wie sieht das Leben und Wirken in den Sportvereinen denn nun wirklich aus? In Schleswig-Holstein gibt es über 2 000 Vereine mit über 700 000 Einzelmitgliedern. Fast jeder dritte Bürger in unserem Land betreibt somit seinen Sport in seinem Verein. Sport im Verein war noch nie so gefragt wie in der heutigen Zeit. Die Gründe dieser erfreulichen Entwicklung sind vielfältig. Die Bürger sind in den letzten Jahren gesundheits-, natur- und sportbewußter geworden. Den Wunsch nach Sport, Bewegung und menschlicher Begegnung erfüllen unsere Vereine - auch das darf man, glaube ich, sagen - fast ideal.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben Programme für Wettkämpfer, für den Freizeit- und Breitensportler, für Männer und Frauen, für Kinder und ältere Menschen, für Ehepaare und Familien, für Behinderte und für ausländische Mitbürger. Jeder Bürger kann aber auch in fachlicher Hinsicht in diesen Vereinen auf seine Kosten kommen. Im nördlichsten Bundesland, in Schleswig-Holstein, werden von den Vereinen 38 verschiedene **Sportarten** angeboten. Das entspricht ebenfalls ungefähr dem Gesamtangebot des Sports in der Bundesrepublik.

Dabei hat sich in den letzten Jahren eine auffällige Wandlung vollzogen. Immer stärker entwickeln die Vereine entsprechend dem Wunsch ihrer Mitglieder sogenannte **fachübergreifende Programme**.

Sport für Ehepaare, für die ganze Familie ist nicht mehr ausschließlich Fußball, Turnen, Handball oder Schwimmen, - um nur einige Beispiele zu nennen. Vielmehr gibt es auch - das nenne ich ebenfalls beispielhaft - ein mehrfaches Stundenpaket Turnen, Spielen und Schwimmen. Das gemeinsame Erlebnis und die Freude an der Bewegung stehen dabei im Mittelpunkt. Die Sportart ist dabei erst in zweiter Linie entscheidend.

Die Sportvereine haben sich für alle geöffnet; ich glaube, auch das darf man feststellen. Sie machen Angebote für Bürger, die etwas gegen Vereinsmeierei haben, die in Gemeinsamkeit etwas verwirklichen wollen, was übrigens in einer Demokratie das legitime Recht des einzelnen ist. Das Programm für diesen Kreis sind Sportkurse. Allerdings stellen wir auch immer wieder fest, daß diejenigen, die an solchen zeitlich begrenzten Kursen teilgenommen haben, anschließend engagierte Vereinsmitglieder werden.

Die Turn- und Sportvereine vermitteln nicht nur das herrliche Erlebnis Sport, sie vermitteln vielmehr auch soziale Kontakte. Professor Thomas Ellwein erklärte zu dieser Funktion der Vereine anlässlich des Bundestages des Deutschen Sportbundes in Bremen, daß der organisierte **Sport** in der Bundesrepublik die wohl größte **Nachbarschaftsbewegung** darstelle, die er in der Geschichte und in der Gegenwart kenne. Ich meine, daß der Sport auf diese Aussage eines Wissenschaftlers durchaus auch ein bißchen Stolz sein kann.

Die sozialen Kontakte ergeben sich bei zahlreichen sportlichen Begegnungen, aber auch bei geselligen und gesellschaftlichen Veranstaltungen der Vereine, sei es das Stiftungsfest, der Bastelnachmittag, die Skatrunde, der Kaffeenachmittag oder gar der Beatabend. Mit ihrem umfassenden Angebot von Sport und Geselligkeit sind die Vereine oftmals der kulturelle Mittelpunkt in den kleinen Städten und in den Gemeinden. Für die jugendlichen Mitglieder werden in den Sommerferien, wenn der Sportbetrieb ruht, Ferienmaßnahmen angeboten.

Nicht wenige Sportvereine pflegen Kontakte zu ausländischen Sportgruppen. In jährlichem beziehungsweise zweijährlichem Rhythmus besucht man sich gegenseitig. Im Zeitalter der Konfrontation hat sich hier auf der Ebene der Sportvereine eine beträchtliche Anzahl von **internationalen Freundschaften** entwickelt.

Es ist beinahe ein kleines Wunder, daß das Leben in den Vereinen im Grunde so reibungslos funktioniert, wenn man berücksichtigt, daß die Beiträge, die an die Vereine zu leisten sind, nicht überhöht sind. Es ist in der Regel so, daß auch hier Sozialstaffelungen in Form von Ermäßigungen geboten werden. Daß alles reibungslos klappt, daß Kinder betreut, Mannschaften trainiert, Feste vorbereitet und Vereinsmeisterschaften durchgeführt werden, liegt allein im **ehrenamtlichen Element** der Basis unseres Sports. In Schleswig-Holstein hat eine Umfrage ergeben, daß sich um die über 700 000 Mitglieder über 65 000 Mitarbeiter freiwillig und überwiegend unentgeltlich in den verschiedenen Bereichen der Sport-

(Frank)

vereine bemühen. Das ehrenamtliche Element und die gleichbleibende Einsatzfreude der Mitarbeiter sind die einfache Erklärung für das Funktionieren dieses Vereinslebens.

Wie wird es weitergehen? Ich glaube, im Grunde wird es so weitergehen wie bisher. Dabei müssen sich die Vereine wie auch früher den veränderten Umweltbedingungen anpassen. Die Zeit explosiver Mitgliederzuwächse dürfte vorbei sein. Der Geburtenrückgang macht sich auch im Sport bemerkbar. Andererseits entdecken aber immer noch mittlere Jahrgänge – überwiegend Frauen – ihr Herz für den Sport und den Sportverein, der die ideale Verbindung von körperlicher und geistiger Entfaltungsmöglichkeit bietet und zum Mitmachen – auch als Betreuer – in vielerlei Hinsicht anregt.

Die sogenannten **Freizeitsportanlagen** werden weiter an Bedeutung gewinnen. Die Aufgabe der Zukunft für die Vereine und in erster Linie für die Verbände ist es, für die vielen Mitglieder qualifizierte Übungsleiter, Trainer und Sportlehrer zu bekommen. Das ist die Herausforderung an den Sport in seiner Gesamtheit. Die **Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern** wird in den Verbänden deswegen immer mehr in den Vordergrund gerückt werden müssen als bisher. Die Aufgaben der Vereine, die auch gesellschaftspolitischer Art sind, werden nämlich in Zukunft sicher noch sehr viel mehr zunehmen.

An dieser Stelle sagen ich allen im Sport verantwortlich Tätigen im Namen meiner Fraktion Dank und Anerkennung für ihren beispiellosen Einsatz zum Wohle der Jugend und der Allgemeinheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf einmal feststellen: Was wären der Sportverein und das Leben im Sportverein selbst ohne diesen Einsatz der ehrenamtlichen Mitarbeiter?

Der vorgelegte Bericht macht deutlich, daß der **Sport** in unserem Land ein **Selbstverwaltungsorgan** ist.

Die Vereine, die Fachverbände, die Kreissportverbände und der Landessportverband sind auf ein gegenseitiges partnerschaftliches Verhältnis mit den Gemeinden, Städten, Kreisen und dem Lande Schleswig-Holstein angewiesen. Diese Partnerschaft ist in unserem Lande auf allen Ebenen – das darf man, glaube ich, ebenfalls feststellen – als gut zu bezeichnen.

(Beifall des Abgeordneten Hadewig [F.D.P.])

Die globalen Finanzzuweisungen für den Sport durch das Land an den Landessportverband und die damit verbundene Verteilung auf Verbände und Vereine geschieht damit in echter Eigenentscheidung des Sports. Das ist gut so.

Hervorzuheben wäre noch die Unterstützung der **Gemeinden und Städte** gegenüber den Vereinen. Dabei ist aber vielleicht noch zu bemerken – und dafür gibt es hier und dort Beispiele –, daß die Nutzung der Sporthallen für die Vereine grundsätzlich kostenlos sein sollte.

Nach dem vorliegenden Bericht ist im Bereich des Freizeit- und Breitensports ein erheblicher Mitgliederzuwachs eingetreten. Es gibt dabei im **Wassersport** erhebliche Probleme. Belastungen von Uferbereichen an See und Flüssen durch Wassersportler sind erkennbar. Hier muß vor **Umweltbelastungen** gewarnt werden. Wir begrüßen es daher auch, daß der Landessportverband eine Kommission eingesetzt hat, die die belastenden Ursachen des Wassersports untersuchen und entsprechende Vorschläge zur Abhilfe machen soll. Wir werden diesen Bereich für die Zukunft besonders beobachten und ihn uns vornehmen.

Der Bericht sagt aus, daß im **Schulsport** an allgemeinbildenden Schulen eine Verbesserung gegenüber dem Stand des Berichts vor vier Jahren eingetreten sei. Leider werden an unseren Schulen immer noch erhebliche Defizite an Sportstunden registriert. Das Übel beginnt bei der Stundenzahl, die dem Sport in der Schule überhaupt zugestanden wird; es setzt sich fort bei dem Mißverhältnis zwischen den geforderten Sportstunden einerseits, den tatsächlich angebotenen und den am Ende schließlich gehaltenen Sportstunden andererseits. Hier fordern wir energisch, daß Abhilfe geschaffen wird.

(Beifall bei der SPD)

Sehr wichtig ist auch der Sportunterricht für unsere **behinderten Schüler**. Es soll nicht verkannt werden, daß hier in den vergangenen Jahren Anstrengungen zur Verbesserung der Situation unternommen worden sind. Aber es bleibt doch ganz Erhebliches für den Behindertenschulsport zu tun. Für eine deutliche Verbesserung werden wir uns einsetzen.

Der Bericht stellt eindeutig die erheblichen Mängel im Hinblick auf den **Sportunterricht** an berufsbildenden Schulen fest. Der Sportstundenausfall ist dabei ganz erheblich. An einigen **Berufsschulen** wird kaum Sport als Unterrichtsfach gegeben. Dieser schlimme Zustand war bereits in dem Bericht vor vier Jahren festgestellt worden. Zwischenzeitlich hat sich dabei wenig zum Vorteil der Schüler geändert. Gerade für den Berufsschüler ist der Sportunterricht von größter Bedeutung, damit durch den Sport die Belastungen der oft einseitigen beruflichen Tätigkeit ausgeglichen werden können. Dieser unhaltbare Zustand muß schnellstmöglich abgeschafft werden.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Die Gleichstellung der berufsbildenden Schulen mit den übrigen Schulen hinsichtlich der Erteilung des Sportunterrichts ist unverzüglich sicherzustellen. Ich verweise hierzu auf meine Forderungen in der Landtagsdebatte zum Sportbericht am 9. März 1979 auf der Seite 5695 des Plenarprotokolls über die 83. Sitzung. Der Katalog der Forderungen, die bereits damals eingebracht worden sind, ist heute nach wie vor gültig.

Abschließend möchte ich die positive Arbeit der **Landessportkonferenz** würdigen. Die Mitglieder der Landessportkonferenz haben zu den Themen – erstens – der haupt- und nebenberuflichen Mitarbeiter im Bereich des Sports und – zweitens –

(Frank)

Sport mit Behinderten in Schleswig-Holstein Grundlagen und Richtlinien erarbeitet, die zukunftsweisend angelegt sind. Das gute partnerschaftliche Verhältnis zwischen Sport, Politik, Wissenschaft, Kommunen und dem Land ist für die Arbeit der Landessportkonferenz bezeichnend.

Mit dem Blick auf uns alle darf ich – glaube ich – folgendes feststellen:

Sport ist ein unverzichtbarer Teil der Gesellschaftspolitik.

Sport trägt zu mehr Lebensqualität bei.

Sport leistet einen Beitrag zu einem sozialen und gerechten Bildungs- und Gesundheitssystem.

Für mich und für meine Fraktion hat Sport einen Anspruch auf allseitige staatliche und gesellschaftliche Förderung. Laßt uns gemeinsam weiterhin für den Sport wirken und dem Sport dienen.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hadewig.

Hadewig [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Ausführungen im Rahmen der sportpolitischen Debatte möchte ich den ausdrücklichen Dank an Ihre Mitarbeiter richten, Herr Minister, die Ihnen ja die Zuarbeit für diesen recht umfangreichen **Sportbericht** geliefert haben. Ich halte es für wichtig, dies hervorzuheben, denn ich weiß auch aus Gesprächen, daß einiges an Arbeit nötig war, um dieses Vorhaben zustandezubringen. Es ist vielleicht auch angebracht, nicht immer nur dem Herrn Minister zu danken, sondern auch den Mitarbeitern seines Hauses.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich glaube, daß das auch ganz in Ihrem Sinne liegt.

Dieser Bericht, Herr Kollege Stich, knüpft ja an den Bericht der letzten Wahlperiode vor vier Jahren an, als ich nämlich einen Berichts Antrag gestellt hatte, einen Antrag, der aber nicht nur einen Satz mit der Forderung nach einem solchen Bericht enthielt, sondern der zugleich konkrete Bereiche des Sports ansprach.

Der Bericht der Landesregierung weist aus, daß der Sport in Schleswig-Holstein sowohl als Breiten- wie auch als Spitzensport in den letzten Jahren eine recht beachtliche Entwicklung genommen hat. Dies ist vor allem den vielen **Sportvereinen** in unserem Lande sowie der häufig aufopferungsvollen Tätigkeit der haupt- und nebenamtlichen Übungsleiter und der **ehrenamtlichen Helfer** und Funktionsträger in diesen Vereinen zu danken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ohne diese beträchtliche aufopferungsvolle ehrenamtliche Arbeit wären wir im Sport nicht so weit, meine Damen und Herren, wie wir heute sind.

Die Freien Demokraten räumen dem Sport einen hohen gesellschaftspolitischen Rang ein. Er entspricht der großen Bedeutung des Sports für die Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik. In unserer freiheitlichen Gesellschaft kann der Sport Aufgaben lösen, die unsere Gesellschaft als Ganzes angehen. Ich möchte das einmal auf die Formel bringen: Sport ist auch Lebenshilfe!

(Beifall bei der F.D.P.)

Dem Sportverein kommt dabei besondere Bedeutung zu. Der moderne Sportverein bietet ebenso Freizeit- wie auch Leistungssport an. Deshalb ist eine **Unterstützung** der Sportvereine durch **Land und Gemeinden** von grundlegender Bedeutung.

Meine Damen und Herren, es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Sport vor allem in den letzten Jahren einen beträchtlichen **Mitgliederzuwachs** zu verzeichnen gehabt hat. Am 1. Januar 1982 gehörten dem LSV 2119 Vereine mit insgesamt 729 000 Mitgliedern an; das sind fast 28 % der Bevölkerung. Somit kann man sagen: Der Sport stellt die größte Bürgerinitiative im Lande Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie wissen, daß die Freien Demokraten Bürgerinitiativen, wenn sie berechnete Anliegen vertreten, sehr ernst nehmen.

(Neitzel [F.D.P.]: Auch wenn sie weniger als 28 % vertreten!)

– Natürlich; aber der Landessportverband ist doch schon eine ganze Wucht, nicht wahr?

Der Sportbericht macht auch deutlich, wo die Schwachstellen des Sportangebots in unserem Lande liegen: das ist der **Schulsport**, insbesondere das Angebot an Sportunterricht in den berufsbildenden Schulen. Wer den Mund zu voll nimmt, Herr Minister, darf sich nicht wundern wenn er sich verschluckt.

(Beifall bei der F.D.P. – Neitzel [F.D.P.]: Sehr gut!)

Damit meine ich Sie nicht persönlich – damit wir uns richtig verstehen.

Der ehemalige Ministerpräsident Stoltenberg hatte in seiner Regierungserklärung zu Beginn der Wahlperiode angekündigt – im Bericht wird dies auch zitiert; ich möchte das Zitat wiedergeben –:

„Das Ziel ist, an den allgemeinbildenden Schulen drei Stunden Sportunterricht pro Woche zu geben; für alle Berufsschüler, die mehr als acht Wochenstunden Unterricht erhalten, soll Sport fester Bestandteil des Unterrichts werden.“

Klar gesagt: Dieses Ziel ist von der CDU-Fraktion nicht erreicht worden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD – Neitzel [F.D.P.]: So ist es!)

Sie geben das ja indirekt auch durchaus zu. Wir neigen aber dazu, die Zahlenangaben, die Sie in dem Bericht

(Hadewig)

machen, sehr viel vorsichtiger zu interpretieren, als Sie es tun. – Also, Herr Kollege Latendorf: Wenn Du hier dauernd Krawatten vom Sportverband verteilst, vergiß mich nicht dabei!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich sehe, daß Deine Krawatten nun langsam zu Ende gehen.

Zwei, drei Stunden Sportunterricht in der Woche werden im Landesdurchschnitt im Schuljahr 1982/83 an den Grundschulen erteilt. Das ist – das muß ich zugeben – ein Schritt nach vorn, aber es ist noch ein gutes Stück von dem Ziel dreier Wochenstunden entfernt.

Was hat es mit dem **Schulsonderturnen** auf sich? Zitat:

„Dieses zusätzliche Unterrichtsangebot zur Vermeidung und Beseitigung von Haltungs- und Koordinationsschwächen wird von besonders ausgebildeten Lehrern durchgeführt.“

So heißt es in dem Bericht. Und stolz wird darauf verwiesen:

„Die Aufnahme des Schulsonderturnens in die Stundentafel war für die Bundesrepublik seinerzeit beispielhaft.“

Aber wie weit dieses Angebot wirklich reicht, wo es möglicherweise auch noch Schwachstellen gibt, dazu sind konkrete Aussagen in diesem Bericht nicht enthalten.

Meine Damen und Herren, es wird in diesem Bericht dargestellt, daß es beim Sport noch einen fächerspezifischen Unterrichtsausfall gibt. Das liegt an dem **Lehrermangel** für Sport. Ich möchte das auch hier wieder mit einem Zitat betonen:

„Es herrscht jedoch noch immer ein Mangel an gut ausgebildeten Sportlehrkräften. Besonders betroffen davon sind die Lernbehinderten-Schulen. Der Lösung dieser Aufgabe werden wir uns in den kommenden Jahren verstärkt widmen müssen.“

Herr Minister, wir sind gern bereit, Ihnen dabei behilflich zu sein, falls Sie unsere Hilfe in Anspruch nehmen wollen.

Ein besonders ernstes Kapitel ist der **Sport an berufsbildenden Schulen**. Die Landesregierung kommt ja auch nicht umhin, dies in ihren Bericht darzustellen. Die Landesregierung hat jetzt einen Lehrplanentwurf „Sport an berufsbildenden Schulen“ vorgelegt. Das ist wichtig und gut, erreicht aber natürlich nicht das, was beabsichtigt ist. Mit diesen Plänen verändert man die beklagenswerte Situation vor Ort noch nicht. Und wenn ein besonderer Lehrplanentwurf von Herrn Bernhardt unter der Überschrift „Landesregierung verbessert Sportunterricht an berufsbildenden Schulen“ an die Presse verkauft wird, so ist das zunächst nur Augenwischerei. Tatsache ist nämlich, und das wird auch in dem Bericht genannt, „daß fast zwei Drittel aller Schüler an den

berufsbildenden Schulen keinen Sportunterricht erhalten.“

Ich selbst habe eine kleine Anfrage dazu an die Landesregierung gerichtet und u.a. um Angabe über die Unterrichtsversorgung, das Stundenfehl und den Unterrichtsausfall im Fach Sport für den Bereich der berufsbildenden Schulen gebeten. Als Antwort erhielten wir leider nur Ausflüchte. Im Gegensatz zu den Erhebungen bei den allgemeinbildenden Schulen werde eine fächerspezifische Erhebung im Berufsschulbereich nicht durchgeführt, antwortete der Herr Minister. Konkretes wurde uns leider nicht mitgeteilt. Ich habe zum Beispiel durch einen Besuch in Plön und an anderen berufsbildenden Schulen auch das herausbekommen. In Plön wird überhaupt kein Sportunterricht an den berufsbildenden Schulen erteilt. – Wir hätten erwartet, daß auch solche konkreten Fakten hier aufgeführt werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nun noch stichwortartig zum Schluß! Auf Seite 5 dieses Berichts steht:

„Ein wichtiger Bestandteil der Sportjugendarbeit ist die Jugenderholung.“

Es wird dabei aber verschwiegen, daß die Mittel des Landes für diesen Bereich gerade im letzten Jahr drastisch zusammengestrichen worden sind. Auch das hätte hier der Ehrlichkeit halber hineingehört.

Wir vermissen in diesem Bericht Aussagen zum Beispiel über den **Sport** mit und für **Ausländer**. Wir sind der Auffassung, das ist ein besonders wichtiger Bereich. Ich möchte auf einen Bericht in der „Frankfurter Rundschau“ vom 22. Februar verweisen, wo der Besuch einer bundesdeutschen Sportmannschaft in der Türkei geschildert wurde. Diese Sportmannschaft mußte sich dort von Mitgliedern eines türkischen Vereins, den sie besucht hat, einige Kritik anhören. Ich möchte ein Zitat aus dieser Zeitung bringen:

„Daß Ausländer in bundesdeutschen Vereinen gern gesehen werden, ist die Ausnahme.“

Wenn so etwas im Sportteil einer Zeitung steht, muß das zu denken geben. Ich meine, hier ist noch eine wichtige Aufgabe zur Integration der ausländischen Mitbürger, aber auch zur Völkerverständigung. Wir sind der Meinung, auf diese Aufgabe muß mehr Augenmerk als bisher gerichtet werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir sind der Meinung – ich habe das in der ersten Lesung zu diesem Berichtsantrag auch angesprochen –, daß der **Sport im Strafvollzug** hier hätte behandelt werden müssen. Gerade auch zu diesem Bereich liegen in anderen Bundesländern teilweise interessante Erfahrungen vor, die unsere Aufmerksamkeit verdient hätten.

Ich komme zum Schluß. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Bereich des Sports auch in diesem Hause hinweisen. Ich habe hier einige kritische An-

(Hadewig)

merkungen hervorgehoben, möchte aber betonen, daß ich bei den Ausführungen des Herrn Ministers an verschiedenen Stellen Beifall gependet habe. Ich brauche also die positiven Darstellungen nicht zu wiederholen. Auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Landessportkonferenz ist gut. Wir als F.D.P.-Vertreter haben ja auch daran mitgewirkt, daß einstimmige Beschlüsse zustande gekommen sind.

Insgesamt hat sich der Sport in Schleswig-Holstein im Berichtszeitraum positiv entwickelt. Wir Liberalen sind bereit, weiter daran mitzuwirken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Darf ich eben mal einen Satz außerhalb der Tagesordnung sagen? Gestern äußerte die Regierung den Wunsch, einmal Mitglieder der Wahlkampfmannschaft von Björn Engholm hier im Hause zu sehen. Als wir soeben den letzten Tagesordnungspunkt behandelten, war einer da. Ich weiß nicht, ob das ein Resultat ist, das die Regierung für sich verbuchen kann, oder eine sportliche Leistung seitens der Wahlkampfmannschaft von Björn Engholm. Ich möchte bloß registriert haben, daß das Parlament bemerkt hat, daß hier ein Wunsch der Regierung in Erfüllung gegangen ist.

(Stich [CDU]: Hat aber offensichtlich nicht viel Luft, ist schon wieder weg!)

– Ja, aber er war eben da. Und ich habe nicht gemerkt, daß die Regierung überhaupt konstatiert hat, daß ihr Wunsch in Erfüllung gegangen ist. Nur deswegen meine Anmerkung.

Nun zum Thema, zur Lage des Sports: Die Entwicklung des Sports in diesem Lande zeigt eine erfreuliche Zunahme innerhalb aller sportlichen Aktivitäten. Wenn etwa 28 % der Bevölkerung sich in irgendeiner Weise sportlich betätigen, kann man sicher von einer Breitenbewegung sprechen.

Erfreulicherweise hält der **Zuwachs an Mitgliedern** in den Sportverbänden des Landes weiterhin an. Auch die Zahl der Vereine, in denen sich Sportler organisieren, nimmt weiter zu. Die im Bericht angeführten Zahlen beweisen augenfällig, daß die Menschen in diesem Lande sportliche Betätigung in zunehmendem Maße in ihre Freizeitgestaltung einbeziehen.

Die Bedeutung des Sports in dieser Hinsicht ist unübersehbar. Einmal dient die durch die sportlichen Disziplinen hervorgerufene Bewegung in jeder Form einer gesundheitlichen Prophylaxe. Der Sport hat deshalb eine gesundheitspolitische Bedeutung. Gerade dieser Funktion muß in einer Zeit zunehmender Bewegungsarmut und steigender Kreislauf-erkrankungsanfälligkeit eine eminente Bedeutung beigemessen werden.

Als Argument für die Berechtigung der zunehmenden staatlichen Förderung bedeutet das mit anderen Worten, daß jede Mark, die der Staat in die **Sportförderung** investiert, nicht nur der Finanzierung eines Hobbys breiter Bevölkerungskreise dient, sondern gleichzeitig eine Ersparnis im Gesundheitsbudget der Gesellschaft bedeutet. Diese Erkenntnis ist vielleicht banal, ich meine aber, daß sie gerade in einer Zeit finanzieller Schwierigkeiten einmal ausdrücklich erwähnt werden sollte.

Sport, das heißt, Breitensport, Schulsport und Behindertensport, muß in unmittelbarem Zusammenhang mit der **Gesundheitspolitik** gesehen werden. Vor diesem Hintergrund sind die aufgezeigten Resultate begrüßenswert. Sie sind aber, ebenfalls vor diesem Hintergrund, immer noch nicht als ein abgeschlossenes Kapitel sportlicher Entwicklung zu betrachten. Hier geht es nämlich primär nicht um Zahlen, um Rekorde bei den Mitgliederzahlen, der Anzahl der Vereine oder der fertiggestellten neuen Sportstätten; hier geht es in erster Linie um den Menschen als solchen. Es steht im Mittelpunkt unserer Bestrebungen, den Menschen dieses Landes von Jugend an bis in das Rentenalter die Möglichkeit zur sinnvollen Betätigung zu geben.

Dieser Gesichtspunkt ist von besonderer Bedeutung in einer Zeit, in der eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht und Möglichkeiten einer Arbeitszeitverkürzung ernsthaft diskutiert werden. Die Folge einer zukünftigen Entwicklung hin zu größerer Freizeit erhöht weiter die Bedeutung des Sports als gesellschaftlich relevanten Faktor. Das bedeutet andererseits ein vorprogrammiertes weiteres Wachstum der Zahl organisierter Sportler, ein weiteres Anwachsen der Sportvereine und – daraus folgend – erforderliche **Investitionen** für den Bau und den Betrieb von **Sportstätten**.

Es bringt aber auch ohne Zweifel die Notwendigkeit einer verstärkten persönlichen Erziehung mit sich, damit die positiven Inhalte sportlicher Betätigung immer breiteren Schichten der Bevölkerung dargestellt werden können. Der Mensch muß seine Freizeit sinnvoll und für sich nutzbringend verwerten können. Er muß gerade in einer immer mehr anonymen Arbeitswelt wieder das Erlebnis der Gemeinschaft mit anderen erleben können und das Gefühl vermittelt bekommen, daß er als selbständige Persönlichkeit in der Lage ist, individuelle Leistung und eigene Selbstverwirklichung erreichen zu können. Wo kann er dies besser als durch den Sport?

So dient der Sport der Gesellschaft, der Gesundheit und der Gemeinschaft gleichermaßen. Er lebt vom Engagement der ihn Betreibenden, und gerade dies halte ich für äußerst wichtig.

Ohne das große Herr der vielen **ehrenamtlichen Helfer** in den Vereinen wären die erreichten Ergebnisse undenkbar. Diese gute Basis muß auch in Zukunft bewahrt werden. Nur wenn sie verbreitert werden kann, wird der Sport in Zukunft die ihn erwartenden Aufgaben meistern können. Es sollte nicht dazu kommen, daß auch die sportliche Bestätigung zu einer Art Konsumangebot wird, das man als

(Meyer)

Verbraucher fertig verpackt als Marke Ware in Anspruch nimmt. Wenn das einmal der Fall sein sollte, wäre die Sportpolitik fehlgeschlagen. Der Sport lebt nämlich als gesellschaftlicher Faktor vom aktiven Mitwirken aller ihn Ausübenden.

Damit dies auch in Zukunft so bleiben kann, wird auch der SSW dem Sport seine uneingeschränkte fortgesetzte Unterstützung geben. Wir danken allen, die hier helfend mitwirken.

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen zu Punkt 17 der Tagesordnung liegen nicht mehr vor. Zu diesem Punkt sind keine Anträge gestellt worden. Ich schließe damit die Debatten.

Ich rufe jetzt den Punkt 18 der Tagesordnung auf:

Einzelfragen der Hauptschule

Landtagsbeschluß vom 26. November 1981

Drucksache 9/1268 (Konzeption zur Chancengleichheit und Humanisierung in der Hauptschule)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 9/1800

Ich erteile dem Herrn Kultusminister das Wort.

Dr. Bendixen, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den jetzt aufgerufenen Tagesordnungspunkt gilt ähnliches wie für den vorherigen. Wir sind gehalten, uns kürzer zu fassen als angemeldet. Ich werde daher auch eine relativ kurze Darstellung über den Bereich geben, den wir Ihnen zur **Situation der Hauptschule** und zu vier konkreten Einzelfragen vorgelegt haben. Diese Fragen sind: die Auswirkungen der Hauptschulordnung auf die Anzahl der Klassenwiederholungen in der Hauptschule, Erfahrungen mit der Tätigkeit der Beratungslehrer, die Zusammenarbeit von Elternhaus und Hauptschule und die schulaufsichtliche Beratung innerhalb der Hauptschule.

Erlauben Sie mir aber zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen auch im Zusammenhang mit den anderen Punkten und Teilen des Änderungsantrages der CDU-Fraktion.

Wir haben in den vergangenen Jahren versucht, die Hauptschule systematisch auszubauen. Für uns war die Hauptschule immer einer der wesentlichsten Teile unseres gegliederten Schulwesens, und wir haben versucht, Schwerpunkte zu setzen. Lassen Sie mich einige Einzelheiten nennen, von denen wir überzeugt sind, daß sie zur Selbständigkeit, zum Ausbau und zur Festigung der Hauptschule beigetragen haben.

Unsere Hauptschüler werden heute in unseren ländlichen Gebieten in ortsnahen, heimatverbundenen und in der Regel überschaubaren Schulen in Jahrgangsklassen unterrichtet. Dies erspart dem Hauptschüler lange Schulwege und ermöglicht ihm ein gemeindebezogenes Bildungsangebot, das die

Erfahrungs- und Erlebniswelt der Schüler in den Unterricht einbezieht. Wir haben dafür gesorgt, daß die heute vorhandenen **Schulstandorte** auch bei geringer werdenden Schülerzahlen erhalten bleiben können. Ich möchte noch einmal für die Landesregierung nachträglich feststellen, daß dies auch Leitlinie der zukünftigen Regierungspolitik bleiben wird.

Unsere Hauptschüler haben heute im ganzen Lande überwiegend **moderne Schulanlagen** zur Verfügung, die in der Ausstattung mit Fachräumen und Turnhallen – bezogen auf die Anforderungen der Lehrpläne der Hauptschule – den anderen weiterführenden Schularten nicht nachstehen.

Unsere Hauptschüler können in kleinen Klassen unterrichtet werden. Im Schuljahr 1982/83 beträgt die **Durchschnittsklassenfrequenz** 23,1 Schüler, 67 % aller Klassen der Hauptschule haben unter 25 Schüler, 96 % unter 31 Schüler. Diese gezielte Aktion hat die Unterrichtsbedingungen in unseren Klassen vor Ort für Lehrer und für Schüler wesentlich verbessert. Es sind nur noch ganz wenige Klassen – weniger als in allen anderen Schularten –, die mehr als 31 Schüler aufweisen.

Unsere Hauptschüler werden heute von Lehrern unterrichtet, die an einer wissenschaftlichen Hochschule mit Praxisbezug ausgebildet werden und anschließend einen Vorbereitungsdienst durchlaufen. Die Einführung des Drei-Fächer-Lehrers auch in Schleswig-Holstein, nachdem andere Bundesländer diesen Schritt schon gegangen sind, wird dazu beitragen, daß der **Lehrer** in der Hauptschule gerade auch in seiner Funktion als Klassenlehrer mit mehr Unterricht in seiner Klasse eingesetzt werden kann, um den Schüler so genügend Hilfe durch Erziehung und Zuwendung zu vermitteln.

Unsere Hauptschüler erhalten heute einen **Unterricht**, der konkret-anschaulich und erlebnisbetont ist und aus dem praktischen Handeln heraus entwickelt wird. In ihm kommen Übung, Wiederholung und Förderung gerade auch in den Kulturtechniken nicht zu kurz. Wir haben durch unsere jüngst herausgegebenen Entwürfe für die Übersicht der Lehrpläne für die Grund- und Hauptschulen diesen Akzent des Übens, des Wiederholens, gerade auch im Bereich der Kulturtechniken, noch einmal nachdrücklich herausgestrichen.

Unsere Hauptschulen haben heute eine **Stunden-tafel** zur Verfügung, die ihnen viel Raum für eigene Gestaltung läßt, mannigfaltige Unterrichtsformen und eine vielseitige Förderung des Hauptschülers ermöglicht.

Mit der Einführung der neuen Übersichten zu den **Lehrplänen** der Hauptschule stehen wieder für alle Fächer Grundlagen zur Verfügung, die den Lehrkräften eine beispielhafte Arbeit mit viel Stützen und Fördern ermöglichen. Die Hauptschüler werden heute wesentlich besser auf den Eintritt in die Berufs- und Arbeitswelt vorbereitet. So nehmen zum Beispiel alle Hauptschüler im Rahmen neuer Lehrpläne für das Fach Wirtschaft/Politik an einem Berufs-

(Minister Dr. Bendixen)

wahlunterricht teil, zu dem auch ein Betriebspraktikum gehört.

(Dr. Lohmann [SPD]: Aber sehr viel schneller haben sich auch die Ausbildungschancen verschlechtert!)

– Das hat nichts mit unseren Hauptschulen und den Betriebspraktiken zu tun. Wir haben gerade versucht, hierzu ein Stück Verbesserung zu veranlassen, Herr Kollege Lohmann, und wir sind zuversichtlich, daß die neue Bundesregierung die Rahmenbedingungen so gestalten wird, daß gerade auch die Berufschancen der Hauptschüler sich mittelfristig erheblich verbessern können.

(Beifall des Abgeordneten Hahn [CDU])

Heute verlassen erheblich weniger Schüler die Hauptschule ohne Abschluß, obwohl die Anforderungen an den Abschluß nicht gesenkt werden: bezogen auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung 1970 – 12,4 %, 1982 – 4,3 %; bezogen auf den Anteil der Schulentlassungen aus den Hauptschulen 1970 – 24,8 %, 1982 – 11,3 %. Wir sind also hier – bezogen auf beide Berechnungsgrundlagen – etwa auf eine Reduzierung um etwa zwei Drittel gekommen, obwohl ich Ihnen gerne zugestehe, daß natürlich jeder, der keinen **Hauptschulabschluß** erreicht hat, einer zuviel ist. Wir haben uns bemüht, und die Prozentzahlen zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Nach den Bestimmungen der Hauptschulordnung können Schüler, die einzelne Schuljahre wiederholt haben, mit Hilfe eines zehnten oder elften Schulbesuchsjahres bei genügender Leistungsfähigkeit den Hauptschulabschluß erreichen.

Im beruflichen Schulwesen können der Hauptschulabschluß und zugleich alle anderen weiterführenden Abschlüsse des allgemeinbildenden Schulwesens erreicht werden.

Lassen Sie mich zu diesem allgemeinen Teil, auch bezogen auf den Berichtsantrag, sagen: Ich will nicht sagen, daß ich darauf stolz bin, aber dies erfüllt mich mit einer gewissen Genugtuung, weil ich dies für ein wichtiges Indiz unserer Politik halte. Es ist uns gelungen, in den **Übergangsquoten** für die Hauptschulen gerade in den vergangenen drei oder vier Jahren eine Steigerung um etwa 2 % zu erreichen. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern ist dies eine einzigartige Situation: fast überall gehen die Übergangsquoten zurück. Es ist im Lande Schleswig-Holstein offensichtlich gelungen, das Ansehen der Hauptschule so zu steigern, daß mehr Eltern ihre Schüler der Hauptschule anvertrauen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu den einzelnen Fragen kommen.

Die erste Frage befaßt sich mit dem Einfluß der Versetzungsbestimmungen unserer neuen Hauptschulordnung auf die **Klassenwiederholungen**. Ich möchte hier aus Zeitgründen nicht erläutern, welche einzelnen Gesichtspunkte herangezogen werden können, um eine Klassenwiederholung kritisch zu beur-

teilen oder sie im Grundsatz als ein positives Instrument der pädagogischen Förderung anzusehen. Hier sind beide Standpunkte möglich. Es kommt nach unserer Überzeugung darauf an, den Einzelfall zu berücksichtigen. Im Jahre 1970 betrug der Anteil der Schüler aus Hauptschulen ohne Hauptschulabschluß gemessen am Anteil der gleichaltrigen Wohnbevölkerung – und diesen Maßstab halte ich für den letztlich gültigen und entscheidenden – noch etwa 12,4 %. Dies hatte für die betroffenen Schüler allerdings zur damaligen Zeit wegen des Überangebots an Ausbildungs- und Arbeitsstellen kaum nachteilige Folgen. Heute dagegen spielt der Hauptschulabschluß im Wettbewerb um Ausbildungs- und Arbeitsplätze eine wichtige Rolle. Dieser Entwicklung sind wir gerecht geworden, indem wir Hauptschülern ein 10. und 11. Schulbesuchsjahr ermöglicht haben. Damit hat eine Klassenwiederholung einen zusätzlichen Sinn erhalten. Sie führt in der Regel nicht zum Verlust des Hauptschulabschlusses, sondern macht das Erreichen des Hauptschulabschlusses mit einem vertretbaren Abschlußzeugnis überhaupt erst möglich. Unter diesen Aspekten ist eine Klassenwiederholung als wichtige Hilfestellung zu sehen und erhöht am Ende die Chance des Hauptschülers im Wettbewerb um Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Dies wird von Schülern, Eltern und Lehrern zunehmend angenommen.

Der schriftliche Bericht weist auf Seite 10 auf das vorhandene statistische Material im einzelnen hin. Darin wird sichtbar, daß es gelungen ist, die Zahl der Schüler aus Hauptschulen ohne **Hauptschulabschluß**, bezogen auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung, laufend zu senken. Sie beträgt im Schuljahr 1981/82 nur noch 4,3 %. Und wenn man dem die durchschnittlichen Klassenfrequenzen gegenüberstellt, so ist dies im Landesdurchschnitt ein Schüler pro Klasse, der davon betroffen ist.

Wir haben, meine Damen und Herren, weitere Maßnahmen ergriffen. Einige Stichworte habe ich soeben schon genannt. Aus Zeitgründen möchte ich hier darauf verzichten, sie im einzelnen zu wiederholen.

Ein entscheidender Neuanfang durch die neue **Hauptschulordnung** ist gesetzt. Der Schüler kann jetzt auf Antrag der Eltern freiwillig und zu jeder Zeit in die vorhergehende Klassenstufe zurücktreten, wenn die Klassenkonferenz dies befürwortet. Wir haben gerade für diese Maßnahme breiteste Zustimmung bei allen betroffenen Verbänden und Organisationen gefunden.

Verfolgt man die Statistik der Wiederholer-Quoten der Hauptschule in den siebziger Jahren, so stellt man fest, daß sie sich bei einem Schüler pro Hauptschulklasse eingependelt hat. Für die Wirksamkeit der neuen Hauptschulordnung ist bisher nur ein kurzer Zeitraum zu überblicken. Der Bericht läßt jedoch erkennen, daß die Eltern besonders in der Klassenstufe 9 begonnen haben, von der Möglichkeit freiwilliger Wiederholungen Gebrauch zu machen. Ich hoffe, daß diese Möglichkeit sich auf längere Sicht auch in den anderen Jahrgängen auswirken

(Minister Dr. Bendixen)

wird. Der Anteil unfreiwilliger Klassenwiederholungen im Schuljahr 1981/82 – im ersten Jahr der Anwendung der Hauptschulordnung – beträgt nur noch etwa 0,8 Schüler pro Hauptschulklasse.

Lassen Sie mich nun auf den zweiten Bereich zu sprechen kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf die Funktion und auf den Ausbau des Beratungslehrers. – Darf ich im übrigen sagen: Ich bin gerne behilflich, wenn es sein muß, hier die technischen Anlagen für den zweiten oder den abschließenden Teil unserer heutigen Veranstaltung zu leisten, sofern dies gewünscht wird.

(Heiterkeit – Stich [CDU]: Sie können die Kamera führen, Herr Minister!)

Meine Damen und Herren, wir haben heute 121 **Beratungslehrer** in Lehrgängen beim Institut für Praxis und Theorie der Schule ausgebildet, von denen – über die Kreise verteilt – 107 an größeren Hauptschulen einschließlich der Hauptschulen mit einem Anteil von erziehungsschwierigen Heimkindern für Beratungsaufgaben eingesetzt sind.

Ziel der Maßnahme war und ist, Hauptschülern, die bereits in jungen Jahren eine berufliche Orientierung erhalten müssen, gerade auf dem Hintergrund der Arbeitsmarktsituation eine besonders sorgfältige Betreuung und Beratung hinsichtlich ihrer schulischen und beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten zukommen zu lassen.

Schon mit Beginn eines zweiten Ausbildungskurses haben wir den Schwerpunkt der Ausbildung verändert, da sich nach der Einführung des Berufswahlunterrichts im Rahmen des Faches Wirtschaftspolitik der intensiven Aus- und Fortbildung der Hauptschullehrer auf dem Gebiet des Berufswahlunterrichts unter Einführung von Kreisbeauftragten für Betriebspraktika die Vorbereitung und Beratung der Schüler auf die Berufs- und Arbeitswelt in den Schulen auf breiter Ebene wesentlich verbessert hat. Der Beratungslehrer konnte sich so zunehmend der dringend notwendigen Hilfe für erziehungsschwierige und verhaltensauffällige Jugendliche zuwenden. Deshalb haben wir die Ausbildungsschwerpunkte gerade auf dem letzteren Gebiet verstärkt.

Überblickt man die Berichte der Schulleiter und Beratungslehrer, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß sich diese Einrichtung in unseren Schulen als zusätzliche wichtige Hilfe für den Schulleiter, für die betroffenen Schüler und für die Lehrerkollegien erwiesen hat.

Beratungslehrertätigkeit erweist sich als besonders hilfreich, wenn es darum geht, durch vielfältige Betreuungsmaßnahmen im Sinne der Einzelfallhilfe Schulschwierigkeiten bestimmter Schüler so rechtzeitig abzubauen, daß sie für die weiteren Ausbildungs- und Lebenswege dieser Schüler nicht mehr zur Belastung werden.

Der dritte Komplex, meine Damen und Herren, unseres Berichts befaßt sich mit unseren Bemühungen, **Elternhaus** und Hauptschule in einen engen Kontakt zu bringen.

Das Institut für Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung in Mainz hat in einer repräsentativen Umfrage 1981 bei Eltern und bei Lehrern von Hauptschulkindern festgestellt, daß viele Eltern nach wie vor der Schule mit einer gewissen Zurückhaltung begegnen.

In unserem schriftlichen Bericht sind wir nicht so sehr auf die formalen Mitwirkungsrechte der Eltern im Rahmen der verschiedenen Gremien eingegangen, sondern haben über die Felder verordneter Mitwirkung hinaus Beispiele aufgezeigt, wo eine Zusammenarbeit sich in beiderseitigem Interesse nach den Berichten unserer Schulen besonders günstig auswirkt.

Viel Interesse zeigen die Eltern an der Zusammenarbeit mit der Schule dann, wenn es darum geht, über die Schullaufbahn ihres Kindes Klarheit zu gewinnen. Lebhaftes Interesse zeigen viele Eltern an den Bemühungen der Hauptschule, ihren Kindern auf den Übertritt in die Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten. Sie sind den Lehrern dankbar für Ratschläge und aktives Bemühen, wenn es darum geht, für das eigene Kind den richtigen Beruf und einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. An dieser Stelle leisten die Hauptschullehrer Vorbildliches gerade auch in der Fürsorge für die Schwächeren unter unseren Hauptschülern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es in der Realität unseres Schullebens eine große Anzahl von Beispielen für ein konstruktives, partnerschaftliches und vertrauensvolles Zusammenwirken von Elternhaus und Schule gibt. Ich könnte dafür eine Reihe von Beispielen geben.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind alle dankbar, die diesen Weg beschreiten. Es ist die Aufgabe des Staates, des Landtages, der Landesregierung, Rahmenbedingungen zu setzen, gesetzliche und ordnungsmäßige Grundlagen zu schaffen. Was die Menschen dann vor Ort daraus machen, ist ihre Sache. Wir können Verhaltensweisen sozusagen nicht staatlich verordnen. Wir wissen aber, daß unsere formal gewährten **Mitwirkungsrechte** in vielen Fällen ausgenutzt und beachtet werden. Aber wir wissen auch, daß es hier und da noch darauf ankommt, die vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort auch tatsächlich auszuschöpfen. Deswegen, glaube ich, muß unser Weg, bevor wir Mitwirkungsmöglichkeiten gesetzlich verankern, zunächst dahin gehen, die vorhandenen Möglichkeiten auch tatsächlich auszuschöpfen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Arbeitskreis „Elternhaus und Schule“ beim IPTS hat inzwischen in Zusammenarbeit von Eltern und Lehrern eine Reihe von Arbeitshilfen für die Gestaltung von Elternabenden mit geeigneten Themen herausgebracht. Auch der Landeselternbeirat mit seinen „Informationen“ und die Zeitschrift „Unsere Schule“ leisten an dieser Stelle Hilfe. Gerade die Resonanz

(Minister Dr. Bendixen)

auf diese Schriften, die wir herausgegeben haben und die zum Teil andere herausgeben, zeigt uns, daß die Eltern an konkreten Hilfen und an konkreten Fragestellungen und nicht so sehr an schulpolitischen oder gesetzgeberischen Maßnahmen interessiert sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin sicher, daß die meisten Hauptschulen die durch die Landesregierung geschaffenen Rahmenbedingungen für die Elternarbeit so weit wie möglich ausschöpfen und eine intensive Zusammenarbeit mit den Elternhäusern auf den verschiedensten Ebenen zu verwirklichen suchen. Damit kommt die Landesregierung ihrem Ziel näher, die im Schulgesetz angelegten Möglichkeiten partnerschaftlicher Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule in der Praxis mit Leben zu erfüllen.

Der letzte Teil unseres Berichtes behandelt die **schulaufsichtliche Beratung** in der Hauptschule. Jeder Mensch, besonders in seiner beruflichen Tätigkeit, braucht Rückkopplung über sein Tun und seine Leistung. Dies gilt auch für den Lehrer. Seine Beratung in der Hauptschule ist in erster Linie Aufgabe des Schulleiters. Dieser trägt nach § 72 Absatz 2 des Schulgesetzes die Verantwortung für die pädagogische Arbeit der Schule. Er soll dem Lehrer Orientierungshilfe für seinen Unterricht geben und notfalls auch Fehlleistungen korrigieren. Wir haben dafür gesorgt, daß die Schulleiter der Hauptschule gerade diese Seite ihrer pädagogischen Verantwortung zum Nutzen von Schülern, Eltern und Lehrern wieder deutlicher wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings können auch die einzelne Schule und der Schulleiter damit nicht alleine gelassen werden. Das Grundgesetz verlangt nach Artikel 7 die Aufsicht des Staates über das Schulwesen. Eine Autonomie der einzelnen Schule und eine Reduzierung von Schulaufsicht auf eine reine Rechtsaufsicht läßt die Schule allein und führt zu Ungleichheit.

Schulaufsicht ist in erster Linie Beratung. Ihr Ziel ist es, den Unterricht im Interesse des Kindes in unseren Schulen zu verbessern. Meine Damen und Herren, ich könnte hier vielfältige Ausführungen machen, wie dies konkret auf den verschiedenen Ebenen geschehen kann und heute zum großen Teil ja auch geschieht: auf der Ebene der Schulräte, auf der Ebene der Schulleiter und auch auf der Ebene der Schulverwaltung, also des Kultusministeriums, des IPTS und anderer Beteiligter auf Landesebene. Ich will es mir aus Zeitgründen jetzt versagen, darauf im einzelnen einzugehen. Ich möchte aber soviel zusammenfassend feststellen, daß alle Beteiligten, die auf der Ebene der Schulleiter, der Schulräte und auch der Schulverwaltung Schulaufsicht im konkreten Sinne zu leisten haben, eine segensreiche und erfolgreiche Tätigkeit ausüben. Dies ist auch eine der Grundlagen dafür, daß die Situation in unseren Hauptschulen sich in den letzten Jahren weiter verbessern und verfestigen konnte.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist durch vielfältige Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen pädagogischer Verantwortung und beratender Schulaufsicht in den letzten Jahren zunehmend gelungen, den Unterricht und die Erziehungsarbeit der Hauptschule zum Nutzen der anvertrauten Kinder weiter zu fördern und den Lehrern im Sinne aufbauender Beratung und klare Zielsetzung Hilfe für ihre tägliche Arbeit in ihren Klassen zu geben.

Ich kann in diesem Zusammenhang nur noch einmal daran erinnern, daß es in Schleswig-Holstein möglich war – im Gegensatz zu allen oder fast allen Bundesländern –, den Anteil der Hauptschule um etwa 2 % zu steigern. Dies ist ein Zeichen dafür, daß das Ansehen der eigenständigen Hauptschule im Bewußtsein unserer Eltern, jetzt aber auch zunehmend im Bewußtsein der Betriebe verbessert werden konnte. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung ist nach wie vor davon überzeugt, daß das **gegliederte Schulwesen** den unterschiedlichen Begabungen der Schüler am besten gerecht wird. In diesem gegliederten Schulwesen erfüllt die Hauptschule eine besonders wichtige Aufgabe. Durch unsere konkreten Maßnahmen haben wir diese Schulart weiter gestärkt und ihr Ansehen gesteigert. In diesem Bemühen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir auch weiter fortfahren.

(Dr. Lohmann [SPD]: Bendixens Gebetsmühle!)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir stehen zu unserem Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen, Herr Kollege Dr. Lohmann.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dies als eine Gebetsmühle der Landesregierung bezeichnen, so kann ich Sie nur darauf verweisen, daß gerade auch in der gegenwärtigen politischen Situation, bei der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung dies von vielen Menschen, von zunehmend vielen Menschen geteilt wird. Deshalb stehen wir zu dieser Politik.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neitzel.

Neitzel [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich nur einige wenige Anmerkungen zu dem Bericht der Landesregierung über Probleme der Hauptschule und zu der Einbringungsrede des Herrn Kultusministers machen. Ich möchte die Forderungen meiner Fraktion zu diesem wichtigen Bereich der Schulpolitik nicht im einzelnen darstellen. Interessierte können zu diesem Zweck die Landtagsdebatte vom

(Neitzel)

26. November 1981 nachlesen. Sie finden meine Beiträge dort auf den Seiten 3886 bis 3890 und auf den Seiten 3901 und 3902 des Plenarprotokolls.

(Beifall des Abgeordneten Ruge [F.D.P.] –
Ruge [F.D.P.]: Sehr produktiv!)

– Das ist die Disziplin, die uns immer ausgezeichnet hat, Herr Kollege Ruge.

Ich möchte nur auf einen Punkt inhaltlich eingehen, und zwar auf das Stichwort „freiwilliges zehntes Hauptschuljahr“. Ich meine, daß seit der Debatte vom November 1981 die Entwicklung auch in anderen Bundesländern weitergegangen ist.

(Marschner [SPD]: Aber nicht in Schleswig-Holstein!)

Deshalb ist es sehr bedauerlich, Herr Kollege Marschner, daß in Schleswig-Holstein immer noch keine Initiativen ergriffen worden sind, um ein **freiwilliges zehntes Hauptschuljahr** mit berufsorientierenden Inhalten einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf, um die neueste Entwicklung aufzugreifen, hier zitieren, was beispielsweise in Neuss in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, wo die Hauptschule dadurch, daß lebenspraktische Gegenstände stärker in den Unterricht einbezogen worden sind, spannender gemacht worden ist. Ich habe in diesen Wochen eine Reihe von Gesprächen mit Lehrlingen geführt und dabei auch die Frage gestellt, ob sie denn, wenn sie die Chance gehabt hätten, ein zehntes Schuljahr zu besuchen, diese wahrgenommen hätten. Ich habe weitgehend Zustimmung dazu gefunden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Das heißt, Schulmüdigkeit, die immer als Hemmnis angeführt wurde, dürfte der Einführung eines solchen freiwilligen zehnten Hauptschuljahres nicht entgegenstehen.

Ich möchte bei meinen kurzen Betrachtungen nur auf vier Bereiche eingehen, um daran deutlich zu machen, wo nach unserer Auffassung Defizite im Bericht des Kultusministers zu erkennen sind.

Erstens. Der Bericht handelt Probleme **ausländischer Schüler** mit ganzen viereinhalb Zeilen ab. Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, daß das bei dem Problemdruck in den Hauptschulen unseres Landes insbesondere in den Ballungsräumen nicht angemessen ist,

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

sondern daß der Bericht auch zu diesen Fragen intensiver hätte Stellung nehmen müssen.

(Stich [CDU]: Herr Neitzel, dazu hat es doch eine getrennte Beratung gegeben!)

– Ja, Herr Kollege Stich, nur wenn gefragt wird – das war ja Ihr Antrag – wie sich die neue Hauptschulordnung auf Klassenwiederholungen ausgewirkt habe,

dann meine ich, daß der Kultusminister zu diesem Problem mehr sagen muß, als in dem Bericht steht.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Zweitens. Auch Probleme der **Lese-Rechtschreibschwäche** und der Legasthenie werden in dem Bericht nur am Rande gestreift. Die Frage, die von der CDU zu den Beratungslehrern gestellt wurde, müßte nach meiner Auffassung auch auf die Beratungslehrer für Lese-Rechtschreibschwäche ausgeweitet werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß ich im vergangenen Jahr zwei Kleine Anfragen zu diesem Thema eingebracht habe. Hier habe ich konkrete Fragen an den Kultusminister, die bei den neuerlichen Diskussionen, die ich in Kiel geführt habe, aufgetaucht sind.

Wenn ich das Schulgesetz richtig gelesen habe, dann müßte der **Legasthenieerlaß** im Laufe dieses Jahres neu gefaßt werden. Ich frage also: Ist beabsichtigt, diesen Erlaß neu zu fassen? Für die weitere Entwicklung der Hauptschule ist das ja eine nicht uninteressante Frage. Und ich frage auch: Wenn er neu gefaßt werden soll, wird es bei der Grundkonzeption bleiben oder nicht?

Die Forderungen meiner Fraktion gehen dahin, diesen Erlaß in seinen Grundlinien beizubehalten, aber in Einzelheiten zu verbessern. Ich denke da insbesondere an die Diagnose, daß heißt an die Erkennung von lese-rechtschreibschwachen Schülern und legasthenischen Schülern,

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

und darüber hinaus auch an das Anerkennungsverfahren und schließlich an die Therapie. Anhand der Kieler Beispiele müßten wir auch untersuchen, inwieweit eine schulische Förderung für legasthenische Schüler tatsächlich ausreicht oder ob nicht das, was in privaten Gruppen unter wissenschaftlicher Betreuung läuft, auch stärker in die Arbeit einbezogen werden sollte.

Drittens. Der Bericht der Landesregierung gibt keine Analyse und auch keine empirischen Daten über das Anwachsen von Verhaltensauffälligkeiten, Konzentrationsstörungen, Lernunlust und Schulmüdigkeit sowie Resignation und Aggression von Hauptschülern. Ich bedauere das deshalb, weil mit diesen Stichworten ein wichtiges Tätigkeitsfeld der **Beratungslehrer** angesprochen ist, über die der Bericht insgesamt etwas aussagt. Aber, Herr Kollege Bendixen, Sie schreiben auf Seite 18 des Berichts, daß Beratungslehrer erst an 35 % der Hauptschulen tätig seien.

Auch da ergeben sich Fragen. Denn Ihr Bericht weist aus, daß bis 1985 insgesamt 150 Beratungslehrer ausgebildet sein sollten, zur Zeit aber nur 107 tätig sind.

Dann finde ich auf Seite 27 des Berichts eine merkwürdige Formulierung, wonach die Landesregierung die bisher ausgebildete Zahl von Beratungslehrern erhalten und bei Abgängen wieder ergänzen möchte. Deshalb die Frage, Herr Kollege Bendixen:

(Neitzel)

Halten Sie an den alten Plänen fest, die Zahl der Beratungslehrer bis 1985 auf 150 zu bringen? Wenn nein: Welche Gründe veranlassen Sie, den jetzigen Zustand gewissermaßen einzufrieren?

Viertens. Auch zur Sitzenbleiberquote, zur Quote der **Klassenwiederholungen** ist der Bericht unvollständig. Er teilt zwar mit, daß im Schuljahr 1980/81 5,0 % der Hauptschüler eine Klasse wiederholt hätten, aber er sagt nicht, wie sich der Bundesdurchschnitt in diesem Schuljahr dargestellt hat.

Es ist richtig, daß Sie in dem Bericht auch auf methodische Probleme hinweisen. Herr Kollege Bendixen, Sie kennen uns aus den Beratungen ja lange genug. Sie können die methodischen Probleme natürlich auch einmal darlegen und dann meinetwegen aus Ihrer Sicht auch relativieren. Nur ist es nicht die richtige Politik, Zahlen zu verschweigen.

Ich erinnere mich an die Debatte vom November 1981. Damals haben für das Schuljahr 1976/77 folgende Zahlen im Raum gestanden. Schleswig-Holstein hatte eine Sitzenbleiberquote von 4,1 %. Im Bundesdurchschnitt waren es 1,9 %. Daher muß ein Oppositionspolitiker natürlich fragen, wie denn die aktuellen Zahlen lauten und wo möglicherweise die Ursachen für eine Abweichung vom Bundesdurchschnitt liegen.

Meine Damen und Herren, zum Schluß nur noch eine Bemerkung, die deutlich macht, daß, auch wenn es in der Hauptschule hier und da weitergegangen ist, noch viel zu tun bleibt.

Ein entscheidender Punkt für die Bewertung der Leistungsfähigkeit einer Schule ist die **Schüler-Lehrer-Relation**. - Herr Kollege Stich, jetzt schütteln Sie mit dem Kopf. Sie waren doch Lehrer. Dann müssen Sie doch wissen, daß es schon etwas ausmacht, ob in einer Klasse 35 oder 15 Schüler sind

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD -
Zuruf von der CDU: Das ist aber eine
Erkenntnis!)

und ob die Schüler ein Unterrichtsangebot von 30 Stunden oder von 25 Stunden haben und ob die Schüler Differenzierungsstunden haben oder nicht.

(Stich [CDU]: Lassen Sie sich durch mein
Kopfschütteln doch nicht nervös machen!)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Herr Abgeordneter Neitzel, ich muß den Abgeordneten Stich entschuldigen. Er hat sich gerade mit mir darüber unterhalten, ob er jetzt sprechen soll oder nicht. Damit hängt sein Kopfschütteln zusammen.

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Zu diesem Dialog zwischen dem Präsidenten und dem Abgeordneten Stich kann ich natürlich nicht Stellung nehmen. Aber es ist so, daß das Kopfschütteln auch dem Redner gegolten haben könnte. Insofern trifft meine Bemerkung immer den Richtigen.

Meine Damen und Herren, die Bundesbildungsministerin Wilms hat kürzlich Grund- und Strukturdaten veröffentlicht. Aus diesen ergibt sich folgendes. Wir hatten im Bundesdurchschnitt im Jahr 1980 - das ist die letzte Zahl, die genannt werden kann - 19,3 Schüler je Lehrer in der Hauptschule. Schleswig-Holstein hatte den Wert von 21,4. Das bedeutet, daß Schleswig-Holstein vor Hessen an vorletzter Stelle lag. Da, wenn ich die Bemerkungen der Landesregierung richtig würdige, in Hessen seit Jahren der Sozialismus herrscht, irritiert es mich, daß die Landesregierung die Hauptschule in Schleswig-Holstein so nah an sozialistischen Verhältnissen ansiedelt und nichts tut, um die Schüler-Lehrer-Relation an unseren Schulen zu verbessern.

Ich wollte mit dieser Bemerkung nur deutlich machen, daß bei der Diskussion über qualitative Gesichtspunkte, die bei der Debatte über diesen Bericht im Mittelpunkt steht, auch die quantitativen Probleme der Hauptschule nicht vernachlässigt werden dürfen. Die Versorgung der Hauptschule mit Lehrern - das ist also die quantitative Frage - hat nach unserer Auffassung große Bedeutung auch für die Qualität der Ausbildung der Schüler in dieser Schulart.

Deshalb bekräftigen wir unseren Grundsatz: Die **Hauptschule** bedarf weiterer Anstrengungen, gerade bei der hohen Jugendarbeitslosigkeit und den Problemen mit den Ausbildungsstellen, damit die Schüler dieser Schulart in die Lage versetzt werden, wenn sie ihren Schulabschluß erreicht haben, in der Wirtschaft und in unserer Gesellschaft konkurrenzfähig zu sein und ihr Leben in Sicherheit zu gestalten. Da bleibt noch viel zu tun.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Stich.

Stich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Neitzel, ich bitte etwas um Nachsicht, daß die sonst einigermaßen gute Verständigung, die wir und auch einige andere Kollegen in der Fraktion miteinander haben, etwas in Schwierigkeiten geraten war. Mein Kopfschütteln galt in der Tat nicht Ihnen oder dem, was Sie ausgeführt haben, sondern dem Herrn Präsidenten, der mir, was auch seine Aufgabe ist, andeuten wollte, wann ich zu reden habe.

Ich darf Sie, Herr Kollege Neitzel, vielleicht auf einen Umstand hinweisen, nachdem Sie uns dankenswerterweise gesagt haben, wann Sie das letzte Mal zu diesem Thema geredet haben. Wir haben zu diesem Thema zwei Anträge gehabt. Es handelt sich einmal um den Ursprungsantrag der SPD-Fraktion vom 30. September 1981. Dieser Ursprungsantrag ist durch unseren Antrag vom 26. November 1981 geändert worden. Dazwischen liegen also zwei Monate. Die Beratung heute und auch der Bericht,

(Stich)

den der Minister hier gegeben hat, beruhen auf dem Antrag 9/1268. In diesem Antrag sind expressis verbis vier Punkte aufgeführt. Exakt zu diesen vier Punkten hat der Minister hier einen Bericht gegeben. Meine Fraktion und ich finden, daß es ein guter Bericht ist.

(Neitzel [F.D.P.]: Dazu habe ich gesprochen!)

- Nein, ich kann nur feststellen, daß Sie zu diesen Punkten nicht gesprochen haben, sondern zu Punkten, die wesentlich weiter vorn stehen; es handelt sich um Anregungen unsererseits bezüglich der Frage der Weiterentwicklung der Hauptschule. Sie haben zwar insofern recht, als das alles dazugehört - das bestreitet Ihnen niemand -, nur haben Sie, was den Tagesordnungspunkt betrifft, in diesem Fall, wie ich Ihnen leider sagen muß, nicht zum Thema gesprochen.

(Neitzel [F.D.P.]: Doch, zum Beratungslehrer und zu den Sitzenbleibern! Das ist Gegenstand des Berichts! - Zuruf des Abgeordneten Schulz [SPD])

- Herr Kollege Schulz, ich will hier doch keine Schärfe in die Debatte bringen. Mir liegt nur daran, die Dinge deutlich zu machen, damit dem Minister in der Öffentlichkeit nicht unterstellt wird, er habe einen unvollständigen oder möglicherweise falschen Bericht abgegeben. Das sollten wir gerade in der letzten Stunde der alten Legislaturperiode beachten, da wir alle hoffen, in der neuen Legislaturperiode - auf welcher Seite auch immer - erneut zusammenzuarbeiten.

Ich möchte einen Punkt ganz kurz erwähnen, Herr Kollege Neitzel. Ich glaube, wir sollten nicht in das Mißverständnis verfallen - bei Ihren Ausführungen schien das aber der Fall zu sein -, die Frage der Bewältigung der **Legasthenie** sei etwa ein Problem der Hauptschule. Weit gefehlt! Dies ist ein generelles Problem, das - leider - alle Schularten berührt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben vereinbart, daß wir diese Debatte über den Bericht in aller Kürze führen. Ich bin bereit, mich daran zu halten, und möchte versuchen, das, was dazu noch zu sagen ist, in wenige Sätze zu fassen.

(Marschner [SPD]: Sie müssen erst einmal danken!)

- Ja, Herr Kollege Marschner, das unterscheidet uns möglicherweise, daß wir bereit sind, eine gute Arbeit zu honorieren und für eine gute Arbeit auch zu danken. Das tun wir. Aber, Herr Kollege Marschner, wir akzeptieren es auch, wenn Sie kritisieren; insofern haben wir hier keinen Dissens.

Meine Damen und Herren, die **Hauptschule** ist heute - das hat der Herr Minister immer wieder deutlich gemacht - ein fester Bestandteil des gegliederten Schulwesens. Die Landesregierung hat sie gemeinsam mit uns zu einer anerkannten Schulart in diesem Lande gemacht, und zwar zu einer Schulart mit einem beachtlichen Leistungsniveau. Haupt-

schule ist die Schulart, meine Damen und Herren, die unter politischen und insbesondere ideologischen Diskussionen - etwa über die Frage der besten Schulorganisation - besonders zu leiden hat und die da auch am meisten - wenn man es so ausdrücken will - bluten muß. Wir kennen das aus der Diskussion darüber, ob und wo die Gesamtschule eingeführt werden soll. Ich erinnere mich noch sehr genau daran, daß uns - ich glaube, es war vor der letzten Landtagswahl, Herr Minister - von Ihnen hier ein Flugblatt gezeigt wurde, auf dem die Hauptschüler in der Form böswillig diffamiert wurden, daß sie in einer großen Tüte in einen Mülleimer gesteckt oder auf den Müllplatz geworfen wurden. Ich freue mich, meine Damen und Herren, daß die Debatte zumindest bisher nicht auf diesem Niveau geführt worden ist.

Schließlich ist Hauptschule die Schulart, meine Damen und Herren, der gemeinsam mit der Grundschule die Hauptlast der schulischen Versorgung von **Ausländerkindern** auferlegt ist. Sie hat diese Aufgabe durch zusätzlichen Einsatz insbesondere von Personal, aber auch von Sachausstattung gut gemeistert.

Erfreulich für uns ist, daß die Landesregierung mit dem vorgelegten Bericht den weiteren Willen zur Stärkung der Hauptschule deutlich gemacht hat. Dabei sind aufgrund des Antrags vier Hauptbereiche besonders angesprochen worden, nämlich die Auswirkungen der neuen Hauptschulordnung auf die Zahl von Klassenwiederholungen, die Erfahrungen mit der Tätigkeit von Beratungslehrern, die Zusammenarbeit von Elternhaus und Hauptschule und die schulaufsichtliche Beratung. Ich möchte versuchen, meine Damen und Herren, zu diesen Punkten in wenigen Sätzen etwas zu sagen.

Zunächst meine ich, daß die Frage der **Klassenwiederholungen** eines Schülers viel zu sehr unter - ich möchte es einmal so ausdrücken - Sozialisationsgesichtspunkten und viel zu wenig unter pädagogischen Gesichtspunkten gesehen wird. Ich kann aus meinen Gesprächen mit älteren, gestandenen Lehrern der Hauptschule nur sagen, daß die Frage der Klassenwiederholungen durchaus auch mit pädagogischen Aspekten begründet wird und begründet werden kann; sie wird so auch überzeugend begründet. Vielleicht ist es deshalb ganz gut, daß in der neuen Hauptschulordnung die freiwillige Möglichkeit - sofern es dem Willen der Eltern entspricht - der Klassenwiederholung vorgesehen ist. Seitens meiner Fraktion möchte ich dies jedenfalls begrüßen.

Zweitens: Die **Beratungslehrer** - ihre Zahl ist hier schon erwähnt worden: 121 Beratungslehrer sind es -, die dafür ausgebildet sind und an 107 der größeren Hauptschulen ihren Dienst versehen, haben bereits jetzt das, was von ihnen erwartet wird, in großen Teilen erfüllt. Das meine ich insbesondere in Blick auf die Beratung zur Schullaufbahn oder - generell gesagt - in Blick auf die Bildungsberatung, weil sich diese Beratung ja nicht nur auf die aktuelle Situation eines Schülers oder einer Schülerin in der Klasse bei einer Versetzung oder hinsichtlich irgendwelcher Leistungen in einem Fach bezieht, sondern insbeson-

(Stich)

dere auf das, was wir hier immer wieder diskutiert haben, nämlich den weiteren Gang am Ende der Schullaufbahn, was also den Eintritt in den Beruf angeht. Genauso, wie die Erfolge aus Gutachten aus der Grundschule für den Übergang in die Orientierungsstufe sehr hoch sind und die Zuverlässigkeit der Begutachtung durch die Lehrkräfte als ausgezeichnet angesehen werden muß, meine ich, daß die Beratungslehrer auch in ihrer Funktion für die Hauptschule bereits ihre besondere Bedeutung gewonnen haben.

Meine Damen und Herren, es ist eine Erfahrungstatsache – damit komme ich zu dem dritten Punkt –, daß viele Eltern, deren Kinder in die Hauptschule gehen, der Schule mit einer gewissen Zurückhaltung begegnen. Daher ist es Aufgabe des Kultusministers – beziehungsweise im konkreten Einzelfall des Schulleiters oder des Kollegiums, das heißt der Lehrer –, diese Scheu abzubauen. Aus diesem Grunde begrüßen wir es, daß der vorgelegte Bericht auch besonderen Wert darauf gelegt hat, daß die Zusammenarbeit zwischen dem **Elternhaus** und der Schule gestärkt wird, und zwar insbesondere seitens der Schule und seitens der Lehrer gestärkt wird, die auf die Eltern zugehen sollen, um sie an die Schule heranzuführen, um so manches große oder kleine Problem – Schulschwierigkeiten, Leistungsverweigerung, Disziplinschwierigkeiten –, das in der Schule auftritt, gemeinsam mit den Eltern lösen zu können.

Den vierten Punkt, den der Herr Minister hier relativ ausführlich dargestellt hat, möchte ich nur in aller Kürze abhandeln und dabei deutlich machen, daß für mich der Schwerpunkt der **Schulaufsicht** in der **Beratung** liegt, also nicht in dem, was meistens in der Öffentlichkeit suggeriert wird, wenn in Konfliktfällen entschieden werden muß, ob etwas so oder anders gemacht werden kann oder ob eine politische Veranstaltung zum Beispiel an einer Schule zugelassen werden darf oder nicht. Das Wesentliche und die Hauptarbeit der Schulaufsicht – insbesondere der Schulräte vor Ort – ist vielmehr die Beratung mit dem Ziel, daß die Bedingungen, die Arbeitsmöglichkeiten, die Zusammenarbeit der Schüler mit den Lehrern und den Eltern in unseren Schulen verbessert wird.

Dabei werden wir Sie, Herr Kultusminister, seitens unserer Fraktion auch weiterhin unterstützen,

(Schulz [SPD]: Als bildungspolitischer Sprecher?)

auch dann, Herr Kollege Schulz, wenn es darum geht – das sage ich Ihnen jetzt einmal –, einen Schulaufsichtsbeamten vor Ihrer Kritik oder der Kritik anderer Leute in Schutz nehmen zu müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen zwar ganz genau, daß es auch nur Menschen sind, doch wenn diese Personen ihre Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen, dann ist es auch unsere Aufgabe, sie bei der Wahrung ihrer Aufgabe gegen ungerechtfertigte Kritik in Schutz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, damit habe ich zu diesen Punkten in aller Kürze – wie ich hoffe – Stellung genommen und bedanke mich namens meiner Fraktion noch einmal bei dem Herrn Kultusminister. Ich möchte ihm zusagen, daß wir auch in Zukunft – davon gehe ich aus – die Verantwortung wahrnehmen werden, die die Wähler uns am 13. März für dieses Land geben werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lemke:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lumma.

Lumma [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte für die SPD-Fraktion einige kurze Bemerkungen machen. Uns hat es wirklich überrascht, daß die Landesregierung nachdem sie beim Thema „Gymnasiale Präsenz für Mölln“ auf Tauchstation gegangen war, nun doch wieder auftaucht und einen Bericht vorlegt. Das begrüßen wir. Aber damit hört es dann mit den Komplimenten auch schon auf.

(Hahn [CDU]: Das ist aber schlimm für die Regierung! – Heiterkeit bei der CDU)

Die Vorgeschichte, die zur Behandlung dieses Antrags geführt hat, ist ja nicht gerade sehr rühmlich gewesen. Ich habe in den Landtagsprotokollen nachlesen können, daß Sie nicht einmal bereit waren, einem sehr umfangreichen **Antrag** meiner Fraktion überhaupt eine Ausschußberatung zukommen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Antrag mit einem umfangreichen Katalog von Fragen, die sich mit Themen der Chancengleichheit und der Humanisierung in der Hauptschule befassen sollten, wurde verwässert; herausgekommen ist ein **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Damit ist das Anliegen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion stark verwässert worden.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde den Eindruck nicht los, daß es sich dabei um einen bestellten Antrag handelte, den man kurz vor der Wahl noch beantworten zu können meinte.

(Beifall bei der SPD)

Es ist doch wohl der reinste Hohn, wenn die Landesregierung – nachdem dieser Antrag im November 1981 beraten wurde – 14 Monate braucht, um hier eine Antwort abzuliefern. Das wird nach meinem Eindruck auch draußen im Lande durchaus bemerkt werden.

Ich verzichte jetzt aus Zeitgründen darauf, einzelne Punkte des SPD-Antrags darzustellen, möchte jedoch auf folgendes hinweisen.

(Lumma)

Wer wie Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, am dreigliedrigen Schulsystem festhält und für neue schulische Lösungsmöglichkeiten blind ist, der müßte zumindest dafür sorgen, daß die Hauptschule, daß die Realschule und daß die Oberschule gleichrangig und gleichwertig behandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch nach Vorlage dieses Berichts den Eindruck, daß die **Hauptschule** in diesem Lande nach wie vor Stiefkind ist. An einigen Zahlen wird zwar deutlich, daß es besser geworden ist, aber es gibt einige Punkte, die diese Beurteilung rechtfertigen.

(Dr. Bendixen [CDU]: Genau das Gegenteil ist richtig!)

Ich will nur kurz auf einige Punkte eingehen.

Erste Feststellung: Der Bericht, Herr Kollege Bendixen, zeigt nach unserer Meinung eine zu idyllische Hauptschullandschaft. Er setzt den Stil des „Lexikons für die junge Generation“ fort. Sie kennen unsere Auffassung zu diesem Lexikon, von dem wir meinen, es sollte eingestampft werden. Sie wissen also auch, was wir zu großen Teilen dieses Berichts sagen. Auf Kostproben, die dies belegen, will ich hier verzichten, meine Damen und Herren. Ich will nur sagen: Auf den Seiten 7, 29 und 31 sind solche köstlichen Formulierungen, die Seiten füllen, aber nichts, aber auch gar nichts hergeben.

(Beifall bei der SPD)

Weiter: Sie polieren eine Harmonievorstellung auf, die der Schulwirklichkeit nicht entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Ein Blick ins Klassenbuch zeigt mit den Eintragungen dort die Fülle der Konflikte. Diese können nur durch zusätzliche psychologische Betreuung und nicht durch Gesundbeterei vermindert werden.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema **Klassenwiederholung** will ich hier nur dies sagen: Es wäre eigentlich beste pädagogische Arbeit, wenn wir das Wiederholen, das Sitzenbleiben vermeiden könnten. Aber Sie gehen in dem Bericht diesem Übel nicht auf den Grund. Ich frage: Warum muß ein Schüler bei schlechten Leistungen in einigen Fächern den Stoff auch der Fächer wiederholen, in denen er bessere Leistungen hat?

(Beifall bei der SPD)

Die Lösung wäre: Dort, wo Schwächen sind, wiederholt er; sonst geht er mit der Klasse weiter.

Zum **Beratungslehrer** nur die kurze Bemerkung: Ich denke, Herr Minister, das kann ein Anfang sein. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß auch die Beratungslehrer dann in die Lage versetzt werden müssen, ihre Arbeit zu leisten. An vielen Schulen fehlt z. B. noch der notwendige Beratungsraum. Auch mit dem Telefon hapert es. Aber ich denke, das ist ein Anfang. Nur müssen wir darauf achten, daß über die

35 % der Hauptschulen hinaus, die jetzt einen Beratungslehrer haben, weitere Schulen versorgt werden können.

Der nächste Punkt: Ich glaube, mit dem, was in dem Bericht zu dem Thema Zusammenarbeit zwischen Schule und **Elternhaus** gesagt wird, machen Sie sich etwas vor. Sie bewerten diese Zusammenarbeit außerordentlich positiv. Ich überzeichne bewußt, um deutlich zu machen, daß wir von dieser Zustandsschilderung, wie ich meine, noch meilenweit entfernt sind. Die Dinge – das sage ich sehr deutlich – liegen leider anders. Nur mühsam bekommt man einen Klassenelternbeirat zusammen. Regelmäßige Sprechstunden oder Sprechtage der Lehrer gibt es kaum; das steht höchstens so im Klassenbuch. Der Schulleiter hat wenig Zeit für die Eltern, weil er im Verwaltungskram häufig steckenbleibt.

Fazit: Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus ist noch sehr auszubauen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen hier fragen: Wo liegen die Gründe? Welches sind die Ursachen, daß die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus noch nicht so funktioniert?

Nur zwei Punkte: Zunächst liegt es nach meiner Einschätzung an der geringen Mitwirkungsmöglichkeit der Eltern. Aber ich denke, auch im Bereich der Mitgestaltungsmöglichkeiten von Schülern wäre noch einiges zu tun, um hier mehr Spielraum zu eröffnen.

Von dem, was ich hier kritisiert habe, meine Damen und Herren, erfahren Vertreter des Kultusministeriums und erfährt der **Schulrat**, wenn sie zu „Staatsbesuchen“ in die Schulen kommen, kaum etwas. Es wird denen etwas vorgezeigt, und es wird etwas gesagt, was von der Schulwirklichkeit weit entfernt ist.

(Stich [CDU]: Wollen Sie Ihre eigenen Kollegen als Buhmann aufbauen?)

– Einen Buhmann haben Sie in Ihrer Fraktion, nicht wir.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es ist leider so, wie ich es geschildert habe. Ich habe hier ganz bewußt den Begriff „Staatsbesuch“ gebraucht. Wenn der Schulrat und der Vertreter des Ministeriums kommen, wird vorher aufgeräumt, alles geradegehängt. Bilder werden aufgehängt, und die Fragen, die mit dem Minister zu besprechen wären, werden sogar vorher im Kollegium noch geübt. Wenn das Anlaß für einen Besuch von Vertretern des Ministeriums oder des Schulrats ist, liegen Sie völlig schief. Die Zeit ist dafür zu schade. Hier geht es um das pädagogische Gespräch mit den Lehrern und den Eltern. Dafür ist aber am Nachmittag meist keine Zeit mehr.

Ich sage das sehr deutlich, weil hier Türken aufgebaut werden. Und meine erschütternde Feststellung ist: Die Herren, die da aus Kiel kommen, glauben das auch noch.

(Lumma)

Schule, meine Damen und Herren, ist auch anders, als es im Bericht der Landesregierung dargestellt worden ist. Kein Schulleiter wird von den großen Erziehungsproblemen berichten, die ihm die Kollegen und Kolleginnen häufig im Rektorzimmer abladen.

Ich muß noch ein Wort zur **staatlichen Schulaufsicht** sagen. Auf Seite 45 wird Dr. Stoltenberg aus dem Mai 1979 zitiert – natürlich wie immer mit einer staatstragenden Bemerkung. Seine Bemerkung, meine ich, müßte aber ergänzt werden, um folgende Sätze:

„Die politischen Verhältnisse im Lande müssen sich auch in der Personalpolitik widerspiegeln. In der Beförderungspraxis muß sichtbar werden, und zwar geräuschlos, daß unsere Regierung CDU-Freunde am ehesten für geeignet hält, CDU-Politik an Ort und Stelle zu verwirklichen. Die Schulaufsicht muß auch gegen linke Unterwanderung wirkungsvoll sein. Die Schulaufsicht muß den politischen Willen der Regierung vollstrecken. Dieser Wille darf nicht nur zu erahnen sein; er muß sich eindeutig aus allen Erlassen und Richtlinien ergeben.“

(Zuruf von der CDU: Was ist mit Hamburg?)

Wenn Sie über Schulaufsicht reden, meine ich, es gehört zu einer vollständigen Darstellung, auch darauf hinzuweisen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ja aus den Spielregeln des Dr. Barschel zum Thema CDU und Staat, und danach wird ja in diesem Lande auch verfahren.

(Beifall bei der SPD)

Sie sehen also, daß auch zum Thema Schulaufsicht der Bericht nicht der Wirklichkeit entspricht.

Ich fasse zusammen. Der Bericht gibt nach unserer Auffassung kaum eine Antwort – ich sage nicht, Herr Dr. Bendixen: keine Antwort – auf die zentralen Probleme der Hauptschule.

(Beifall bei der SPD)

Der Bericht schildert die Hauptschule als heile Welt, leugnet die Konflikte und sagt wenig, wie die Konflikte behoben werden könnten. Als ehemaliger Hauptschullehrer habe ich eigentlich die pädagogische Aufgabe darin gesehen, Schüler zu loben. Hier muß ich Sie aber sehr deutlich tadeln.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Kultusminister!

Dr. Bendixen, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst zu Ihrem Beitrag, Herr

Kollege Lumma, folgendes sagen: Solange die CDU-Landesregierung von SPD-Politikern getadelt wird, die an der Zielsetzung der Gesamtschule festhalten, sind wir darüber nicht beunruhigt.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedauere es außerordentlich, daß Sie sich nicht in der Lage gesehen haben – weder Sie, Herr Kollege Lumma, noch der Kollege Neitzel –, zumindest in Teilbereichen eine positive Würdigung der Entwicklung in unseren Schulen vorzunehmen. Ich darf zu der Kritik, die teilweise von Herrn Neitzel, teilweise von Ihnen hier vorgetragen worden ist, sagen: Sie tadeln fehlende Teile in unserer Antwort, nach denen überhaupt nicht gefragt worden ist.

(Kribben [CDU]: Das war doch immer so!)

Der Respekt vor dem Parlament gebietet es, daß wir die Fragen so beantworten, wie sie gestellt sind. Das haben wir getan, und deshalb ist Ihre Kritik ungläubwürdig.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Neitzel, lassen Sie mich einige Bemerkungen zu dem machen, was Sie hier ausgeführt haben. Sie haben über die **statistischen Grundlagen** gesprochen. Ich will Sie daran erinnern, daß es für uns immer zwei unterschiedliche statistische Grundlagen gegeben hat, die beide für die Beurteilung unserer Schulsituation, unserer Schullwirklichkeit maßgeblich sind. Das ist einmal die durchschnittliche Klassenfrequenz, und das ist zum anderen sicherlich die Schüler-Lehrer-Relation. Es besteht ja ein innerer Zusammenhang zwischen diesen beiden statistischen Daten.

Ich will Ihnen ja zugestehen, daß wir sowohl in der Grundschule wie auch in der Hauptschule eine problematische **Schüler-Lehrer-Relation** haben. Ich habe mir hier die statistischen Daten noch einmal vorgenommen: Schuljahr 1981/82. Dort nehmen wir bei der Hauptschule mit 20,4 den zehnten Rang ein. Hessen hat 23,9. So nahe sind wir bei den sozialistischen Vorstellungen in Hessen nicht; das ist immerhin noch ein Unterschied von mehr als drei Schülern in den statistischen Durchschnittswerten. Selbst hier trennen uns noch Welten, verehrter Herr Kollege Neitzel.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen dann nicht vorenthalten, wie sich die durchschnittlichen **Klassenfrequenzen** zusammensetzen. Im Schuljahr 1981/82 haben wir – ich darf auch die anderen Schularten noch einmal nennen – bei den Realschulen einen ersten Platz, bei den Gymnasien – fünfte bis zehnte Klassenstufe – einen vierten Platz, bei den Sonderschulen – je nach Art – einen dritten Platz, insgesamt aber leider nur einen sechsten Platz, und bei den Grund- und Hauptschulen zusammengenommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, den ersten Platz unter allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Bendixen)

Ich kann hier nur auch im Hinblick auf die Arbeit vor Ort für unsere Kollegen darauf verweisen, daß diese statistische Grundlage eine der entscheidenden Voraussetzungen für ein erfolgreiches pädagogisches Arbeiten in unseren Hauptschulen ist.

(Beifall bei der CDU)

Den Grund- und Hauptschullehrer interessiert nicht die abstrakte Größe Lehrer-Schüler-Verhältnis landesweit, nein, ihn interessiert, ob in seiner Grundschul- oder Hauptschulklasse 20, 22, 24 oder 30 Schüler sitzen.

Ich gebe Ihnen ja zu – ich habe die Zahlen vorhin genannt –: Es gibt noch etwa 4 % unserer Klassen in den Hauptschulen, die mehr als 30 oder 31 Schüler haben, aber immerhin liegen 96 % darunter. Wenn wir eine durchschnittliche Klassenfrequenz von 23,4 Schülern in den Grundschulen und 25,5 in den Hauptschulen – zusammengekommen 24,3 – besitzen, so ist dies eines der wichtigsten Ergebnisse der Planstellenpolitik dieser Landesregierung und der sie tragenden Mehrheitsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedauere es in diesem Zusammenhang auch, Herr Kollege Neitzel, daß Sie sich zusammen mit Herrn Kollegen Lumma nicht in der Lage gesehen haben, zu akzeptieren und zu würdigen, daß in den vergangenen 10 Jahren – ich nenne jetzt einmal abgerundete Zahlen; ich habe sie jetzt nicht konkret präsent – sowohl bei den **Klassenwiederholungen** als auch in der Frage der **Hauptschulabgänger** ohne Abschluß etwa zwei Drittel abgebaut worden sind. Wir stimmen überein in der Zielsetzung, daß wir weiter vorangehen müssen, um in dieser Frage zu einer weiteren Reduzierung zu kommen. Wenn es durch die Arbeit der Landesregierung in den letzten zehn Jahren gelungen ist – ich möchte die Arbeit meines Amtsvorgängers ausdrücklich einschließen –, zu einer Reduzierung auf etwa ein Drittel der Ausgangsbasis 1970/71 zu kommen, so zeigt auch dies, daß wir in diesen beiden entscheidenden Grundlagen für die Arbeit unserer Hauptschule wirklich vorangekommen sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich hätte mir gewünscht, daß Sie dies auch wirklich einmal positiv würdigen, wozu Sie sich nicht in der Lage sehen.

Diese wenigen statistischen Daten zusammengekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigen nach meiner Auffassung nachdrücklich, daß die Formulierung unseres Kollegen Lumma, die Hauptschule werde im Lande Schleswig-Holstein als ein Stiefkind behandelt, schlichtweg unzutreffend und falsch ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich will einen Schritt weitergehen, verehrter Herr Kollege Lumma. Es ist das gute Recht der Opposition, zu kritisieren, wie es das gute Recht der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion ist, die positiven

Dinge in den Vordergrund zu stellen. Wenn wir wirklich gemeinsam – ich komme auf Ihren Beitrag noch mit einigen wenigen Bemerkungen – auch durch unsere politische Arbeit die **Hauptschule** stärken wollen, so kann ich nur mit aller Sorge darauf hinweisen: Wer ungerechtfertigt schlecht über die Hauptschule redet, der leistet keinen Beitrag zu ihrer inneren Festigung.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen endlich Schluß machen mit diesem falschen Gerede über die Hauptschule als einer angeblichen Restschule – Sie haben dieses Stichwort freundlicherweise nicht aufgegriffen –, als eines Stiefkinds innerhalb des gegliederten Schulwesens. Wir müssen über die Hauptschule auch wieder so reden, wie es in der Sache angemessen und wie es in ihrer pädagogischen Zielsetzung richtig ist.

(Beifall bei der CDU – Marschner [SPD]:
Gilt das auch für die Handwerkerinnungen mit ihren Klagen?)

– Herr Kollege Marschner, wir haben gesagt – ich kann dies insbesondere für mich persönlich sagen –, daß wir die Kritik der Handwerkerinnungen und der aufnehmenden Betriebe ernst nehmen, nämlich die Kritik, daß die Kulturtechniken nicht richtig vermittelt würden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann reden wir doch hier einmal offen miteinander darüber, wie es in den vergangenen Jahren gewesen ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir als Landesregierung, als Mehrheitsfraktion, als Bildungspolitiker, auch als Praktiker gerade für die Grundschulen und insbesondere für die Hauptschulen einen Akzent gesetzt haben auf **Kulturtechniken**, auf Schreiben, Lesen, Rechnen und Gedächtnisschulen, dann sind wir von Ihnen doch als Ewiggestrige kritisiert worden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben doch konkrete Beispiele dafür erlebt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir stehen ja gemeinsam in der Beurteilung, daß es hier Probleme gibt, nur kann ich hier noch einmal das Folgende sagen: Wer jahrelang die Hauptschule kritisiert hat, wer uns jahrelang wegen unserer Politik kritisiert hat, der kann sich heute nicht als ein besonderer Beschützer der Hauptschule aufspielen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einmal auf folgendes hinweisen. Es ist ja gelungen – das ist im Vergleich zu anderen Bundesländern eine einmalige Situation –, gerade den **Anteil der Hauptschüler** nach der Orientierungsstufe in den letzten drei Jahren – dies ist meine Amtszeit; ich darf dies für mich mit anderen zusammen in Anspruch nehmen – um 2 % zu steigern.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Bendixen)

Wir haben die Hauptschule nicht stabilisiert, sondern wir haben sie im Ansehen unserer Bevölkerung angehoben, und darin wollen wir weitergehen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Lumma, nun haben Sie davon gesprochen, daß der Kultusminister zu „Staatsbesuchen“ in die Schulen fahre und daß bei der Schulaufsicht ähnliches festzustellen sei. Ich will Ihnen zugestehen, daß bei **offiziellen Besuchen** des Ministers, des Staatssekretärs, des Landesschuldirektors und der Mitarbeiter der zuständigen Abteilungen, der Schulräte, natürlich auch eine Schule versucht, ihre positive Seite zu zeigen. Nur muß ich Ihnen einmal folgendes sagen: Sie haben überhaupt keine Ahnung, wie meine Besuche in unseren Schulen ablaufen. Verehrter Herr Kollege Lumma, ich würde in der Kritik - Sie kritisieren ja nicht nur mich - mit einer solchen These nicht so weit gehen;

(Hamer [SPD]: Wir hätten den Sport zum Schluß nehmen sollen!)

vielmehr kritisieren Sie ja gleichzeitig Ihre eigenen Kollegen. Was halten Sie eigentlich von unseren Hauptschullehrern? Glauben Sie denn, daß unsere Hauptschullehrer oder die Eltern oder die Schulleiter oder wer auch immer sich durch die Anwesenheit eines Schulaufsichtsbeamten den Mund verbieten lassen? Die Wirklichkeit ist eine ganz andere. Wenn Sie es wünschen, will ich Sie gern einmal einladen, bei einer solchen Bereisung dabei zu sein, damit Sie Ihr Urteil ein wenig zurechtrücken können.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Lumma, ich habe dies weder in meiner Rede noch in meinem Bericht angesprochen, weil ich es nicht für angemessen hielt, aber Sie haben das Thema selbst angesprochen. Sie haben davon gesprochen, daß wir fälschlicherweise - das war ja der Unterton Ihrer Kritik - am gegliederten Schulwesen festhielten und für Neuerungen nicht offen seien. Dann reden wir doch einmal über die von Ihnen angestrebten Neuerungen. Ich will jetzt nicht über die Gesamtschule reden; dies ist ein Thema, das wir mehrfach in diesem Hohen Hause erörtert haben. Ich will jetzt über die **sechsjährige Grundschule** reden. Ich will über die neustrukturierte Orientierungsstufe reden, die an die Grundschule angebunden werden soll. Das ist die vorsichtige Formulierung Ihres Kollegen Engholm. Im Ergebnis ist dies nichts anderes als die sechsjährige Grundschule. Es bleibt für die Hauptschule der Anteil der Jahrgänge sieben, acht und neun und für die Realschule sieben, acht, neun und zehn übrig. Ich sage Ihnen hier in aller Deutlichkeit: Wer die sechsjährige Grundschule will, der blutet die Hauptschule aus und stärkt sie nicht etwa.

(Beifall bei der CDU)

Einer Hauptschule mit verbleibenden - -

(Marschner [SPD]: Dann hat ja Niedersachsen alles falsch gemacht!)

- Ja, entschuldigen Sie einmal, in Niedersachsen haben sie auch ein SPD-Erbe übernommen. Das ist ja der entscheidende Unterschied.

(Marschner [SPD]: Und Albrecht hat nichts verändert!)

- Ja, entschuldigen Sie einmal! Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir auf andere Bundesländer hinweisen, wird gesagt, wir seien in Schleswig-Holstein. Ja, wir sind in Schleswig-Holstein und machen das, was wir für richtig halten.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann Ihnen nur das Folgende sagen. Wir halten eine sechsjährige Grundschule für falsch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im übrigen werden einige von Ihnen dies aus unmittelbarer politischer Anschauung noch in Erinnerung haben: Die SPD hat schon einmal die Wahl verloren, und zwar 1950, nämlich mit zwei entscheidenden Fragestellungen: das eine war die Frage des Eigentums an Grund und Boden, und das andere war die Frage der sechsjährigen Grundschule.

(Hamer [SPD]: Macht doch heute abend Wahlkampf im Lokal!)

Sie werden nicht klug aus den politischen Erfahrungen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Und jetzt haben Sie - -

(Hamer [SPD]: Sollen wir nun noch in die Bütt, oder sollen wir nicht mehr in die Bütt? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Entschuldigen Sie, verehrter Herr Kollege Gunneson, wir reden nicht über Buhmänner, wir reden über konkrete Tatsachen, über Beschlüsse und Aussagen der Sozialdemokraten, und eine der Aussagen ist die Forderung nach der sechsjährigen Grundschule, und die Folge der sechsjährigen Grundschule ist die innere Aushöhlung der Hauptschule. Und wir sagen Ihnen: Diesen Weg gehen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine ganz einfache Grundentscheidung.

(Zurufe von der SPD)

Ich will einen anderen Punkt Ihrer Kritik aufnehmen, Herr Kollege Lumma. Sie haben in etwa dem Sinne nach ausgeführt - ich kann es jetzt nicht wörtlich zitieren -, wir gingen von einer falschen Harmonievorstellung in unseren Schulen aus.

(Schulz [SPD]: Die Wahl gewinnen Sie mit der Rede auch nicht mehr! - Heiterkeit bei der SPD)

- Herr Kollege Schulz, wir haben durchaus den Eindruck, daß wir die Wahl nicht mehr durch Landtagsreden am heutigen 24. Februar gewinnen müssen. Es läuft schon ganz gut für uns.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Bendixen)

Ich will jetzt abschließend noch einmal auf diesen Punkt eingehen.

(Hamer [SPD]: Nein, er schnallt es nicht!)

– Ich will jetzt abschließend noch einmal, verehrter Herr Vizepräsident, auf diese Frage einer falsch verstandenen Harmonievorstellung in unseren Schulen eingehen. Ich glaube, daß dies im Kern des Gedankens ein wichtiger Punkt ist.

(Zuruf des Abgeordneten Liebrecht [SPD])

– Entschuldigen Sie, verehrter Herr Kollege Liebrecht, sollen wir denn die Reden Ihrer eigenen Leute nicht so ernst nehmen, daß wir auf sie eingehen?

(Beifall bei der CDU)

Dann können wir doch Landtagsdebatten sein lassen.

(Liebrecht [SPD]: Die CDU-Fraktion ist doch nicht Ihretwegen hier reingekommen!)

Ich gehe auf die konkreten Punkte ein, die Ihre Fraktionssprecher hier angeführt haben, und ich hätte nur die herzliche Bitte: Handeln Sie doch bitte nach dem Prinzip: „Stellt euch vor, es gibt eine SPD-Fraktion, die zuhören kann!“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Lumma, ich will, weil mir dies ein wichtiger Punkt zu sein scheint, noch einmal darauf eingehen: falsche **Harmonievorstellung** in unseren Schulen.

(Wiesen [SPD]: Aber ein bißchen grundsätzlich vielleicht!)

Ich glaube, weder das eine noch das andere wäre gerechtfertigt. Weder ist die Vorstellung richtig, daß die Schule eine vollständige Harmonie darstellen könnte – ich wäre dankbar, wenn Sie mir dafür Ihr geschätztes Ohr leihen würden –, noch die andere Kritik, Herr Kollege Lumma, daß die Schule einseitig die Anhäufung von Konflikten sei. Unsere konkrete Aufgabe ist es unserer Meinung nach, durch Schulaufsicht, wie wir sie verstehen – in erster Linie als Hilfe und dann erst als Aufsicht –, die unterschiedlichen Interessen, die in einer Schule vorhanden sind und vorhanden sein müssen, nämlich die Interessen der Eltern, der Lehrer, der Schüler, der Schulträger und anderer, möglicherweise auch politisch Interessierter auf ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit und an vertrauensvolle Zusammenarbeit zusammenzuführen. Dies ist der Sinn unserer Mitwirkungsmöglichkeit.

Ihre eigene Argumentation ist widersprüchlich: Auf der einen Seite – Sie haben es ja selbst getan – beklagen Sie, daß die vorhandenen **Mitwirkungsmöglichkeiten** nicht genützt würden, und auf der anderen Seite fordern Sie, daß diese Mitwirkungsmöglichkeiten noch ausgeweitet werden. Nein, unser Ziel muß es sein, die vorhandenen gesetzlich festgelegten und nach den Verordnungen vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten auch mit Leben zu erfül-

len und dadurch zu mehr Vertrauen in unseren Schulen zu gelangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen: Wir halten am Ausbau unserer Hauptschulen fest. Und ich will mit allem Nachdruck noch einmal sagen: Wir halten als Union vor allen Dingen an der Selbständigkeit unserer Hauptschulen fest.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lemke:

Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Landtag hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Ich habe noch bekanntzugeben, daß die nächste Tagung des Landtages, das heißt des neuen Landtages, voraussichtlich am 12. April stattfinden wird. Wir kommen dann zum Punkt

Verschiedenes

Bitte, Herr Hamer!

Vizepräsident Hamer:

Herr Präsident! Gestatten Sie, daß ich von diesem Platz aus spreche. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident Dr. Lemke, Sie haben diesem Parlament nunmehr zwölf Jahre vorgestanden. Nach Ablauf dieser Legislaturperiode werden Sie aus eigenem Entschluß nicht wieder in das Parlament zurückkehren. Sie versehen mithin heute Ihre letzte Amtshandlung.

Ich möchte deshalb diesen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen für die Tätigkeit und die besondere Art und Weise, in der Sie der Aufgabe eines Parlamentspräsidenten gerecht geworden sind, im Namen aller Mitglieder des Landtages herzlich zu danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

In § 5 unserer Geschäftsordnung heißt es unter anderem:

„Der Präsident wahrt die Würde und die Rechte des Landtages, fördert seine Arbeiten und leitet die Verhandlungen gerecht und unparteiisch.“

Ich meine, Sie haben diesen Postulaten in hervorragender und ganz individueller, in Lemkescher Weise Genüge getan. Ihre Amtsführung war in erster Linie eine menschlich verbindliche, eine auf Ausgleich bedachte und – nehmt alles nur in allem – stets unparteiische.

Wenn es während Ihrer Amtsführung als Präsident des 7., 8. und 9. Landtages nur ganz wenige Geschäftsordnungsdebatten gegeben hat, dann auch deshalb, weil Sie versucht haben, Fragen der Geschäftsordnung nicht in erster Linie durch die Berufung auf Paragraphen, sondern mit nachsichtigem Wohlwollen dem Parlament insgesamt und jedem einzelnen Abgeordneten gegenüber durch vernünftigen Umgang miteinander zu lösen.

(Beifall)

(Vizepräsident Hamer)

Nun hat jedes Ding seine zwei Seiten, Herr Kollege Dr. Lemke, und es schmälert Ihre Verdienste keineswegs, wenn ich hinzufüge, daß Sie zweifellos auch ein Ihnen wohlgesonnenes und wohlwollendes Parlament gehabt haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie haben, sehr geehrter Herr Präsident, ebenfalls entscheidend Anteil an dem guten Arbeitsklima im Ältestenrat, der ja nicht auf Beschlußfassung, sondern auf einvernehmliche Regelung angelegt ist. Seine dienstlichen und außerdienstlichen Zusammenkünfte waren bestimmt von der Achtung vor der Funktion, die jedes Mitglied wahrzunehmen hatte, von dem Respekt vor der jeweils anderen Auffassung und - lassen Sie mich das hier sagen - auch von einem gewissen Maß an persönlicher Sympathie.

Herr Kollege Dr. Lemke, ich habe heute nicht Ihre politische Tätigkeit zu würdigen, Ihre Bemühungen zum Beispiel um gute Kontakte nach Skandinavien. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird Ihnen einen Empfang geben, und Sie haben mir zugesagt, sich dieser Ehrung nicht durch eine Reise zu entziehen.

(Heiterkeit)

Dann wird Gelegenheit sein, Sie zu loben.

Wenn Sie nun aus diesem Parlament, dem Sie über 30 Jahre angehört haben, ausscheiden, dann gilt Ihnen, Herr Präsident, der Dank des Hauses, seiner Abgeordneten und seiner Fraktionen, dann gelten unsere guten Wünsche Ihnen in der Hoffnung, daß Ihre Gesundheit, Ihre sprichwörtlich gute Gesundheit, Ihnen noch lange erhalten bleibt und daß Sie noch recht lange mit Interesse die Arbeit des Landtages verfolgen.

Ohne dem neuen Präsidenten vorgreifen zu wollen - wer auch immer das sein mag; es soll ein schönes Amt sein, Herr Präsident -, kann und darf ich schon jetzt sagen, daß wir Sie in Zukunft gern als unseren Gast sehen werden. Sie werden, wann immer Sie wollen, einen Platz zwar nicht in diesem Hohen Hause, aber in diesem Hause finden. Nicht jeder, aber doch der eine und andere wird Sie ein wenig ganz persönlich vermissen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Lemke:

Ich danke Ihnen, Herr Vizepräsident Hamer, für diese Worte, die Sie auch im Namen unseres Landtages für mich gefunden haben. Sie ehren mich und sie bewegen mich.

Meine Damen und Herren, wir blicken heute auf vier Jahre gemeinsamer Tätigkeit für unser Land zurück. Wir haben bedeutende Aufgaben erfüllt. Das gilt für die Gesetzgebung, für die politische Diskussion, für die Kontrolle der Landesregierung. Dabei hat es bis in die letzte Minute hinein harte Auseinandersetzungen, wesentliche politische Kontroversen, ge-

genteilige Auffassung gegeben. Diskussion ist das Salz der Demokratie.

Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen; lassen Sie mich aber zusammenfassend feststellen, daß dieser Landtag ein lebhaftes, ein arbeitsames Parlament war, in dem politische Auseinandersetzungen zwar hart, aber im Grunde genommen fair geführt worden sind.

Ich danke Ihnen, meinen Kolleginnen und Kollegen, im Namen unserer schleswig-holsteinischen Bevölkerung, die wir ja alle vertreten, für den großen Einsatz, aber auch für die Kollegialität, die Sie auch zwischen den Fraktionen bewiesen haben. Das menschliche Verhältnis der Abgeordneten zueinander hat unter notwendigen parteipolitischen Auseinandersetzungen nicht gelitten.

Mein persönlicher Dank gilt darüber hinaus dem leider noch immer erkrankten Abgeordneten Matthiesen, der seine zehnjährige Tätigkeit als Fraktionschef der SPD-Fraktion, als Oppositionsführer am Ende dieser Legislaturperiode voraussichtlich beenden wird. Ich danke ihm für seine konstruktive Arbeit im Ältestenrat und für seine Fairneß, die er auch denen gegenüber bewahrte, die politisch ganz anders dachten und handelten als er selbst.

(Beifall)

Ich danke auch den Mitgliedern des Ältestenrates und des Landtagspräsidiums, in erster Linie Herrn Vizepräsidenten Hamer und Herrn Vizepräsidenten Dr. Schübeler, die mich - ich danke dafür ganz persönlich - bei meiner Amtsführung hilfreich, freundlich und menschlich sehr angenehm unterstützt haben.

Diese Stunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist auch eine Stunde des Abschieds. Außer mir werden folgende Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages nicht in das Parlament zurückkehren: Frau Abgeordnete Wendel, die Herren Abgeordneten Jürgen Busack, Werner Hahn, Werner Kalinka, Hans Alwin Ketels, Leonhard Langmann, Paul Möller, Alfred Prezewowsky, Reinhold Stühlmeyer, Herbert Weidling und Hans-Jürgen Wolter.

Ich möchte mich bei einigen Altgedienten noch einmal besonders bedanken. Hierzu gehört unser verdienstvoller Alterspräsident Hans Alwin Ketels,

(Beifall)

dessen freundliche und bestimmte Art seit 1965 auch zwischen den Fraktionen besonders gewürdigt worden ist, aber auch unser Kollege Paul Möller,

(Beifall)

dessen humorvolle und dabei stets treffsichere Art uns alle seit 1967 immer wieder erfreut hat. Mein besonderer Dank gilt Ihnen, liebe Frau Kollegin Wendel, unserer langjährigen Schriftführerin, für Ihre Hilfe im Präsidium.

(Beifall)

(Präsident Dr. Lemke)

Ich möchte eigentlich zu allen etwas sagen können. Das gilt für den Kollegen Hahn,

(Beifall)

der sich der Kommunalpolitik weiter an hervorragender Stelle widmen wird, und für Herrn Kollegen Prezewowsky, der auch seit 16 Jahren diesem Parlament angehört.

(Beifall)

Jeder von Ihnen, wie seit zwölf Jahren auch Kollege Langmann,

(Beifall)

hat in den Jahren seiner Tätigkeit die Arbeit unseres Parlaments mit seinem Stil, mit seiner Handschrift geprägt. Ihnen allen gilt mein persönlicher Dank und der Dank des Hohen Hauses.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe es gesagt: Mit dem Ende der Legislaturperiode beschließe ich auch meine landespolitische Tätigkeit in Parlament und Regierung von Schleswig-Holstein. Ich gebe zu, es fällt mir nicht leicht. Als ein Mann, der wie viele Menschen meiner Generation Täuschung und bittere Enttäuschung erlitten hat, habe ich mich nach meiner Rückkehr in die Heimat darum bemüht, meinen Anteil am Aufbau eines demokratischen Staates zu leisten. Für diesen Staat bin ich in unterschiedlichen Funktionen mehr als drei Jahrzehnte für jeden sichtbar tätig gewesen.

Ich habe in dieser Zeit Glück empfunden, aber auch Sorgen geteilt. Ich habe Freude gehabt, aber auch Ärger gespürt. Ich habe Freunde gewonnen und verloren. Ich habe Gegner respektiert, die dasselbe Ziel hatten, aber einen anderen Weg gingen. Wer sich für die Politik engagiert, muß wissen, daß Auseinandersetzungen in der Sache erforderlich sind, wenn man sein Ziel erreichen will, daß persönliches Streben nach Macht und Einfluß aber auch freundschaftliche Bindungen zerstören kann.

Ich gebe nun keinen Rechenschaftsbericht. Sie haben aber Verständnis dafür, wenn ich Sie bitte, dennoch einige Bemerkungen über meine Gedanken und mein Handeln anzuhören. Ich habe im Laufe meiner Arbeit den Sinn der Politik stets in der Erringung und Sicherung der Freiheit des einzelnen Menschen und in der Versöhnung unter den Menschen gesehen. Jeder freie Mensch und Bürger wird geprägt durch den Willen zur Selbstentfaltung und Selbstbestimmung, durch die Bereitschaft, für sich selbst, für seine Mitmenschen und für die Gemeinschaft Verantwortung zu tragen. Auf die Dauer aber sind die persönlichen und die politischen Freiheiten des einzelnen nur dann wirklich vorhanden, wenn die materielle Existenz als gerecht gesichert anzusehen ist.

Der Staat muß es dem Bürger ermöglichen, Freiheitswillen, Toleranz, Gemeinsinn als die Grundtugenden einer freiheitlichen Gesellschaft zu praktizieren. Er muß eine diesen Freiheitsraum schützende Ordnung bereitstellen und dafür sorgen, daß die

Freiheit nicht durch gesellschaftliche Zwänge, durch Gruppen gefährdet wird. Bei all diesen Aufgaben hat meine treibende Sorge immer den sozial Schwachen gegolten.

Eine der großen nationalen Aufgaben ist die Wiedervereinigung. Dabei gilt die Achtung der Menschenrechte als unverzichtbare Basis. Die Freiheit ist der Schlüsselbegriff. Die Bindungen sind stärker, als wir manchmal annehmen wollen. Sie liegen in der Vielzahl historischer Gemeinsamkeiten, in der Sprache, der Literatur, der Wissenschaft, der Kunst, im Christentum und in der Einbettung in historische Prozesse. Wir sind – das ist meine Überzeugung – auch heute noch eine Nation, deren Menschen in zwei Staaten leben.

Ich habe mich, meine sehr verehrten, lieben Kolleginnen und Kollegen, der Landespolitik verschrieben, besaß aber aus den Ämtern heraus Gelegenheit, bundespolitisch tätig zu sein. Dabei habe ich vielfältig wirken können. Ich nenne das Zustandekommen der Sozialklausel im Mietrecht, die Finanzreform, die Sicherung des Lohns auch für Arbeiter im Krankheitsfalle, und ich erinnere mich gern jener Zeit – das müssen Sie verstehen –, in der ich als Bundesratspräsident vier Monate den Bundespräsidenten vertreten konnte.

Im Laufe meiner politischen Tätigkeit hat die europäische Einigung zögernd Fortschritte gemacht. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat sich auch auf Schleswig-Holstein positiv ausgewirkt. Das Funktionieren dieses wirtschaftlichen Zusammenschlusses bleibt eine der wesentlichen Voraussetzungen für das von uns gewünschte vereinte Europa, an dessen Gestaltung wir beharrlich weiterarbeiten müssen. Wir dürfen uns durch Hindernisse nicht entmutigen lassen. Einen Weg zurück in ein zusammenhangloses Nebeneinander darf es nicht geben. Voraussetzung für das Europa, das wir ersehnen, ist gute Nachbarschaft. Es war mein politischer Wille, meinen Beitrag dazu zu leisten, die von meinen Vorgängern programmierten Absichten einer Verständigung zu unseren skandinavischen Nachbarn – besonders zu Dänemark – mit Leben zu erfüllen.

Am Ende meiner Tätigkeit erfüllt es mich mit Stolz und Genugtuung, daß die zu Beginn der sechziger Jahre für kurzfristig unmöglich gehaltene Schaffung eines freundschaftlichen Verhältnisses schon 20 Jahre später Tatsache geworden ist. Daran beteiligt ist unsere Politik gegenüber unseren Minderheiten, die uns nicht trennen, sondern uns Grenzen überwinden helfen.

Politische Arbeit in verantwortungsvoller Position befriedigt vor allem dann, wenn man die Auswirkungen von Entscheidungen miterleben kann, an denen man selber irgendwie beteiligt war. Ich denke dabei an die einst umstrittene Gebietsreform, die heute – das ist allgemein anerkannt – funktioniert, an die Idee und die Verwirklichung der Medizinischen Hochschule Lübeck und ihr segensreiches Wirken. Ich erinnere an die Deichbauarbeiten an den Küsten, an das Eidersperrwerk, die den schweren Sturm-

(Präsident Dr. Lemke)

fluten der letzten Jahre erfolgreich standgehalten haben.

Als Parlamentspräsident habe ich mich bemüht, so zu handeln, wie es unsere Verfassung verlangt. Ich habe mich bemüht, das Wirken des Parlaments zu fördern. Ich habe in diesem Rahmen vor allem Bürgernähe gesucht und gefunden. Ich danke Ihnen allen dafür, auch meiner Verwaltung.

Wir haben den Wert unseres Staates, der gerade auch für den einzelnen erhaltenswert und verteidigungswert ist, verstehbar gemacht, und zwar hier im Landtag durch die Besucher, durch die Gespräche. Denn ein freiheitlich-demokratischer Staat muß in Vernunft und im Herzen der großen Mehrheit unserer Bürger verankert sein. Das gilt auch für unseren föderalen Aufbau.

Was ich nun sage, ist zu unterstreichen: Das parlamentarische System ist das einzige Staatssystem, das unsere Grundwerte und Grundrechte auf die Dauer garantieren kann.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, meine Kolleginnen und Kollegen, aus tiefem Herzen dafür, daß Sie alle ein freundschaftliches Verhältnis zu den nordischen Ländern - insbesondere zu den nordischen Parlamentariern - aus tiefer Überzeugung gepflegt haben.

Die weltweite Krise, die auf sie wirkende Bevölkerungsexplosion und das Elend in der Dritten Welt,

die militärische Hybris mit der atomaren Rüstung, die Wohlstandshybris und das damit verbundene rücksichtslose Anspruchsdenken bedürfen ebenso unserer ständigen Aufmerksamkeit wie unserer tiefen Sorge um die Erhaltung der Grundwerte unseres Lebens, von denen ich Wahrhaftigkeit, Zuverlässigkeit, Toleranz, Nächstenliebe, Solidarität sowie Rechtsbewußtsein und Leistungsbereitschaft nenne.

Wir sind am Ende unserer Tagung und damit auch am Ende unserer letzten Sitzung dieser Legislaturperiode. Wir haben für unser Land Schleswig-Holstein gearbeitet, dem auch in Zukunft unsere Liebe und unsere Sorge gelten. Ich bin zuversichtlich, daß dieses Land und seine Bürger auch in Zukunft durch Fleiß und Tatkraft allen Herausforderungen widerstehen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich wünsche Ihnen allen, meine Kolleginnen und Kollegen, persönlich und für Ihr Wirken für unser Land und seinen Menschen Gottes Segen. - Ich danke Ihnen allen.

(Lebhafter anhaltender Beifall im ganzen Hause - Die Abgeordneten erheben sich)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.59 Uhr